Nr. 18. 18. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 22. Januar 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Der Fall Brefeld.

Der neueste Bueck-Brief findet in den Blättern die ihm gebührende Beachtung. Nur die Regierungsoffiziösen entbehren noch der Losung und schweigen verlegen. Ihr Schweigen bestätigt die Richtigkeit der Bueckschen Mitteilungen über den Minister des Centralverbands, an der ohnehin ein Rückblick auf die Thätigkeit des Herrn Ministers keinerlei Zweifel lassen konnte.

Schweinburg, in dessen Person der Centralverband deutscher Industrieller und der preußische Vicepräsident des Staatsministeriums den gemeinsamen Preßhandlanger besitzen, sagt kein Wort über die Thatsachen des Bueck-Briefs. Er berichtigt nur, daß Reichsrat v. Haßler zwar vor zwei Jahren schwer erkrankt war, aber am Leben ist. Damit entfällt die Vermutung der „Post" und der „Nat. Ztg.", daß der Brief aus dem Haßlerschen Nachlasse herrühre. Schweinburg seinerseits redet „von einem Diebstahl, welchen ein ehemaliger Bureaubeamter des Centralverbands sich hat zu Schulden kommen lassen". Als wir vor einiger Zeit einen Brief des Freiherrn v. Stumm an die Redaktion der „Post" veröffentlichen, da sollten die Laufjungen das Pult erbrochen haben, aber die hochnotpeinliche Untersuchung des Staatsanwalts verlief im Sande. Auch jetzt ist Schweinburgs Behauptung eine willkürliche Erfindung. Wir bedauern, über den Ursprung des uns übermittelten Briefs nichts mitteilen zu können. Wir wissen darüber ebenso wenig wie Herr Schweinburg.

Der völlig gleichgültige Ursprung des Briefs spielt in den Kommentaren der konservativen Presse die erste Rolle. Fast sämtliche konservativen Blätter unterschlagen den Wortlaut des Briefs; am reizvollsten gestaltet sich diese Unterschlagung in der „Post", die erklärt, „es stehe nichts in dem Briefe, was nicht alle Welt wissen dürfe", die aber ihren Lesern eine ausführliche Polemik gegen unsre Schlußfolgerungen aus dem ihnen vorenthaltenen Brief zumutet. Wie auf Kommando oder gemeinsame Abrede entrüsten sich die konservativen Zeitungen — und die liberale „National-Zeitung" macht die lächerliche Campagne mit — über die Unmoral der Veröffentlichung eines Privatbriefs. Die „Kreuz-Zeitung" z. B. erklärt:

„Das Sensationelle der neuesten socialdemokratischen Publikation ist aber nicht der Inhalt jenes privaten Schreibens, über dessen Echtheit sich Herr Bueck wohl ungesäumt aussprechen wird, sondern vielmehr der Umstand, daß die socialdemokratische Presse fortgesetzt im stande ist, Privatbriefe zu „finden" und zu veröffentlichen. . . ."

Die „Kreuz-Zeitung" zieht sodann aus der Veröffentlichung des Bueck-Briefs nicht nur die Forderung eines Gesetzchens zum Schutz von Privatbriefen, sondern eines regelrechten Socialistengesetzes. Sie jammert:

„Auch bei dieser Gelegenheit zeigt sich wieder das Bestreben der Socialdemokratie, die Autorität der Regierung zu untergraben. Die Aufforderung, die Graf zu Limburg-Stirum in seiner Etatsrede an das preußische Ministerium und darüber hinaus an die Reichsleitung richtete, den Umsturz kräftiger zu bekämpfen, so lange es noch Zeit ist, wird also um so besser verstanden werden. Es geht doch unmöglich an, dem Bestreben, die Grundlagen unsrer Staatsordnung zu erschüttern, das alte verhängnisvolle laissez aller gegenüberzustellen und womöglich gar durch Legalisierung der socialdemokratischen Gewerkschaften noch der Umsturzbewegung günstigere Agitationsbedingungen zu verschaffen. In der Bevölkerung ist das Verständnis für diese Frage in der letzten Zeit jedenfalls gewachsen. Die socialdemokratischen Ausschreitungen bei der Zweijahrhundert-Feier und in der chinesischen Frage haben selbst Arbeiterkreise stutzig gemacht. Der neueste Vorstoß des „Vorwärts" wird hoffentlich die Steine weiter ins Rollen bringen."

Der Inhalt des Briefs ist nach der „Post" zwar völlig harmlos und nach der „Kreuz-Zeitung" in keiner Weise „sensationell", dennoch verdient die Veröffentlichung mit einem Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse gestraft zu werden. Die Aufdeckung der Abhängigkeit der Regierung von den höheren Mächten des Kapitalismus hat offenbar die Geisteskräfte der kapitalistischen Soldschreiber heillos zerrüttet. Die einzig vernünftige Schlußfolgerung aus unsrer Veröffentlichung zu ziehen, daß nämlich die Staatsregierung nichts thun soll, was das Licht des Tags scheuen muß, was, wenn es durch uns an das Licht gezogen wird, die Empörung der Verratenen entfacht —, eine solche Zumutung richten wir natürlich nicht an die Federn, die an die Träger des von uns befehdeten Systems verdingt sind.

Im übrigen sollten gerade die „Kreuz-Zeitungs"-Konservativen Zurückhaltung in der Entrüstung über Ausnutzung privater Briefe üben. Sie müßten andernfalls wieder daran erinnert werden, daß sie selbst niemals heikel waren in der Wahrung von privaten nicht nur, sondern auch amtlichen Geheimnissen. Konservative Agenten — um nur einiges zu erwähnen — überwachten in den fünfziger Jahren den Prinzen von Preußen, späteren deutschen Kaisers, und stahlen seine intimsten Korrespondenzen. Bismarck, der Heros der Konservativen, veröffentlichte landesverräterisch geheime Verträge mit dem Auslande.

Der Unterschied zwischen den konservativen und den socialdemokratischen Veröffentlichungen ist nur der, daß jene sich gegen das Staatsinteresse richteten, während die unsrigen — seit der Veröffentlichung des Soldatenmißhandlungs-Erlasses des Prinzen Georg bis auf den heutigen Tag — das Wohl des Staats und des Volks bezweckten und in höchstem Maße förderten. Das Geschwätz über den Ursprung des Briefs läßt uns kalt. Es entspringt nur der uns erfreulichen Wut, daß die Geheimnisse des intimen Bunds zwischen Kapitalsmacht und Regierungsgewalt vor allem Volk offenkundig gemacht wurden.

Der sachliche Gehalt der gegnerischen Erörterungen ist äußerst dürftig. Sie beschränken sich darauf, die socialpolitische Abdankung des preußischen Ministeriums vor den Wünschen des Centralverbands zu einer Harmlosigkeit umzudeuten. Was sei denn geschehen? Soll, sagt die „Post", ein Minister „seine Zeit in einer Isolierzelle verbringen?" Soll er nicht „Anregungen und Aufklärungen" von geeigneten Persönlichkeiten empfangen dürfen? Und die „Germania" — deren überaus milde Auffassung des Falls nur beweist, wie weit die Centrumspartei selbst durch die Politik der Hintertreppen der Korruption verfallen ist — unterstützt den konservativen Versuch harmloser Ausdeutung, indem sie die Frage stellt: „Sollte die französische Socialdemokratie nicht jetzt ebenso Fühlung mit dem radikal-socialistischen Ministerium Waldeck-Millerand suchen und finden?"

Es ist von uns ausdrücklich und wiederholt erklärt worden, daß die Regierungsvertreter das Recht und die Pflicht haben, „Anregungen und Aufklärungen" entgegenzunehmen. Unsre Verurteilung der Regierung folgt nicht daraus, daß ihre Vertreter Informationen eingezogen haben, sondern daß sie zu wenig Informationen eingezogen haben, daß sie vor den Wünschen und Klagen der breiten, notleidenden Volksmassen sich verschließen und nur den Blutsaugern des Volks ihr williges Ohr leihen, daß sie endlich auf Grund dieser einseitigen, falschen Informationen eine unselige Politik der Fortschrittsverhinderungen und Kulturwidrigkeiten betreiben.

Die liberale Presse stimmt mit größerer oder minderer Eindringlichkeit unsrer Kritik des Systems Posadowsky-Brefeld zu. Das „Berl. Tagebl." spricht von einer „wirtschaftlichen Kamarilla" und führt aus:

„Wer regiert denn eigentlich in Preußen und im Reich? Das vom Staatsoberhaupt eingesetzte und der Volksvertretung gegenüber verantwortliche Staatsministerium oder Herr Bueck und sein Centralverband? Haben wir eine Reichsregierung, die für unsre Wirtschafts- und Socialpolitik maßgebend ist, oder hat sich die wirtschaftliche Kamarilla dieser Leitung bemächtigt, nicht etwa aus einem idealen Motive heraus, sondern um den Staat und seine Wirtschaftspolitik dem allerschnödesten, egoistischen Interesse dienstbar zu machen? Diese Fragen müssen in der Oeffentlichkeit ganz unverblümt gestellt werden. Inwieweit sie beantwortet werden, das wird von der Entschiedenheit der Fragestellung in Parlament und Presse abhängen."

Die „Vossische Zeitung" führt aus:

„Wenn Graf Posadowsky noch jüngst zu beweisen suchte, daß die Regierung heute in Arbeiterfragen dieselbe Haltung beobachtet wie vor Jahren, so hat Herr Bueck ihm diese Mühe jedenfalls außerordentlich erschwert. Erstaunlich sind die Aeußerungen, die der Handelsminister Brefeld über die Ansichten des Kaisers über die Lage der Arbeiter, über die Zukunft der Socialpolitik zu thun für gut befand. Besonders verwunderlich müssen die Bemerkungen erscheinen, die er über den von den Scharfmachern immer mit besonderem Eifer angegriffenen Unterstaatssekretär Lohmann einem Mann gegenüber macht, der ihm den Mitarbeiter des Ministers als Socialisten denunziert. Nicht minder muß befremden, daß ein Minister den Centralverband bittet, ihm mit Rat und That zur Seite zu stehen. Mit welcher That? Der Brief des Herrn Bueck ist in einem Ton gehalten, **als habe der Centralverband über die Regierung die Vormundschaft zu führen.** Allerdings — Herr Brefeld selbst gesteht, daß es ihm auf vielen Gebieten seines Ressorts an der notwendigen Erfahrung und Kenntnis mangele, was er später auch bewiesen hat. Der Brefeld-Brief des Herrn Bueck ist offenbar von weitaus größerer Bedeutung als der 12 000 Mark-Brief. Er wird noch zu langen und ernsten Auseinandersetzungen führen und vielleicht schon in Reichstags-Verhandlungen dieser Tage eine wichtige Rolle spielen."

Die „Volks-Zeitung" bemerkt:

„Graf Bülow hat im Reichstag die 12 000 Mark-Angelegenheit als einen Mißgriff bezeichnet. Wird er diesen Ausdruck auch gegenüber der aktenmäßig feststehenden Thatsache aufrecht erhalten, daß das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe seit dem Sturz des den Scharfmachern unbequemen Ministers v. Berlepsch am 27. Juni 1896 unter der Leitung des Centralverbands Deutscher Industrieller steht, daß der Centralverband Herrn Brefeld mit Rat und That unterstützt? Was für eine Perspektive eröffnet die dem Herrn Bueck ausgesprochene Bitte und Aufforderung des Ministers? Jetzt versteht man auch, woher die während der Kohlennot-Debatte im Reichstag ausgesprochene **Begeisterung des Herrn Brefeld für die Streikklausel** stammt. Zu dem vom Centralverband abhängigen Reichsamt des Innern gesellt sich das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe; welche Centralbehörden werden ihm folgen?

* * *

Eine besondere Rolle im neuesten Bueck-Briefe hat der Unterstaatssekretär im Ministerium für Handel und Gewerbe, Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rat Lohmann. Bueck sagte von ihm, er sei das treibende Element des socialpolitischen Fortschritts im Ministerium Berlepsch gewesen. Minister Brefeld beruhigte Bueck, Lohmann gebe aber doch nach, wenn er sich bei seinem Chef einem ernsten Willen gegenübersehe.

Brefeld hatte seinen Unterstaatssekretär richtig beurteilt. Er, von dem Bueck sagte, er sei „von weitgehenden socialistischen Ideen befangen", fand sich alsbald in den neuen Centralverbands-Kurs. Wie er unter Berlepsch als Vorsitzender der Kommission für Arbeiterstatistik sociale Politik treiben wollte, so fügte er sich beim Ministerwechsel in die Entziehung dieses Amts, trieb mit Recke Umsturzgesetzgebung gegen die Arbeiter und mit Brefeld Zuchthausgesetzgebung.

Der meinungslose Geheimrat in vollkommenster Reinkultur!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Januar.

Reichstag.

Es sieht ganz so aus, als sollte Graf Posadowsky für die 12 000 Mark-Affaire je einen Tag pro 1000 M. sitzen und auf die Bewilligung seines Gehalts warten. Auch heute kam die Debatte nicht viel weiter als in der vorigen Woche. Der zweite Bueck-Brief hat neuen Stoff hinzugebracht und wenn auch heute nur Genosse Peus die neue Affaire zur Sprache brachte und die bürgerlichen Parteien ebenso beharrlich dazu schwiegen wie Graf Posadowsky, so ist damit die Sache natürlich nicht erledigt. Es heißt, daß Herr Brefeld sich einen Augenblick lang am Ministertisch gezeigt und mit dem Staatssekretär des Innern gesprochen habe, und der Foyerwitz erzählt, daß die Abgg. Bassermann und v. Kardorff gleich bei Beginn der Sitzung dem Grafen Posadowsky garantiert hätten, daß er nun ein wenig aus der Schußlinie gerückt und Herrn Brefeld als Vormann und Kugelfänger erhalten hätte. Thatsache ist, daß die beiden Abgeordneten dem Herrn Staatssekretär sehr warm die Hand schüttelten.

Die Debatte, die vor sehr leeren Bänken begann — als die Sitzung eröffnet wurde, waren mit dem Präsidium 16 Abgeordnete im Saale — bot nicht viel Neues. Prinz Schönaich-Carolath trat zum siebenten oder achtenmale für erweiterte Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium ein. Der Redner ist wenigstens immer so liebenswürdig, seine Zuhörer gleich im Anfang durch die feststehende Floskel zu warnen: „Wie alljährlich will ich auch diesmal . . ." usw. Andre Redner sind nicht so ehrlich. Herr Hitze versuchte dem fatalen Bischofsbrief eine Auslegung zu geben, die den christlichen Gewerkschaften das Lebenslicht nicht gleich ganz auslöscht, sondern die Flamme nur herunterschraubt. Dabei polemisierte er gegen die Stellung der Socialdemokratie zur Gewerkschaftsbewegung, mußte aber den Thatsachen erheblich Gewalt anthun. Peus erwiderte ihm und brachte außerdem die Zustände auf den Ziegeleien zur Sprache. Genosse Sachse verteidigte die sächsischen Konsumvereine gegen die Angriffe von rechts und ging dann näher auf die Lage der Bergarbeiter ein. Ein Angriff des Centrums-Abgeordneten Dr. Pichler auf die Regierung von Sachsen-Meiningen, die in der Hausindustrie die Fabrikation von Schwefelhölzern nicht nach den Vorschriften des Reichsgesetzes überwache, veranlaßte den Bundesbevollmächtigten dieses Kleinstaats, die Unmöglichkeit dieser Ueberwachung der Hausindustrie hervorzuheben und für seine Regierung anzukündigen, daß sie das völlige Verbot dieses verhängnisvollen, die Arbeiter mordenden Fabrikationszweigs beantragen werde. Der nationalliberale Abgeordnete Franken drohte in einer etwas wirren Rede, die vom Hundertsten ins Tausendste ging, den Agrariern mit Ablehnung jeder Zollerhöhung, wenn sie den Kanal nicht bewilligten. Er wurde aber von seiner Partei durch Bassermann desavouiert, der jede Verbindung der Zoll- und der Kanalfrage ablehnte und gleichzeitig als unerschütterliche Absicht seiner Partei verkündete, den Brotwuchern das Handwerk nach Kräften zu erleichtern. Die Nationalliberalen schreiten noch immer kettenbeladen hinter dem Triumphwagen der Bündler einher.

Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

In der Sitzung vom Montag beriet das Abgeordnetenhaus außer einigen Rechnungssachen nur eine Anzahl kleinerer Etats, die nicht an die Budgetkommission verwiesen waren, in zweiter Lesung. Die meisten derselben wurden debattelos genehmigt. Der Etat der Forstverwaltung gab den Agrariern Veranlassung, einige Klagelieder anzustimmen, während beim Etat der Lotterieverwaltung Abg. Dr. Arendt (fk.) seinen bekannten Vorschlag auf Herbeiführung einer Lotteriegemeinschaft zwischen Preußen und den übrigen Bundesstaaten wiederholte. Beim Etat des Instituts der Seehandlung entspann sich eine lebhafte Debatte zwischen den Abgg. v. Eynern (natl.) und Dr. Friedberg (natl.) einerseits, dem Abg. Dr. Arendt (fk.) andrerseits über die Frage, weshalb das Reich die 80 Millionen-Anleihe in Amerika aufgenommen habe, anstatt sich mit der Seehandlung in Verbindung zu setzen. Die unfruchtbare Debatte über diese Angelegenheit des Reichs endete mit scharfen Angriffen des Herrn Arendt auf den Reichsbank-Präsidenten Koch und die Caprivische Wirtschaftspolitik. Das merkwürdigste an der ganzen Sitzung ist, daß Abg. Dr. Arendt beim Etat der Münzverwaltung seine Silberrede zu halten vergaß. Hoffentlich holt er es bei der dritten Lesung nach, damit die diesjährige Etatsberatung programmmäßig verläuft.

Am Dienstag steht die zweite Lesung des Etats der Domänenverwaltung auf der Tagesordnung. —

Das „verweichlichte" deutsche Volk.

Vor ungefähr Jahresfrist gab das „Militär-Wochenblatt" (Nr. 19, 1900) anläßlich einer Betrachtung über den Boerenkrieg hinsichtlich des deutschen Rekrutenmaterials folgendes von sich:

„Zum guten Schießen gehört fortdauernde Uebung und um einen Mann zu bilden, braucht man im allgemeinen mehr als eine kurze einmalige Dienstzeit. Der Forstmann freilich, der im Kampf mit Wilderern an die Gefahr gewöhnt ist, der Alpenführer und Gemsenjäger, der täglich mit den Gewalten der Natur

um sein Leben kämpft, auch der Wilddieb, der an das Element der Gefahr gewöhnt ist, braucht keine lange Ausbildung, um ein guter Soldat zu werden; ganz anders aber liegt die Sache bei der Masse des (deutschen) Rekrutenmaterials, die von dem Wesen der Gefahr im allgemeinen gar keine Vorstellung hat."

Angesichts der letzten Behauptung, die ja (siehe oben) die Forderung einer langen aktiven Dienstzeit begründen soll, möchten wir doch die Redaktion des „Militär-Wochenblatts" geziemend ersuchen, sich die neuesten Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften ein wenig anzusehen. Von diesen Genossenschaften, die notabene bekanntlich nur Unfälle, deren Folgen länger als dreizehn Wochen dauern, also nur schwerere Unfälle entschädigen, wurden im Jahre 1899 nicht weniger als 106 036 solcher Ereignisse verzeichnet. In den letzten 14 Jahren erlitt die deutsche Arbeiterschaft in Summa 809 518 derartige Unfälle, macht im Jahre durchschnittlich 57 823. Tödlich verliefen 81 881, also im Jahre 5849; vollständige Krüppel wurden 29 200 Verunglückte, somit im Jahre 2086; Teilkrüppel wurden 426 336, also 30 453 im Jahre. Diese Zahlen, in welchen die bei den Versicherungsanstalten der Baugewerks-Berufsgenossenschaften angemeldeten Unfälle gar nicht enthalten sind, dürften beweisen, was von dem Gerede, daß die Masse der deutschen Rekruten von dem Wesen der Gefahr keine Vorstellung habe, zu halten ist. Wenn das „Militär-Wochenblatt" sonst keine Gründe für eine lange Dienstzeit hat, kann es sich heimviolinspielen lassen. Es könnte auch nicht schaden, wenn das „Militär-Wochenblatt" die obigen Zahlen veröffentlichen würde, damit einmal der in Offizierskreisen so weit verbreitete Glaube, daß die Civilisten verweichlichte Kerle seien rektifiziert wird. —

* * *

Deutsches Reich.

Soldatenmißhandlungen vor dem Militärgericht. Wegen schwerer Körpermißhandlung eines Untergebenen stand am gestrigen Montag der Gefreite Krause vom Lauenburgischen Jägerbataillon vor dem Oberkriegsgericht des III. Armeecorps. Der Angeklagte war Anfang des Jahrs 1899 Rekrutengefreiter in der erwähnten Truppe, die in Ratzeburg garnisoniert. Da er ein vorzüglicher Soldat war, erhielt er den Rekruten Schwarz aus Bremen, der von recht schwerer Fassungsgabe war und deshalb mit den übrigen Rekruten nicht gleichen Schritt halten konnte, in seine specielle Obhut überwiesen. Schwarz scheint es nun, wie aus der gestrigen Verhandlung hervorging, während seiner Rekrutenzeit recht schlimm gehabt zu haben. Er gehörte zur Korporalschaft des Oberjägers Gurt, der beim Bataillon im Ruf stand, der schneidigste Exerziermeister in demselben zu sein. Die Rekruten, die G. seinen Vorgesetzten vorführte, waren wohl die besten Exerzierer, aber über die Mittel, mit denen der Korporalschaftsführer operierte, giebt die Leidensgeschichte des Rekruten Schwarz, die in der Sitzung des gestrigen Oberkriegsgerichts aufgerollt wurde, ein anschauliches Bild.

Schwarz wurde von dem Oberjäger G. mittels Klopfpeitsche und Hirschfänger erzogen. Der Rekrutengefreite K. assistierte seinem Vorgesetzten getreulich und versuchte durch allerhand beliebte kleine Kunststücke das verschüchterte blasse Menschenkind, dem am wohlsten war, wenn es abseits von seinen Kameraden still im Winkel sitzen durfte, zu einem schneidigen Exerzierer zu machen. Zu den beliebten Erziehungsmitteln des Gefreiten Krause gehörte unter anderm auch Schlagen gegen die Kniescheiben und gegen den Unterleib des Rekruten, sowie auch ferner eine militärische Uebung, die dahin ausging, daß Schwarz 2—300 mal hinter einander mit erhobenen Fersen das Gewehr strecken mußte. Er mußte am Kletterbaum emporklimmen, sich an den Sprossen festhalten und die Knie in die Nähe der Hände heranbringen, so daß ihm infolge der Tortur die Haut in Fetzen an den Händen herabhing. Und derartige Mißhandlungen mußte der bedauernswerte Mensch fast täglich durchmachen. Am 22. Februar vorigen Jahrs brach Schwarz plötzlich geistig zusammen. Er sah schwarze Männer vor sich in einem Loche sitzen, bei deren Anblick er in Tobsuchtsanfälle verfiel. Da der Zustand des Kranken sich nicht besserte, so wurde er nach dem Lazarett überführt, und hier wurde sein Zustand als hallucinatorische Verwirrtheit oder als akute Geistesstörung bezeichnet. In diesem Zustand wurde der Kranke am 27. März nach der Landes-Irrenanstalt Sachsenberge in Mecklenburg überführt. Durch die sehr sorgfältige ärztliche Pflege daselbst gelang es, den Patienten wieder herzustellen, so daß er am 31. Mai als gesund entlassen werden konnte. Sch. wurde nunmehr von Bataillons wegen vernommen, um so mehr, als die behandelnden **Aerzte** in ihrem Gutachten angaben, daß die **geistige Erkrankung des Manns unbedingt durch Drangsalierung und Mißhandlung hervorgerufen worden sein müsse.** Es wurde daraufhin Anklage gegen den Oberjäger Gurt erhoben und derselbe von dem Kriegsgericht der sechsten Division des IX. Armeecorps zu **sechs Monaten Gefängnis** verurteilt. Von einer Degradation des Oberjägers war Abstand genommen worden. Bei dieser Gelegenheit kamen auch die Mißhandlungen des Sch. durch den Gefreiten K. zur Sprache, und der Gefreite, der schon zur Reserve übergetreten war, wurde am 7. September verhaftet und hatte sich bald darauf vor dem Kriegsgericht zu verantworten. Er wurde, da ihm mildernde Umstände versagt blieben, zu **einem Jahr Gefängnis** verurteilt.

Gegen diesen richterlichen Spruch legte der Kriegsherr der 6. Division Berufung ein, da die Bestrafung bei der Schwere des Vergehens zu gering gewesen. Andrerseits that dies der Verurteilte, um einen milderen Richterspruch zu erzielen. In dem gestrigen Berufungstermin vor dem Oberkriegsgericht zeigte der Angeklagte große Reue. Er gab zu, daß er den Sch. chikaniert und ihn am 22. Februar, morgens, gewürgt und mehreremale mit dem Kopf gegen den Boden gestoßen habe, weil — der Rekrut vergessen hatte, zwei scharfe Patronen abzugeben. Aber der Angeschuldigte will sich selbst in einer sehr mißlichen Lage befunden haben. Er behauptete, daß der Oberjäger G. ihn selbst für alle Fehler, die Sch. gemacht, herangezogen habe. Er habe nur den Befehlen seines Vorgesetzten gehorcht.

Der Gerichtshof schloß sich den Ausführungen des Verteidigers und des Staatsanwalts insofern an, als er beschloß, den § 224 des Militär-Strafgesetzbuchs nicht in Anwendung zu bringen, da eine Geisteskrankheit im Sinne dieses Paragraphen nicht vorgelegen habe. Dagegen sei die Herbeiziehung des § 223a gerechtfertigt; es wurde auf **acht Monate Gefängnis** erkannt unter Abrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft!

Ostkust.

Wenn Schmock und Compagnie sich den Anschein geben, in der Kritik an Friedrich I., der Gräfin Wartenberg, Friedrich Wilhelm II. und einigen andren Bestandteilen der monarchischen Tradition einen Anlaß zu ernsten Diskussionen über neue Ausnahmegesetze zu finden, so genügt ein schallendes Gelächter, um diesen Spuk zu verscheuchen. Denn gerade in diesem Falle ist das Geschrei nicht ernst zu nehmen. Allzu vernehmbar tönt über den Klingklang des Festes hinweg das Murmeln im Hintergrunde, das nicht aus der demokratischen Ecke kommt. Am Tage des Festes brachte das agrarische Blatt, dicht an die Festberichte anschließend, an hervorragender Stelle des politischen Teils einen Trinkspruch von Felix Dahn, der also lautet:

Wir schrei'n zu viel „Victoria",
„Hurra" und „Kling-Klang-Gloria",
Wir feiern zu viel Feste.
Einst trieben anders wir das Spiel:
Wir sprachen wenig, thaten viel — —
Und die Art war die beste!

Und in einem Aufsatz desselben Blatts fand sich eine historische Parallele mit einer Warnung vor Glanz und Pomp, mit einer Bezugnahme auf die Lehre, daß der Glanz, der den Tagen „des großen Kurfürsten und des großen Königs folgte, Preußen nicht weiter, sondern zurück gebracht" habe. War das schon kritisch genug, so gab der Specialmouiteur von der Hintertreppe des Herrn Johannes von Miquel, die „Staatsbürger-Zeitung", auch etwas tiefere Baßtöne zum besten, die besonders an einige Ordensverleihungen und dergleichen anknüpften. Ja, längst ehe das Hoffest angesagt war, sind in sehr patriotischen Organen sehr deutliche Warnungen erschienen, die nicht ohne Erfolg geblieben sind: — ein offiziöse Beziehungen pflegendes rheinisches Blatt sah sich in den Stand gesetzt, dem Plan einer Häufung in der Verleihung von Fürstentiteln entgegen zu treten; — konnte sich auch nur ein Zuschauer darüber täuschen, daß da einem Zwiespalt zwischen verantwortlichen und unverantwortlichen Einflüssen, zwischen Regierung und Hofleuten, die Oeffentlichkeit zu Hilfe gerufen wurde?

Und die Nebelkrähen, die eben den jüngsten gepfefferten Witz vergnüglich genossen haben, krächzen Unheil und Verderben, weil andre Leute die Geschichte als eine Wissenschaft ehren, die nach Wahrheit strebt.

Für die steuerliche Belastung des Grundbesitzes ist eine Entschließung der preußischen Regierung auf einen vom Abgeordnetenhaus in der vorigen Session gefaßten Beschluß von Interesse. Der Provinzverband der Haus- und Grundbesitzervereine der Provinz Sachsen hatte um Erleichterung des Grundbesitzes und des Gewerbebetriebs in der Kommunalbesteuerung petitioniert. Das Haus überwies die Petition der Regierung als Material in dem Sinne, daß sie Veranlassung nehme, gemäß dem Wortlaut der Resolution vom 11. April 1899 auch bei Verteilung des Steuerbedarfs auf die verschiedenen Steuerarten einer zu weit gehenden einseitigen Steuerbelastung durch die Gemeindeorgane entgegenzutreten. Hierauf hat nun die Regierung folgende Antwort erteilt:

„Von einer allgemeinen Verfügung im Sinne des Beschlusses ist mit Rücksicht auf den Runderlaß vom 20. Oktober 1899, durch den die Einführung einer Grundsteuer vom gemeinen Wert empfohlen wird und der namentlich auch in seinen Schlußsätzen bereits alles Erforderliche vorgesehen hat, Abstand genommen worden. In den zur Kenntnis der Ministerialinstanz kommenden einzelnen Fällen wird einer zu weit gehenden einseitigen Steuerbelastung des Grundbesitzes durch die Gemeinde-Organe nach wie vor entgegengetreten."

Gegen die Einführung der Grundsteuer vom gemeinen Werte ist gewiß nichts einzuwenden. Daß aber die Regierung durch ihre Antwort den Hansagrariern ein solches Entgegenkommen beweist, ist namentlich im Hinblick auf die herrschende Wohnungsnot ein neuer Beweis des Mangels an socialpolitischer Einsicht in den Regierungskreisen. —

Ballestrems Adlerflug. Graf Ballestrem hat am 17. Januar dem Kaiser die Glückwünsche des Reichstags in einem seltsamen Stil ausgerichtet.

„Es ist freilich nur die Konstatierung einer allbekannten geschichtlichen Thatsache, wenn ich ausspreche: „Ohne die 200jährige Königsgeschichte Preußens gebe es kein Deutsches Reich, keinen deutschen Reichstag." Auf den mächtigen Quadern 200jährigen hohenzollernschen Königswaltens ruht fest und unerschütterlich der stolze Bau des Deutschen Reichs. Ew. Majestät glorreicher Ahnherr, der Begründer der preußischen Königswürde, König Friedrich I., muß schon vor 200 Jahren etwas dergleichen geahnt und vorgefühlt haben.

Dieser erlauchte Monarch ließ nämlich zur Erinnerung an die Krönungsfeier zu Königsberg eine Denkmünze prägen, welche auf der einen Seite sein Brustbild, auf der andern Seite aber eine Königskrone zeigte mit der bedeutungsvollen Umschrift: „Prima meae gentis" (Die erste in meinem Geschlecht). Schwebte dem Geiste des soeben gekrönten Monarchen schon damals eine zweite, eine Kaiserkrone, vor, welche im Laufe der Zeiten die Häupter seiner erlauchten Nachfolger schmücken sollte?"

Wir glauben Graf Ballestrems Frage beantworten zu können. Friedrich I. hat das sicherlich nicht geahnt, hat doch sogar Wilhelm I., der die Kaiserkrone dann wirklich trug, diese Krone nicht nur nicht geahnt, sondern sogar gegen die Zumutung sich lange Zeit gesträubt! —

Dr. Lieber, der Centrumsführer, der bereits vor etwa Jahresfrist lebensgefährlich erkrankt war, dann aber genas, ist, wie es heißt, abermals leidend. Nach dem „Kölner Volksfreund" soll sein Zustand äußerst ernst sein, dagegen versichert die „Germania", sein Befinden gebe zu Besorgnissen keinen Anlaß. —

Die militärische Säge und der Krönungstag. Pensioniert wurden unter dem 18. Januar in Preußen: 1 Oberst, 2 Oberstlieutenants, 4 Majore, 11 Hauptleute und 5 Oberlieutenants. Ohne Pension wurden verabschiedet: 1 Oberlieutenant und 3 Lieutenants. Neben den Verabschiedungen fehlt es allerdings auch nicht an „Auszeichnungen". 15 Offiziere aller Chargen, abgesehen vom Lieutenant, wurden geadelt, nicht weniger als 1000, sage eintausend, mit Orden erfreut. —

Centrum und Streikpostenstehen. Herr Rintelen bestätigt in einer Zuschrift an die „Germania", daß er im Reichstag erklärt hat, ein Recht der Arbeiter Streikposten zu stehen, könne aus dem § 152 nicht hergeleitet werden. Denn dieses Gesetz garantiere nur die Koalitionsfreiheit, nicht aber den Koalitionszwang, das Streikpostenstehen sei „eine Art des Koalitionszwangs".

Damit stellt sich Herr Rintelen auf eine Linie mit den Arbeiterfeinden gewöhnlichster Sorte, die auch Feuer und Flamme für das Koalitionsrecht sind, seine Anwendung aber bekämpfen. Das Streikpostenstehen ist ein Mittel des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts, das so lange erlaubt bleiben muß, so lange es legal angewandt wird. Die Streikunterstützung ist auch ein wirksames Mittel für das Streikrecht; will Herr Rintelen deren Auszahlung verbieten, weil sie nicht aus der Gewerbe-Ordnung hergeleitet werden kann?

Die Frage muß eben ganz anders gestellt werden. Nicht danach ist zu forschen, ob das Streikpostenstehen aus dem oder jenem Paragraphen hergeleitet werden kann, sondern es ist zu fragen, ob das Streikpostenstehen durch das Strafgesetz verboten ist. Und nach juristischem Grundsatz, den doch Herr Rintelen als Jurist ebenfalls kennen sollte, ist alles erlaubt, was nicht durch Gesetz verboten ist. Das Streikpostenstehen ist nirgends verboten, das Strafgesetzbuch bedroht nur Ausschreitungen, Bedrohung, Belästigung usw., gleichviel von wem sie begangen werden. Die famosen Straßenpolizei-Verordnungen verbieten die Streikposten, weil es zu Ausschreitungen kommen könnte, weil es, um mit Herrn Rintelen zu sprechen, zu einer „Art von Streikzwang" kommen könnte. Und hier zeigt sich das Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter, denn es hat noch kein Mensch davon gehört, daß patriotischer Klimbim, Illuminationen 2c. verboten worden wären, bloß weil es dabei zu Aufläufen, Ausschreitungen, kurz zu Störungen der Ordnung aller Art kommen könnte und in der That viel häufiger kommt. —

Gegen Wucherzölle spricht sich der soeben erschienene Essener Handelskammer-Bericht aus. In einer Besprechung der wirtschaftlichen Verhältnisse heißt es zunächst:

„... Weiter wird es Aufgabe der Syndikate und Syndikatsverbände sein, wenn bei einer anhaltend rückläufigen Bewegung des Markts der Inlandsabsatz sich verringert, in Erwägung darüber einzutreten, wie der deutschen Gewerbethätigkeit in ihrem Kampfe um die Behauptung und Erweiterung der ausländischen Absatzgebiete gegenüber den konkurrierenden Nationen ein fester und sicherer Rückhalt geboten werden kann. Hierbei handelt es sich keineswegs **lediglich** um die Interessen der Unternehmer, sondern in gleichem, wenn nicht höherem Maße um die Interessen der Arbeiter, die nur dann reichliche Gelegenheit zur Verwertung ihrer Arbeitskraft und hohen Lohn finden können, wenn der Absatz der erzeugten Güter sicher gestellt ist."

Wie die deutschen Interessen, nicht **lediglich** derjenigen der Unternehmer, gefördert werden sollen, sagt der Bericht im folgenden. Nach Begründung der Forderungen in Bezug auf die Verkehrspolitik und der wiederholten Betonung der Notwendigkeit der Pflege der Auslandsbeziehungen heißt es wörtlich weiter:

„... Die Handelskammer für den Kreis Essen steht auf dem Standpunkte, daß der Abschluß von Handelsverträgen auf thunlichst lange Zeit mit Zöllen, welche die nationale Arbeit jeder Art ausreichend schützen, im Interesse einer gedeihlichen Fortentwicklung des deutschen Wirtschaftslebens unbedingt geboten ist. ..."

Wider den Brotwucher.

Die Verwaltungsbehörden von Berlin erheben dankenswerten Widerspruch gegen den geplanten Brotwucher, der die Massen der industriellen und kommerziellen Bevölkerung der Reichshauptstadt aufs schwerste heimsuchen würde.

Die infolge des Beschlusses des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung eingesetzte gemischte Deputation hat unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirschner getagt. In der Diskussion ergab sich volle Einmütigkeit darüber, daß bei dem preußischen Ministerium, dem Bundesrat und dem Reichstag energische Vorstellungen gemacht werden müssen, um jede die Volksernährung und Volksgesundheit schwer schädigende Erhöhung der Zölle auf Brotkorn zu verhindern.

Zu diesem Zweck wurde allseitig empfohlen, in einer Petition an die bezeichneten Körperschaften die schädlichen Wirkungen der Kornzölle überhaupt nachzuweisen, und im besondren scharfen Widerspruch gegen jede Erhöhung — wodurch die Lebenshaltung der Volksmassen noch tiefer herabgedrückt wird — zu erheben. Die Petition soll mit reichem statistischen Material — die Berliner Verhältnisse berücksichtigend — begründet werden, und alle einschlägigen Gebiete des Berliner Volkslebens — Ernährung, Gesundheit, Arbeitereinkommen, Kriminalitätsziffern, Industrie, sowie Einfluß der Zölle auf die Gemeindeaufgaben — Armen-, Waisen- und Krankenpflege usw. — umfassen.

Die Deputation beschloß, ihre Aufgabe mit möglichster Beschleunigung zu erledigen und hofft, daß zahlreiche andre deutsche Städte sich dem Vorgehen der Reichshauptstadt anschließen werden, um die drohende Gefahr erfolgreich zu bekämpfen. Mit der Beschaffung des notwendigen statistischen Materials, sowie mit dem Entwurf der Petition wurde eine Subkommission, bestehend aus den Stadträten Fischbeck und Dr. Weigert sowie den Stadtverordneten Heilmann, Dr. Nathan und Singer beauftragt.

Die Subkommission beginnt sofort die Ausführung der ihr gewordenen Arbeiten.

Die Kanalvorlage ist jetzt im preußischen Abgeordnetenhaus zur Verteilung gelangt. Die Konservativen sollen, um die Entscheidung möglichst hinauszuschieben, dafür gesorgt haben, daß die erste Beratung nicht vor dem Februar stattfinde. Um gegen diese Verschleppung zu demonstrieren, will die Freisinnige Volkspartei beantragen, daß die auf den Rhein-Elbekanal bezüglichen Teile der Vorlage, weil sie schon vor zwei Jahren Monate hindurch einer Kommissionsberatung unterzogen worden sind, diesmal nicht wieder zur Vorprüfung an die Kommission verwiesen, sondern direkt im Plenum zur Beratung gestellt werden.

Eine Kundgebung für die Kanalvorlage veranstaltete am Sonntagmittag in Berlin der Deutsche Centralverein zur Hebung der Fluß- und Kanalschiffahrt Vertreter des Eisenbahnministeriums und des Ministeriums des Innern, die Oberbürgermeister von Breslau, Stettin, Hildesheim, Bromberg, Vertreter von Handel und Industrie, zahlreiche Abgeordnete, unter ihnen auch der kanalgegnerische Präsident des Abgeordnetenhauses v. Kröcher, wohnten der Versammlung bei. —

Deutsche Erwerbungen. Aus Duisburg wird berichtet:

Vielkopfzerbrechen machte der hiesigen Steuerbehörde eine kostbare Sendung, welche gestern ein hiesiger Händler von seinem als Seesoldat in China mitkämpfenden Sohne erhielt. Die Sendung bestand in einer Boxerjacke, einem seidenen Hofbedienten-Anzug und einem prachtvollen Mantel einer chinesischen Hofdame. Die beiden letzteren Kleidungsstücke sind vollständig neu und stammen aus einem chinesisch-kaiserlichen Palaste in Peking. Insbesondere ist der Mantel ein Muster chinesischer Kunstfertigkeit in der Seidenbranche. Er ist ganz aus bunter, feinster Seide hergestellt, mit kostbaren Stickereien versehen und mit echten Goldfäden durchwirkt. Der etwa ein halbes Meter breite Saum setzt sich aus schweren seidenen Strängen zusammen. Das Zollamt wußte nicht recht, wie die Sendung zu verzollen sei. Der Mantel wurde schließlich nach seinem Seiden- und Goldwerte zu 1500 M. taxiert, die Livree zu 500 M. Im ganzen waren 41,70 M. Zollgebühren zu entrichten. Der Empfänger der Sendung beabsichtigt, die höchst interessanten Kriegstrophäen hier öffentlich auszustellen.

Es ist wohl schwer anzunehmen, daß die „Kriegstrophäen", wie sich die „Niederrheinische Volkszeitung", ein Centrumsorgan, so schön ausdrückt, von den dankbaren Chinesen geschenkt worden seien. —

Demokratische Hunnenwitze. In einem teutsch-nationalen jedes Wappen und jeden heimischen Mandarinenknopf anwedelnden Blatte lesen wir:

„Die chinesischen Zeitungen verbreiten förmliche Schauergerüchte über die „Schandthaten" der Europäer. Allerdings, sind es nur zum Teil Lügen. Denn der Chinese rechnet manches zu den Schandthaten, was der Europäer höchst amüsant findet. So vor allem die Heranziehung hoher Würdenträger zur Handarbeit. Wir erfahren aus diesen Zeitungsberichten, daß ein sehr hoher Mandarin gezwungen wurde, bei den Schanzarbeiten Erde zu tragen, und daß dieser um Leben und Gesundheit besorgte Beamte mit größter Seelenruhe sich seiner gestickten Staatsroben entledigte, sein Aermel aufrollte und sich mit solchem Eifer an die ungewohnte Arbeit machte, daß die „fremden Teufel" ihn bald darauf zur Belohnung wieder laufen ließen. Der Prinz dritten Rangs I-Hu mußte für französische Soldaten Kleider waschen und Waffen putzen und wurde dabei so schlecht behandelt, daß er sich gleich am zweiten Tage seiner Gefangenschaft mit einem europäischen Handtuch erdrosselte, was ihm von dem Zeitungsschreiber hoch angerechnet wird. Viele hohe Mandarinen mußten beim Begraben der Leichen helfen usw. Ferner lesen wir im „Tung-Wen", daß es in Peking etwas ganz Alltägliches sei, junge und alte Mandarinen jeden Rangs an den Straßenecken stehen zu sehen, wo sie versuchen, ihre sonst so hochgeschätzten und viel begehrten offiziellen Knöpfe in Geld umzusetzen, mit andren Worten also zu Bettlern herabgesunken sind. Ein großer Herr der 1. Rangklasse, Schung-Li, war vor dem Krieg im Besitz

von 300 prächtigen Kleidern; er mußte sich den Rock eines gemeinen Soldaten leihen, um Li-Hung-Tschang seine Aufwartung zu machen!"

Ein gegangener prinzlicher Brigadekommandeur Prinz Alfons von Bayern, Kommandeur der 1. Kavalleriebrigade, hat infolge eines ihm zugegangenen „blauen Briefs" seinen Militärdienst quittieren müssen. Ein in höfischen Sensationen wohl unterrichtetes Blatt teilt folgende Einzelheiten zu dieser Demission mit:

„Des Prinzen Befähigung als Kavalleriegeneral wurde bei den vorjährigen Herbstmanövern des 1. bayrischen Armeecorps von seinem nächsten Anverwandten und Vorgesetzten, dem kommandierenden General des genannten Armeecorps Prinz Arnulf, als „nicht genügend" eingeschätzt und ihm infolgedessen die Qualifikation zu einer weiteren Beförderung im bayrischen Heere abgesprochen. Eingeweihte Kreise wollen wissen, daß der von seinen Untergebenen hochgeschätzte Brigadekommandeur bei einem Kavallerie-Angriff Pferde und Mannschaften in unmilitärischer Weise allzu sehr geschont habe, was ihm in erster Linie das Mißfallen des als sehr schneidig bekannten Divisionärs Generallieutenants Freiherrn v. Könitz eingetragen habe und damit einen Tadel, den sich der königliche Prinz coram publico nicht gefallen ließ. Es folgten weitere Auseinandersetzungen und die Angelegenheit gelangte zur Kenntnis des Prinzen Arnulf, der sie zur weiteren Behandlung an den zuständigen Kriegsminister leitete. Letzterer hatte erst vor einigen Tagen Vortrag hierüber beim Prinz-Regenten, wovon Prinz Alfons in Gestalt des „blauen Briefs" benachrichtigt wurde. Er that sofort Schritte, um seine Entlassung aus dem aktiven Militärdienst zu erbitten. Der Regent entsprach diesem Ansuchen umgehend."

Ferner meint das Blatt, daß der Prinz wegen seiner kostspieligen Vorliebe für den Pferde- und Fahrsport, die ihm bei „Hoch und Niedrig" eine „ungewöhnliche Popularität" erworben habe, bei andren Angehörigen des königlichen Hauses Mißfallen erregt habe, was wohl zu diesem Sturze ebenfalls mitbeigetragen haben möge. Nun, der Prinz, der als Oberhaupt der Prinz Adalbertschen Familie eine Apanage von 170 000 M. bezieht, wird sich vielleicht bei dem geliebten Fahrsport und dem Bewußtsein der „Lieblings-München" zu sein, über die so schnöde Verkennung seiner militärischen Talente trösten. An einen Mangel an militärischem Talent wird man ohnehin schwer glauben: wie sollte ein Prinz aus königlichem Geblüt kein geborener Stratege sein! —

Der Neubau der Hohkönigsburg stößt im Elsaß selbst auf immer lebhafteren Widerstand. Die „Straßb. Ztg." erklärt sich schon deshalb gegen das Projekt, weil es sich mangels aller archivalischen Anhaltspunkte nicht um eine getreue Restaurierung der Burg, sondern nur um einen Phantasiebau im Stil des 15. Jahrhunderts handeln könne. Die Ruine bilde unter diesen Umständen ein viel interessanteres historisches Denkmal als ein derartiger Neubau.

„Im Interesse des Bauwerks selbst, der Ruine und ihrer interessanten und kühnen Konstruktion, die jetzt dem Auge des Beschauers bloßliegen, mit Herstellung von Scheidewänden, Zwischendecken und Mörtelputz aber notwendig verschwinden werden, liege der sogenannte Wiederaufbau nicht." —

Aus Elsaß-Lothringen wird uns geschrieben: Polizeilich aufgelöste Versammlungen sind ja bei uns, im Lande der Diktatur und der Ausnahmegesetze, keine Seltenheit. Daß aber sogar die Sitzungen der Orts-Krankenkassen nicht mehr vor behördlicher Auflösung sicher sind, das ist selbst im Lande der „wiedergewonnenen Brüder" etwas Ungewohntes. In Metz fand dieser Tage eine solche statt, um den Mitgliedern Gelegenheit zur Stellungnahme in der Frage der Neuwahl des Kassenvorstands, also in einer rein internen, unpolitischen Angelegenheit, zu geben. Als ein Mitglied eine Resolution begründete, die dahin ging, die Aufsichtsbehörde möge verfügen, daß sämtliche Generalversammlungen und Wahlen der Kasse zukünftig an Sonntagen stattzufinden hätten, um den Arbeitern zu ermöglichen, sich ohne Einbuße am Arbeitslohn an denselben zu beteiligen, löste der anwesende Polizeikommissar die Versammlung auf. — Der Vorgesetzte des in Betracht kommenden Beamten ist der Bezirkspräsident von Lothringen, der seiner Zeit, als eine Arbeiterdeputation in Sachen des Koalitionsrechts bei ihm vorstellig wurde, zur Antwort gab: „Ich habe genug mit den Franzosenköpfen zu thun und keine Zeit, mich auch noch mit den Arbeitern zu beschäftigen." —

Chinesische Kultur.

In den ersten Zeiten des Khakirauschs, ja selbst noch in den Leiden des Katzenjammers, könnte die Hunnenpresse sich nicht genug darin thun, über die Socialdemokratie zu spotten, weil sie die Chinesen nicht nur für Menschen, sondern sogar für Kulturmenschen erklärte. Allmählich zerläuft auch dieses Gemisch von Unwissenheit und Lüge.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger", der einst das Kulturrecht predigte, China müsse zerstört werden, weil seine Einwohner unappetitliche Dinge äßen, hat zwar immer noch nicht den angekündigten Brief seines Kriegskorrespondenten über die von den Kulturträgern angerichteten Greuel veröffentlicht, aber er bringt in einer seiner letzten Nummer Schilderungen aus China, die geradezu Begeisterung für Land und Leute atmen. Der Kriegskorrespondent schreibt u. a.:

„Von neuem erfaßte uns Staunen über den Fleiß und die **hohe Kunst der Bodenbebauung hier zu Lande.** Unter den vielen, vielen unklaren Vorstellungen daheim ist eine der hauptsächlichsten die, daß wir mit unserm gegenwärtigen Auftreten in China eine ideale Mission erfüllen, indem wir den zurückgebliebenen armen Chinesen die Augen für die Segnungen unsrer höheren Kultur öffneten. Ja, ist denn das so? Haben wir denn erstens überhaupt in allen Stücken eine solche kulturelle Ueberlegenheit? Wenn ich mir diese Agrikultur Nordchinas ansehe, **wird mir doch vor unsrer Gottähnlichkeit bange.** Es ist gar keine Frage, daß, wenn es möglich wäre, einige Teile des Gebiets hier deutschen Bauern zuzuweisen, damit in den betreffenden Landesteilen eine entschiedene Verschlechterung eintreten würde. **Wir haben nicht entfernt den Fleiß und die raffinierte Accuratesse des chinesischen Landmannes.** Ich kann mir ferner nicht verhehlen, daß die **Dörfer hier durchweg civilisierter aussehen, als die bäuerlichen Ansiedelungen sehr großer Teile Deutschlands,** und ich meine damit gar nicht allein die polnische Grenze oder die Kassubei, **auch die Mark Brandenburg** nehme ich nicht aus. Mit wachsendem Erstaunen konstatieren wir gegenseitig, daß wir eigentlich alle aus den Reisebeschreibungen daheim eine ganz falsche Vorstellung von China bekommen hatten."

An einer andren Stelle heißt es:

„Ich gehe nicht zu weit, wenn ich sage, es liegt ein gewisser klassischer Hauch über dem Lande, insofern ein gewisses gleichmäßiges, offenbar altererbtes Kunstgefühl **bis in die unteren Lebenssphären** hinabgeht und deren Dasein etwas veredelt."

Melancholisch faßt der Gewährsmann des Khaki-Organs seine Ansichten dahin zusammen:

„Gegenüber einer solchen starren Einheitlichkeit und Festigkeit einer Kultur erscheint die Idee, daß wir mit unsrem flüchtigen Erscheinen **hier irgend welchen Einfluß ausüben könnten, vollkommen lächerlich.** Wie ein Regenschauer von einer festgefügten Steinwand abläuft, so wird der Eindruck unsrer vorübergehenden Besetzung dieser Gegenden sich bei der Bevölkerung wirkungslos wieder verflüchtigen.

Ganz besonders, da wir uns darüber gar keine Illusionen machen dürfen, daß **wir den Chinesen samt und sonders durchaus nicht als Träger einer edleren Kultur vorkommen, sondern als eine Bande von tief unter ihnen stehenden Barbaren.** Unsre militärische Uebermacht stempelt uns in ihren Augen noch ebenso wenig zu edleren Wesen, wie einst die Hunnen in den Augen der überwundenen Römer oder die Kosaken in den Augen unsrer preußischen Vorfahren; in allem übrigen aber erscheinen wir ihnen, da wir ihre seit Jahrhunderten sorgfältig ausgebildeten Urbanitätsformen nicht kennen und daher selbst in den Augen der Kulis fortwährend gegen die allergewöhnlichsten Anstandsbegriffe verstoßen, durch die Bank als rohe, untergedornete Völkerschaften."

Welche Verantwortung vor der Weltgeschichte haben die Träger und Führer des kapitalistisch-militaristischen Europa auf sich geladen, die ihre Soldaten anwiesen, dieses von fleißiger Arbeit kultivierte Land auf weite Strecken hin in eine Wüstenei zu verwandeln! —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

— Vor der Bochumer Strafkammer wurde ein Kriegsinvalide wegen Majestätsbeleidigung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Ausland.

Die Erkrankung der Königin Victoria.

Der Zustand der Königin von England hat einen derart kritischen Charakter angenommen, daß der Tod in jeder Stunde erwartet werden kann. Die Verschlechterung der ohnehin bedenklichen Erkrankung ist auf einen Schlaganfall zurückzuführen, durch den die eine Seite des Gesichts und das Sprachvermögen in Mitleidenschaft gezogen sind. Die Patientin befindet sich im Zustande der Bewußtlosigkeit.

Ein Montagvormittag 11 Uhr ausgegebenes Bulletin lautet: In dem Befinden der Königin ist seit Mitternacht eine leichte Erholung eingetreten. Ihre Majestät hat mehr Nahrung zu sich genommen und hatte erquickenden Schlaf. Die Kräfte haben nicht mehr abgenommen. Die Symptome, welche die größte Besorgnis verursachen, sind diejenigen, welche auf eine lokale Hemmung der Blutcirkulation im Gehirn hindeuten.

Das Bulletin ist von Dr. Barlow, einem Specialisten für Gehirnkrankheiten unterzeichnet.

Die Familienangehörigen der Königin sind an das Krankenlager geeilt. Auch Wilhelm II. ist Montagvormittag in Osborne eingetroffen. —

Paris, 18. Januar. (Eig. Ber.)

Eine in vieler Hinsicht interessante Ersatzwahl-Campagne findet gegenwärtig in Paris statt. Es handelt sich um den früheren Kammersitz des Ministers der öffentlichen Arbeiten, Pierre Baudin, der mitten in der Legislaturperiode auf seinen wenig sicheren Pariser Wahlkreis verzichtet hat, um sich in seinem väterlichen Ain-Departement mühelos wählen zu lassen. 1893 ward dieser Wahlkreis, der 11. Pariser Bezirk, zuerst den Radikalen von den Socialisten abgewonnen, und zwar infolge der Panama-Affaire und der Spaltungen im radikalen Lager: der allemanistische Hutmacher Fabérot drang in der Stichwahl gegen Floquet, einen der hervorragendsten radikalen Führer, durch. In den Kammerwahlen von 1898 unterlag Fabérot dem linksradikalen Pierre Baudin. Aber in den Gemeindewahlen vom Mai 1900 siegten die vier allemanistischen Kandidaten im 11. Bezirk auf der ganzen Linie. Es war gegenüber der nationalistischen Hochflut der schönste socialistische Sieg in der Hauptstadt.

Nach der vorzeitigen und vorsichtigen Mandatsniederlegung Baudins schienen also die Aussichten für einen socialistischen Kandidaten die denkbar günstigsten zu sein. Leider aber kam es bei der Aufstellung dieser Kandidaten zu Rivalitäten, wie sie selbst in den französischen Parteiverhältnissen selten vorkommen. Die Pariser Gesammtorganisation der Allemanisten („socialistisch-revolutionäre Arbeiterpartei") entschied sich für die Kandidatur des unstreitig befähigteren Genossen Allemane, der bisher, nebenbei bemerkt, stets nur in solchen Wahlkreisen kandidierte, wo ein Mißerfolg von vornherein so gut wie sicher war. Zum erstenmal wich die Organisation, die ja bekanntlich auf den Parlamentarismus wenig hält, von ihren früheren Gepflogenheiten ab, um ihrem Führer eine sichere Kandidatur anzubieten. Allemane wurde dem früheren Kandidaten beziehungsweise Abgeordneten Fabérot namentlich deshalb vorgezogen, weil die Nationalisten ihrerseits sich anschickten, mit aller Macht in den Wahlkampf einzugreifen. Und sehr bald einigten sich auch alle Schattierungen der reaktionären Demagogie auf die geradezu herausfordernde Kandidatur des antisemitischen Bürgermeisters von Algier, des berüchtigten Max Régis, eines afrikanisch verwilderten Lueger. . . . Trotzdem aber brach die allemanistische Lokalorganisation, die „Centrale Gruppe des 11. Bezirks", die Parteidisciplin und stellte ihrerseits Fabérots Kandidatur auf.

Damit jedoch nicht genug. Auf die Anregung des Genossen Jaurès wurde von beiden Seiten ein Schiedsgericht acceptiert, in welchem Allemane von den Genossen Jaurès, Briand, Sekretär des Generalkomitees, und de Pressensé, Fabérot von den socialistischen Abgeordneten Lassole, Poulain und Contant vertreten war. Nach langen Bemühungen einigten sich die Schiedsrichter dahin, den Streit durch eine Urabstimmung sämtlicher Gruppen der socialistisch-revolutionären Arbeiterpartei entscheiden zu lassen. Die Urabstimmung ergab eine überwältigende Mehrheit für Allemanes Kandidatur, so daß die Schiedsrichter sich einstimmig für die letztere aussprachen. Dessenungeachtet aber brachen Fabérot und seine Anhänger auch das Versprechen, sich dem Schiedsgericht zu fügen, und halten an ihrer Kandidatur fest. . . .

Von den vier allemanistischen Gemeinderatsmitgliedern des 11. Bezirks agitieren drei für Allemane. Auch sonst haben die ersten Wahlversammlungen, in denen auch Fabérot sprach, gezeigt, daß die proletarischen Wähler in Masse für Allemanes Kandidatur sind, so daß bei der nun unvermeidlichen Stichwahl Fabérot sicherlich im Hintertreffen bleiben wird. Man muß aber nach all' dem Vorgefallenen abwarten, ob Fabérot, wie er es jetzt verspricht, in der Stichwahl zu Allemanes Gunsten verzichten würde, falls dieser in der Hauptwahl die meisten Stimmen erhält.

Aber auch dann würde das Wahlergebnis zweifelhaft bleiben. Denn außer der antisemitisch-nationalen Kandidatur giebt es noch, von den zahlreichen Strohmänner-Kandidaturen abgesehen, eine radikale Kandidatur, der die socialistischen Zwistigkeiten zu gute kommen könnten.

Von Max Régis ist noch zu sagen, daß er mit der üblichen Eisenstirn sich als einen „republikanischen, patriotischen und — socialistischen Protestkandidaten" giebt, seine angestammte „anti"-jüdische Parteibezeichnung gänzlich unterschlagend! So was bringt doch nur der französische Nationalismus fertig.

England.

Die Pest in Hull. Von der Besatzung des englischen Dampfers „Friary", von welcher fünf Mann gestorben sind, befinden sich noch vier im Hospital und sind auf dem Wege der Besserung. Sonst sind keine Pestfälle vorgekommen. —

Frankreich.

Nationalistische Hoffnungen. Bei der Senatswahl in Rennes wurde der Nationalist Saint Germain mit 583 Stimmen gewählt. Desgleichen siegte bei der Deputierten-Stichwahl in Montmedy der Nationalist de Benoist. Die nationalistische Presse frohlockt natürlich über dies Ergebnis. Sie erklärt, das Wahlergebnis sei ein Beweis dafür, daß nun auch die Provinz sich mit Macht der nationalistischen Bewegung anschließe. Saint Germain ist ein intimer Freund General Merciers und war Präsident jenes Disziplinargerichts, welches den Obersten Piquard aus der Offizersliste strich.

In der am Sonntag stattgehabten General-Versammlung des Verbands ehemaliger Zöglinge der polytechnischen Schule wurde **Kriegsminister André** mit lebhafter Sympathiekundgebung empfangen. General Mercier, der von den Nationalisten für das Präsidium des Verbands als Kandidat aufgestellt war, erhielt von etwa 1000 Stimmen nur 18.

Die Russin Vera Gelow, welche das Attentat auf den Professor Deschanel verübt hat, erklärte nunmehr, sie sei überzeugt, daß sie getäuscht worden sei; Professor Deschanel habe ihr keine Beleidigung zugefügt. Vera Gelow wird auf das Beobachtungszimmer des Untersuchungsgefängnisses gebracht und von Aerzten auf ihren Geisteszustand untersucht. —

Der Herzog von Broglie ist Sonnabendabend gestorben. —

Maßregelung eines reuitenten Generals. Der Kriegsminister hat den General Coslin de Bourgogne infolge einer reaktionären Rede in Cannes zur Disposition gestellt, in der der General die Jesuiten verherrlichte und die Einwohner der Bretagne beglückwünschte, den republikanischen Truppen anläßlich der ersten Revolution stand gehalten zu haben. —

Amerika.

Zum Konflikt der Union mit Venezuela. Dem „Reuterschen Bureau" wird aus Curaçao von heute gemeldet: Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Venezuela haben sich nicht gebessert. Der amerikanische Gesandte Loomis ist entschlossen, seine Landsleute zu schützen und hat eine scharfabgefaßte Note abgesandt, welche so gut wie ein Ultimatum an die venezuelanische Regierung sein soll. Amerikanische Kriegsschiffe werden zur Unterstützung des Vorgehens des Gesandten erwartet. —

Der Boeren-Krieg.

Aus Transvaal

liegen folgende Nachrichten vor:

Kapstadt, 19. Januar. Drei Schwadronen der Johannesburger Mounted Rifles griffen einen Vorposten der Boeren bei Springs unweit Johannesburg an und nahmen ihn gefangen. Später wiesen die Mounted Rifles einen starken Angriff der Boeren zurück.

Pretoria, 19. Januar. Die Boeren haben bei Balmoral einen mit Materialien beladenen Eisenbahnzug erbeutet.

Die Wegnahme des Eisenbahnzugs bei Balmoral — einer in der Mitte zwischen Pretoria und Middelburg liegenden Station — beweist auf neue, daß die Boeren die Bahnlinie Pretoria-Middelburg-Kaampoot völlig beherrschen.

Ueber die Operationen De Wetts und Bothas liegen keine weiteren Nachrichten vor.

Dagegen wird gemeldet, daß sich in der

Kapkolonie

das Einfallen der Boeren wieder mehr bemerkbar mache.

200 Boeren sind in der Umgegend von Rhenoster eingetroffen, wo sie von der Bevölkerung mit Sympathiebeweisen empfangen wurden. Die Boeren werden überhaupt von den Afrikandern überall aufs freundlichste aufgenommen. Stellenweise werden ihnen sogar unentgeltlich Lebensmittel zur Verfügung gestellt.

Ronxville und Smothfield im Süden des Oranje-Freistaats sind von den Engländern geräumt und die Einwohner dieser Städte nach Akral-North, einem von den Engländern besetzt gehaltenen Punkt im Norden der Kapkolonie gebracht worden. Der Oranje-Freistaat scheint demnach trotz des massenhaften Einfalls der Boeren in die Kapkolonie und dem Abzug De Wets über den Vaal noch immer von Boerenkommandos unsicher gemacht zu werden.

Aus Kapstadt

selbst wird gemeldet:

Drei neue Afrikander-Zeitungen sind unterdrückt worden. Eine öffentliche Versammlung, der etwa 800 Personen beiwohnten, beschloß, die Bürgerwehr mit den Truppen in ein einziges Corps zur Verteidigung der Stadt zu verschmelzen.

Man befürchtet also noch immer einen ernsten Angriff der Boeren auf Kapstadt.

Das Fiasko der sog. Friedenskommission.

Aus Standerton wird gemeldet:

Der Vertreter der Friedenskommission der Boeren, welcher am 18. Januar von hier nach Delanges Drift abgegangen war, um mit den Boeren aus dem Oranje-Freistaat zusammenzutreffen, ist wieder zurückgekehrt. Er meldet, die Boeren sagten, sie hätten reichliche Nahrungsmittel und Munition, für die Frauen und Kinder werde von den Briten Sorge getragen, sie hätten daher nicht die Absicht, den Frieden unter den von den Briten gestellten Bedingungen anzunehmen. Steyn halte sich, wie er fest glaube, im Lager der Boeren auf.

* * *

Der Prinz von Wales und der Boerenkrieg.

In der Pariser englischen Kolonie versichert man, die Liberalen seien im Irrtum, wenn sie annehmen, daß die Thronbesteigung des Prinzen von Wales einen günstigen Einfluß auf die Beendigung des südafrikanischen Kriegs ausüben würde. Der Prinz werde nicht allein die bisherige Politik Englands in Südafrika fortsetzen, sondern sie sogar noch verstärken und wahrscheinlich Chamberlain zum Kabinettschef ernennen. Der Prinz soll mit einer bedeutenden Summe in den Goldminen Südafrikas engagiert sein.

Partei-Nachrichten.

Das Agitationskomitee für den Niederrhein erstattet seinen Jahresbericht über die Parteithätigkeit im Jahre 1900. Daraus ist zu ersehen, daß die Agitationsthätigkeit des Jahrs noch reger war wie im Jahre vorher. Es wurden 208 Versammlungen abgehalten, zu verschiedenen Gelegenheiten insgesamt 160 000 Flugblätter und ferner der Landkalender in 65 000 Exemplaren verbreitet.

Die Parteipresse des Agitationsbezirks erfuhr mehrfache Veränderungen. Seit 1. Januar 1900 erscheint die „Freie Presse" in Parteiregie der Elberfeld-Barmer Genossen und hat seit kurzem eine Verbesserung erfahren, da sie nun auf einer Rotationsmaschine gedruckt und täglich mindestens sechsseitig herausgegeben wird. Einen achtungswerten Erfolg haben die Genossen des Solinger Kreises mit ihrem Partei-Organ „Bergische Arbeiterstimme" zu verzeichnen. Dasselbe erscheint seit Mai täglich und hat seitdem 1400 neue Abonnenten gewonnen, jedenfalls ein Beweis für die gute Leitung des Blatts und für die intensive Kleinarbeit der Genossen fast aller Orten des industriell so fortgeschrittenen Kreises. Was aber für Solingen besonders ins Gewicht fällt, ist der Umstand, daß das günstige Ergebnis der Agitation für unsre Parteipresse einen sicheren Maßstab dafür abgiebt, daß der dortige Parteizwist, der mit dem Namen des früheren Reichstags-Abgeordneten innig verwachsen ist, im Schwinden begriffen ist.

Die Einnahmen für Agitationszwecke sowie die Zahl der organisierten Arbeiter des Bezirks sind leider infolge der Geschäftsstockung etwas zurückgegangen.

Aus der Frauenbewegung.

Proletarierinnen Berlins!

In allen Kreisen, in denen irgend socialpolitisches Interesse herrscht, bildet in letzter Zeit die große Enquete der Gewerbeinspektoren über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen den Ausgangspunkt der zahlreichsten socialen Erörterungen. Was man in den Reihen der Arbeiter längst verfochten hat, was die Proletarierfrau ohne alles gelehrte und wissenschaftliche Studium aus ihren wirtschaftlich traurigen Verhältnissen heraus ohne weiteres begriff, das beginnt man infolge der übereinstimmenden Zeugnisse der Inspektoren nun endlich wohl überall einzusehen: es ist unmöglich, die wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung einfach durch einen gesetzgeberischen Eingriff zurückzuschrauben; es ist unmöglich, das Elend der Proletarierfamilie durch ein Arbeitsverbot der Frau und Mutter zu heben. Wie aber sonst — so ist es jetzt an uns, die herrschenden Klassen zu fragen. War es nicht die Erkenntnis, daß da, wo die Frau miterwerben muß, das Heim des Arbeiters jeder Ordnung und Sauberkeit entbehrt, daß seine Kinder einer wahrhaft beklagenswerten körperlichen und geistigen Verwahrlosung ausgesetzt sind, die den Anlaß zu jener Umfrage bot? Muß es deshalb nicht als die ursprünglichste und dringendste sociale Pflicht der Gesellschaft erscheinen, wo der eine Weg nicht zum Ziele führt, einen andren, gangbareren zu suchen, jedenfalls mit vollem Nachdruck alle Maßnahmen durchzuführen, die das Proletariat selbst von den herrschenden Klassen fordert, um das Wohl seiner Kinder zu sichern? Unsre Pflicht aber, die Pflicht des Proletariats und vor allem der proletarischen Frauen ist es, laut und öffentlich diese Forderungen zu stellen und zu vertreten; unsre Pflicht ist es, den herrschenden Klassen zu beweisen, daß auch die Proletarierin sich ihrer und der Rechte ihrer Kinder endlich bewußt geworden ist und daß sie zielklar und ernst den Kampf für diese Rechte allen Feindseligkeiten und Hemmnissen gegenüber auszufechten gedenkt.

Auf allen Gebieten der Gesetzgebung gilt es, den Hebel anzusetzen, um Schritt für Schritt eine Besserung anzubahnen, Schritt für Schritt das Heim der Arbeiterin zu heben, damit es endlich zu einer Quelle der Gesundheit, geistiger und leiblicher Kraft für sie werde. Mehr noch als der Staat wären hier auf den zahlreichsten Gebieten gerade die Gemeinden vor die fruchtbarsten Aufgaben gestellt. An sie zuvörderst gilt es deshalb, unsre Forderungen zu richten! Heute abend wird Frau Klara Zetkin in einer öffentlichen Volksversammlung diese Forderungen in allen ihren Einzelheiten erörtern. Ihr Thema lautet: „Was fordern die Mütter und Frauen von der Gemeinde?"

Proletarierinnen Berlins! Euch selbst, jeder einzelnen unter Euch liegt es ob, sich im Verein mit ihren Klassengenossinnen darüber zu beraten, worauf zunächst der Kampf zu richten ist, an Euch ist es, diese Versammlung durch zahlreichsten Besuch zu einer großen und einheitlichen Kundgebung des proletarischen Willens zu gestalten!

Die Ortsvertrauensperson.

Achtung! Frauen und Mädchen des arbeitenden Volks! Heute Dienstag, den 22. Januar, abends 8 Uhr, findet bei Keller, Koppenstr. 29, eine Volksversammlung statt, in der Genossin Klara Zetkin unsern Standpunkt gegenüber der Kommune vertreten wird. Erscheint zahlreich in dieser Versammlung und beweist, daß Ihr nicht gleichgültig allen öffentlichen Angelegenheiten gegenüber steht. Schule, Waisenpflege, Armenpflege, das sind alles Fragen, die in hohem Grade die Frau interessieren. Agitiert für den Besuch dieser Versammlung bei Euren Bekannten und Freunden.

Die Vertrauensperson.

Im Verein der Frauen und Mädchen Schönebergs sprach am 16. d. M. die praktische Aerztin Dr. Springer über die Erziehung der Kinder zu gesunden Menschen. Sie behandelte dabei vor allem die Säuglingspflege, empfahl als Ersatz der Muttermilch die reine Kuhmilch und verwarf alle Mehlzusätze. Sodann behandelte sie die Entstehung und Behandlung der englischen Krankheit.

Es wurde darauf die Abrechnung von der Weihnachtsbescherung vorgetragen, die einen Ueberschuß von 15,89 M. ergab. Aufgenommen wurden neun neue Mitglieder.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Gewerkschaften und Arbeiter Berlins!

Seit nunmehr neun Wochen sind durch brutale Handlungsweise der französischen Kapitalisten 14 000 Spitzenweber in Calais ausgesperrt und noch immer ist ein Ende nicht zu erwarten. Bedauerlicherweise haben sich aus den Reihen der Weber eine Anzahl ausgeschlossener Elemente, welche eine Sonderorganisation gebildet hatten, gefunden, die den Kapitalisten Streikbrecherdienste leisten.

Die Ausgesperrten glauben aber, daß die Unternehmer mit diesen Elementen allein bei der jetzigen günstigen Konjunktur nicht lange arbeiten können.

Sie richten deshalb an alle ausländischen Genossen die dringende Bitte, sie in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen, weil die eigne Organisation nicht in der Lage ist, so viele Tausend Personen auf längere Zeit erhalten zu können.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission hat demzufolge beschlossen, Sammlungen für die Ausgesperrten zu veranlassen und werden diese im Gewerkschaftsbureau, Engel-Ufer 15, I, Zimmer 8, vormittags von 9—1 Uhr, nachmittags von 6—8 Uhr entgegengenommen. Einsendungen sind nur an A. Körsten daselbst zu richten.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission.

Achtung, Rabitzputzer! Bei der Firma Boswau u. Knauer sind Lohndifferenzen ausgebrochen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Der Vorstand.

Die Filiale Berlin des Centralverbands der Töpfer Deutschlands veröffentlicht soeben seinen Rechenschaftsbericht für das Jahr 1900. Danach ist der Mitgliederbestand im Laufe des Jahrs von 1120 auf 1281 gestiegen. Sperren wurden drei verhängt; davon waren zwei mit Erfolg (Ruhm, Döhring), die dritte bei Schöffel besteht noch. Ein Erfolg war bisher nicht zu verzeichnen, da eine Anzahl indifferenter Kollegen es vorzieht, dem Inhaber als Arbeitswillige zu dienen. Beim Fensterstreik kamen 421 Kollegen in Betracht. Hiervon konnten jedoch 288 die Arbeit in wenigen Tagen wieder aufnehmen, 133 waren länger wie 8—14 Tage außer Arbeit und wurden aus dem Lokalfonds unterstützt. — Rechtsschutz wurde in 7 Fällen gewährt. Die Einnahme betrug 31 134,85 M., die Ausgabe 24 944,92 M. — Der Bibliothek wurden 835 Bücher entlehnt.

Deutsches Reich.

Unternehmersprache frei nach Stumm. In der Hohlglashütte von Brückner u. Co. in Ilmenau i. Th. wurden zwei Polierer, die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbands sind, entlassen, weil sie sich weigerten, Accordarbeit zu den festgestellten Sätzen auszuführen. Der Bevollmächtigte des Holzarbeiter-Verbands suchte die Sache beizulegen und richtete ein in höflicher Form gehaltenes Schreiben an die Firma. Tags darauf erhielt er folgende Antwort von der Firma:

Wir gelangten in den Besitz Ihres Schreibens vom 8. cr. Von vornherein teilen wir Ihnen mit, daß es dritte Personen überhaupt nichts angeht, ob wir unsren Arbeitern kündigen oder nicht. Das sind Angelegenheiten, die Arbeiter und Arbeitgeber betreffen und um die sich die Herren Bevollmächtigten und Vorstände der diversen Verbände gar nichts zu kümmern haben. Verstanden?!

Im übrigen sollen Sie aber auch wissen, daß unsre Arbeiter ihre Accordsätze selbst angegeben haben, daß das natürlich nicht zu knapp ausgefallen ist, können Sie sich denken.

Wie wir unsre Leute bezahlen, geht Sie gar nichts an, es ist zum mindestens eine Unverfrorenheit, sich darüber Bemerkungen zu erlauben.

Wir verbitten uns ein für allemal Ihre weiteren Zuschriften, unsre Zeit ist zu kostbar, um sich mit ihren Lächerlichkeiten abzugeben.

Hochachtend

Julius Brückner u. Co.

Der Metallarbeiterausstand auf der Seebeckschen Werft in Bremerhaven dauert unverändert fort. Herr Wischow, der Ingenieur der Firma, versucht unter seinem Namen Arbeitswillige aus andren Städten heranzuziehen, was ihm bisher aber noch nicht gelungen ist.

Maßregelung. Angeblich aus Mangel an Arbeit wurde dieser Tage auf den staatlichen Gruben in Kleinbremen a. d. Weser 70 Kohlenbergleuten gekündigt, 64 davon gehören seit Neujahr dem Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbande an. Kein Wunder, daß die Gekündigten nun zu der Meinung gelangen, die Kündigung sei ein Schreckschuß, nur dazu bestimmt, die Organisation wieder zu vernichten.

Um die Schäden der Hausindustrie zu beseitigen, haben die Schneider Nürnbergs an die Unternehmer die Forderung auf Errichtung von Betriebswerkstätten ab 1. April 1901 gestellt. Diese Werkstätten sollen genügend hoch und groß (12—16 Kubikmeter Luftraum für jeden Arbeiter) und möglichst so gelegen sein, daß sie hinreichend natürliches Licht erhalten, für die abendliche Beleuchtung soll Gasglühlicht verwendet werden. In Werkstätten mit mehr als 8 Arbeitern muß der Bügelraum von der Werkstätte getrennt sein, im Sommer darf der Bügelofen überhaupt nicht in der Werkstätte stehen. Ferner wird gefordert regelmäßige Reinigung und Lüftung, das Vorhandensein von Waschgelegenheit 2c., Maschinen, Werkzeuge 2c. muß unbedingt der Unternehmer stellen und es müssen solche stets in genügender Anzahl vorhanden sein. Die Arbeitszeit soll nicht länger als von früh 7 bis abends 7 Uhr mit den Pausen währen. — Auf diese Forderungen sind nur einzelne Antworten eingelaufen, die keine friedliche Lösung der Frage versprechen.

Ausland.

Die Pariser Gewerkschaften habe sich mit 146 Stimmen bei 18 Stimmenenthaltungen für eine vollständig unabhängige Arbeitsbörse ausgesprochen. Sie wollen weder die an bestimmte Bedingungen geknüpfte Subvention seitens des Pariser Gemeinderats, noch wollen sie andrerseits durch Proteste gegen die Beschlüsse des Gemeinderats sich in Abhängigkeit von der Regierung bringen.

Der Streik der Spitzenweber in Calais dauert nun bereits die elfte Woche. Obgleich den Ausständigen bei der letzten Auszahlung nur 5 Fr. Unterstützung überwiesen werden konnten, zeigt sich noch keine Entmutigung in ihren Reihen. Dagegen werden die Fabrikanten wankend. Die einen wollen versuchen, mit den Mitgliedern der „Emancipation" weiter zu arbeiten, ein andrer Teil der Fabrikanten wünscht mit den Vertretern des Verbands zu unterhandeln.

In Monceau-les-Mines (Frankreich) ist ein allgemeiner Bergarbeiter-Ausstand zum Ausbruch gekommen; die Bergarbeiter verlangen eine Lohnerhöhung.

Versammlungen.

Der Verein deutscher Schuhmacher hielt am 16. d. M. im Englischen Garten eine stark besuchte Generalversammlung ab, um den Geschäfts- und Kassenbericht vom 4. Quartal 1900 und den Jahresbericht pro 1900 entgegenzunehmen. Wie aus ersterem hervorging, hatte die Ortsverwaltung und Agitationskommission im letzten Quartal eine rege Thätigkeit entfaltet. Es fanden 32 Konferenzen statt, die von der Kommission veranlaßt oder von Mitgliedern derselben besucht waren, und nahmen 666 Personen an diesen Konferenzen teil. 219 Kollegen traten der Organisation als Mitglieder bei. Durch den Jahresbericht 1900 konnte gegenüber dem Jahre 1899 ein erfreuliches Wachstum der Organisation konstatiert werden. Während am Anfang des Jahrs die Mitgliederzahl 1153 Personen betrug, stieg dieselbe bis zum Schluß des Jahrs auf 1492 Mitglieder. Die Einnahmen hatten sich fast verdoppelt. An Beiträgen für die Centralkasse gingen ein 10 426,45 M., denen eine Summe von 2025,01 M. an örtlichen Verwaltungsausgaben gegenübersteht.

Für den Lokalfonds gingen ein 5947,95 M., davon wurden an streikende Kollegen beziehungsweise den Unterstützungsfonds 2700 M. und andren Gewerkschaften 348,38 M. abgeführt. An die Berliner Kollegen wurden für Streik- und Gemaßregelten-Unterstützung 265,90 M. und für die Bibliothek 199,60 M. verausgabt. Bei den Neuwahlen zur Ortsverwaltung wurden gewählt: Lankow als erster Bevollmächtigter, Olrich als Stellvertreter, Rust als erster, Drews als zweiter Kassierer und Erdmann als Schriftführer. Die Neuwahl des besoldeten Kollegen wurde vorläufig ausgesetzt.

Eine außerordentliche Versammlung des Centralverbands der Zimmerer tagte am Dienstag, den 15. Januar, im Gewerkschaftshause. Dieselbe beschäftigte sich mit der Wahl eines Saals zu den regelmäßigen Versammlungen. Nach einiger Diskussion wurde entschieden, die Arminhallen für dieses Jahr zu diesem Zweck beizubehalten. Die Besprechung von Anträgen zu der im März in Nürnberg stattfindenden Generalversammlung nahm den größeren Teil der Versammlung in Anspruch, worauf die Wahl der Delegierten zu dieser durch Stimmzettel vorgenommen wurde. Gewählt wurden: Knbe, Rickert, Gruse und Reimann. Der Vorsitzende verwies dann noch auf die Wichtigkeit der Arbeitslosen-Freiabstempelung und die Notwendigkeit des Innehaltens der hierfür vorgeschriebenen Form.

Eine Branchenversammlung der Luxuspapier-Arbeiter fand am Mittwoch, den 16. Januar, im Louisenstädtischen Klubhaus statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung gab Scherwardt einen detaillierten Bericht über seine Thätigkeit als Vertrauensmann. Es fanden im verflossenen Jahre statt: 47 Werkstubensitzungen, 18 Gausitzungen, 10 Delegiertensitzungen, 9 kombinierte Sitzungen, 3 Versammlungen und 2 Goldschnittmacher-Versammlungen außer verschiedenen Sitzungen und 4 Verhandlungen mit Firmen. Gerhardt giebt ebenfalls einen kurzen Bericht und schildert die Preisverschiedenheiten für ein und dieselbe Arbeit bei den verschiedenen Firmen.

Redner fordert die Kollegen auf, die neugewählten Vertrauenspersonen etwas thatkräftiger zu unterstützen als bisher. Nach der Decharge-Erteilung wurden die Kollegen Scherwardt, Manz, Wilhelm Tarlau und Hartstoch für das laufende Jahr in die Agitationskommission gewählt. Unter „Verschiedenes" macht Kollege Scherwardt noch auf die gesetzlichen Bestimmungen für die weiblichen Arbeiterinnen aufmerksam und beweist durch Beispiele, daß in dieser Beziehung sehr gesündigt wird. Desgleichen bittet Redner, den statistischen Fragebogen etwas mehr Interesse zuzuwenden.

Eine Versammlung der Rabitzputzer fand am 16. Januar in den Arminhallen statt. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: Die Ursachen der allgemeinen Arbeitslosigkeit, deren Folgen und deren Beseitigung, hielt Rieke einen längeren interessanten Vortrag. An der Diskussion beteiligten sich vier Redner. Hierauf folgte die Abrechnung vom IV. Quartal. Diese ergab für die Hauptkasse eine Einnahme von 564,50 M., der eine gleiche Ausgabe gegenüber stand; für die Lokalkasse eine Einnahme von 175,25 M., eine Ausgabe von 142,56 M. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß 214. Im letzten Punkt der Tagesordnung: Verbandsangelegenheiten, wurden 200 M. vom Streikfonds der Lokalkasse überwiesen, um damit laufende Ausgaben zu decken. Alsdann wurde die Delegiertenwahl besprochen und Rieke mit Stimmenmehrheit in Vorschlag gebracht.

Charlottenburg. Die Handels-, Transport- und Verkehrs-Arbeiter hielten am Donnerstag, den 17. d. Mts., bei Wernicke, Bismarckstr. 84, eine Versammlung ab, welche sehr gut besucht war. Schon vorher wurde in zwei Versammlungen das Thema einer eignen Verwaltungsstelle behandelt und es erfolgte nunmehr in dieser die Wahl der Funktionäre. Es wurden zum ersten Bevollmächtigten Ernst Forster, als Kassierer H. Heitmann, als zweiter Kassierer und Stellenvermittler Max Trill und als Schriftführer Tatusch gewählt. Als Beisitzer wählte die Versammlung die Kollegen Lange; Gottschlag, Behrend, Greger, Leppin. Das Verkehrslokal sowie der Arbeitsnachweis befindet sich bis auf weiteres beim Kollegen Trill, Grolmann- und Goethestraßen-Ecke.

Rummelsburg. Am Montag, den 14. Januar fand im Café Bellevue eine von etwa 600 Personen besuchte Volksversammlung statt, in der Genosse Hirsch über die „bestehende Wohnungsnot und die Pflichten von Staat und Kommune" sprach. In der Diskussion sprachen noch die Genossen Ritter, Berger und Gebauer.

China.

Die Boxerjagden dauern fort!

Feldmarschall Graf Waldersee meldet am 19. Januar aus Peking: Von Tientsin ist gestern ein Detachement unter Major Hofmann in die Gegend des Tsilihai (eines Sees nordöstlich von Tientsin) abmarschiert, wo sich Räuber sammeln.

Für die wahrscheinliche

Dauer der Besetzung Petschilis

durch die Khakimächte sind die Aeußerungen des französischen Gesandten Pichon nicht uninteressant. Derselbe erklärte dem Berichterstatter des „Echo de Paris":

„Ueber die Frage der Schutzwachen für die Zukunft müssen erst die näheren Bestimmungen getroffen werden. Aber meine Meinung darüber steht unerschütterlich fest; eine ansehnliche Truppenmacht ist in Tientsin und in Paotingfu zum Schutze unsrer Eisenbahn erforderlich. Ein Regiment, glaube ich, und einige Batterien müssen noch für eine lange Frist hier gelassen werden. Wir müssen darauf gefaßt sein, daß nicht alle Mächte unsrem Beispiel folgen; die Engländer werden zögern, nur 200 Mann hier zu lassen, und die stattgehabten oder bevorstehenden Truppenzurückziehungen Rußlands und der Vereinigten Staaten sind ja bekannt. Deutschland und Frankreich werden sich nicht vom Fleck rühren, bis sie die absolute Gewißheit haben, daß ihre Unterthanen und ihre Interessen wirksam beschützt werden. Wenn ein teilweiser Abzug vor dem Frühling stattfinden soll, so werde ich auf jeden Fall verlangen, daß auf dem gesamten Gebiete, auf das sich der französische Einfluß erstreckt, starke Truppenmassen belassen werden. Ich bin nicht der Ansicht, daß ein Feldzug im wahren Sinne des Worts jetzt erforderlich ist; aber eine ernsthafte Besetzung und kleine Polizeikolonnen, wie wir und die Deutschen solche täglich herumschicken, sind noch für eine geraume Zeit unumgänglich. Das ist die beste Vorbereitung zu dem erwarteten und hoffentlich nicht allzu fernen entgültigen Frieden. . . ."

Der Schneckengang der Verhandlungen.

Die „Agence Havas" meldet aus Peking vom 16. d. Mts., daß Tsching und Li-Hung-Tschang von den Gesandten die Festsetzung einer baldigen Zusammenkunft erbaten, um die gegen einige Artikel der Note der Mächte von ihnen gemachten Einwände zu besprechen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Französische Deputiertenkammer.

Paris, 21. Januar. (W. T. B.) Wiederaufnahme der Verhandlung über das Vereinsgesetz. Graf de Mun weist die Anklagen des Deputierten Trouillot gegen die Kongregationen zurück und bespricht sodann die Frage des Besitzes der toten Hand. Er erklärt die von der Regierung veröffentlichten Dokumente, welche den Besitz der Kongregationen auf eine Milliarde Frank bewerten, für unrichtig. Er versichert, daß viel von dem Besitztum, das die Kongregationen inne hätten, ihnen nicht gehöre. De Mun schätzt ihr Vermögen auf nur 435 Millionen, worin das der zugelassenen Kongregationen mit einbegriffen sei. Waldeck-Rousseau wirft er vor, dem Drängen der Socialisten nachgegeben zu haben, und Trouillot, daß sein Bericht sich in Maßlosigkeiten ergehe.

Im Fortgange seiner Rede erinnert de Mun an die Dienste, welche die Kongregationen Frankreich im Orient und im fernen Osten erwiesen haben und schließt mit einem Aufruf an die Freunde der Freiheit, den Gesetzentwurf abzulehnen. (Beifall auf der Rechten.) Ministerpräsident Waldeck-Rousseau erwidert, der Zweck des Gesetzentwurfs sei, das unbestreitbare Uebergewicht der bürgerlichen Gesellschaft herzustellen; die Regierung erachte die Annahme des Gesetzentwurfs für notwendig. Waldeck-Rousseau giebt alsdann die Grundzüge und die allgemeine Anordnung des Gesetzentwurfs an, der für sämtliche Vereine geschaffen sei, welcher alle Kongregationen zuläßt, die dem Gesetze unterworfen sind und alle diejenigen, welche die Ermächtigung des Gesetzes erlangen werden. Die Kirche sei keineswegs bedroht. Die Regierung wünsche durch den Gesetzentwurf den Frieden und die regelrechte Entwicklung der Einrichtungen zu sichern. (Dreifacher wiederholter Beifall.) Die Kammer beschließt alsdann mit 298 gegen 226 Stimmen, daß die Rede des Ministerpräsidenten öffentlich angeschlagen werde. Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Hamburg, 21. Januar. (W. T. B.) Die bakteriologische Untersuchung der an Bord des Dampfers „Pergamon" zwischen der Ladung aufgefundenen toten Ratten ergab, daß dieselben infolge der Pest verendet sind. Die Besatzung der „Pergamon" und die Arbeiter, welche mit der Ladung in Berührung gekommen sind, befinden sich unter ärztlicher Beobachtung, dieselben sind alle gesund. Das Schiff wird in Indiahafen isoliert gehalten. Die Löschung geschieht mit allen Vorsichtsmaßregeln unter polizeilicher Aufsicht und hafenärztlicher Kontrolle. Nach erfolgter Löschung wird der Dampfer gründlich desinfiziert werden.

Aachen, 21. Januar. (W. T. B.) Zu dem Tagebruch in dem Bergwerksrevier der „Vereinigungsgesellschaft" wird von maßgebender Stelle mitgeteilt, daß eine weitere Gefahr gegenwärtig nicht vorhanden sei, da der Wasserzufluß aus der Wurm aufgehört habe. Die Gruben „Gouley" und „Kempchen" sind vollständig im Betrieb. In die Grube „Teut" und die „Königsgrube", aus welcher letzteren aber keine Kohlen mehr gefördert wurden, ist das Wasser in ziemlich erheblicher Menge eingedrungen, doch hofft man es auch hier in etwa 8 Tagen so weit zu beseitigen, daß der Betrieb wieder aufgenommen werden kann.

Mährisch-Ostrau, 21. Januar. (W. H.) Ein im Karolinenschacht der Witkowitzer Werke ausgebrochenes Feuer wurde anscheinend gelegt. Die Bewältigung des Brandes dürfte mehrere Tage dauern. Menschenleben sollen angeblich nicht gefährdet sein.

Osborne, 21. Januar. (W. T. B.) Nach dem offiziellen Bulletin von nachmittags 5 Uhr hält die am Vormittag eingetretene leichte Besserung im Befinden der Königin an.

Petersburg, 21. Januar. (W. H.) Feldmarschall Gurko ist schwer erkrankt.

Sofia, 21. Januar. (W. H.) Die Gerüchte von den Verhandlungen wegen eines engeren Zusammenschlusses Bulgariens und Serbiens bestätigen sich.

Verantwortl. Redacteur: Robert Schmidt in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

29. Sitzung vom Montag, den 21. Januar 1901, 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Posadowsky.

Die zweite Beratung des **Etats des Reichsamts des Innern** wird fortgesetzt. (Titel Staatssekretär.)

Abg. **Prinz zu Schönaich-Carolath** (Hosp. d. Natl.)

weist auf die fortschreitende **Erwerbsthätigkeit der Frauen** hin und begrüßt es, daß die Einrichtung der weiblichen Fabrikinspektoren sich gut bewährt hat. Ich will aber nicht hierüber, sondern wie alljährlich über das **Universitätsstudium der Frauen** sprechen. Wenn auch die Frau eigentlich ins Haus gehört, so dürfen doch den Frauen, die das Bedürfnis haben, die akademische Laufbahn zu ergreifen, die Thore der Universitäten nicht verschlossen bleiben. Leider sind wir aber in Deutschland noch immer nicht so weit, daß die Frauen zur Immatrikulation zugelassen werden. Nur die badischen Universitäten Freiburg und Heidelberg sind bisher den Frauen vollkommen eröffnet. An den übrigen deutschen Universitäten sind sie nur als Hospitanten geduldet und bedürfen der Einwilligung der Professoren zum Besuch der Vorlesungen. Bei der immer wachsenden Zahl der studierenden Frauen wäre es wirklich an der Zeit, daß den berechtigten Forderungen derselben auf weitere Erleichterung des Studiums endlich nachgekommen würde. (Bravo!)

Abg. **Hitze** (C.):

Herr Hoch behauptete, daß das Centrum bei den Unfallversicherungs-Gesetzen und der Invalidenversicherung teilweise hinter den Forderungen der Regierung zurückgeblieben sei. Den Beweis hat er nicht erbracht. Speciell die Rentenstellen hat das Centrum mit der äußersten Energie verteidigt. Auch die Behauptung des Herrn Hoch, daß die neuesten **bischöflichen Erlasse** sich gegen das Streikpostenstehen wenden und den Arbeitern die Koalitionsfreiheit nehmen wollen, ist ganz ohne Beweis gesprochen. — Es wird immer von neutralen Gewerkschaften geblieben. Die neutralen Gewerkschaften des Centrums haben die Aufgabe, die socialdemokratischen Bestrebungen zurückzuweisen. Die sogenannten neutralen Gewerkschaften der Socialdemokratie können es auch nicht unterlassen, die gewerkschaftlichen Organe für parteipolitische Zwecke auszunutzen.

Vor kurzem wurde im „Vorwärts" ein Fall verteidigt, wo der **„Maurerverband" 1000 M. zu politischen Zwecken gegeben hatte.** Das sollen neutrale Gewerkschaften sein. Geben Sie uns doch mal aus dem Streikfonds 1000 M. Wir haben sie nötiger, denn wir sind größer als Sie. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Sie sehen, daß das nicht möglich ist. Noch heute sind die sogenannten neutralen Gewerkvereine nur Exerzierplätze für die Socialdemokratie. Auch rein **wirtschaftlich** betrachtet ist ein **Zusammengehen zwischen christlichen und socialdemokratischen Gewerkvereinen unmöglich.** Die christlichen Gewerkvereine bemühen sich im Rahmen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung die Lage der Arbeiter zu heben! (Lachen bei den Socialdemokraten.) Ihnen schwebt stets das Endziel vor Augen. Handelt es sich z. B. darum, daß ein Streik sein Ende erreichen will, so werden Sie vom Princip des Klassenkampfs aus häufig den Streik weiter zu führen wünschen, während unsre Gewerkschaften, wenn sie sehen, daß es bei zu großen Opfern nicht weiter geht, die Beendigung wünschen. Weiter steht die internationale Solidarität den socialdemokratischen Arbeitern höher als die nationalen Bestrebungen. Wenn durch einen Streik die nationale Industrie ruiniert wird, so kümmert das die internationale Socialdemokratie sehr wenig; der Gewerkvereinler strebt vor allem nach Tarifgemeinschaften. Wie steht aber die Socialdemokratie dazu? Auf den Leipziger Konflikt will ich nicht zurückkommen, aber für Sie ist der wirtschaftliche Krieg nicht Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck als Klassenkampf. Der bischöfliche Brief hat den christlichen Arbeitern nicht das Koalitionsrecht verboten, sondern ihnen nur den Eintritt in die sogenannten neutralen, das heißt socialdemokratischen Gewerkschaften untersagt. Der Abgeordnete Fischer hat gefragt: Ja, warum haben die Bischöfe keinen Erlaß gegen die Unternehmer gerichtet? Sehr einfach: es lag kein Anlaß dazu vor. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Die Unternehmer sind klug genug, alle politischen und konfessionellen Gegensätze in ihren Verbänden beiseite zu lassen. Thäten sie das nicht, so würde vielleicht auch ein Brief gegen sie erlassen werden. Redner begrüßt die christlichen Gewerkvereine mit großer Freude, die den socialdemokratischen Organisationen an die Seite treten oder gegen sie kämpfen würden. Von Ihrem Standpunkt aus sollten Sie sich freuen, daß neue Organisationen für die Arbeiterklasse geschaffen worden sind, um die wirtschaftliche Lage des Arbeiters zu verbessern. Statt dessen bekämpfen Sie die christlichen Gewerkvereine, weil Ihnen ihre politischen Ziele höher stehen, als die wirtschaftlichen. (Bravo! im Centrum.)

Abg. **Franken** (natl.)

wünscht eine Versicherung der Personen, die bei der Rettung von Personen und Sachen bei Bränden zu Schaden kommen und will die Kosten dieser Versicherung für die freiwillige Feuerwehr durch eine Auflage auf die Feuerversicherungspolicen aufbringen. Redner wendet sich dann der Socialpolitik zu. Herr Bebel sagte, die nationalliberale Partei beginne ihm Respekt einzuflößen. Als Mitglied der Kommission für die Invaliditätsversicherung habe auch ich Respekt vor der Socialdemokratie und ihrer praktischen Mitarbeit bekommen. Gefreut habe ich mich über den Beschluß der Brandenburger Provinzial-Konferenz socialdemokratischer Gemeindevertreter, in der **Wohnungsfrage** selbst Hand ans Werk legen zu wollen. Die demonstrative **Resolution Fischer**, die nur 15 Unterschriften gefunden hat, wird das Haus ebenso wenig kümmern, wie die Frage, ob die Winde, die der Socialdemokratie **Briefe und Erlasse** zutrogen, vom warmen Süden oder vom kalten Norden kommen. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Wir haben die Zuchthausvorlage abgelehnt, weil sie uns einfach unpassend erschien für unsre Arbeiter, die zu den besten aller Industriearbeiter Europas gehören. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Graf Posadowsky wird von der einen Seite für einen Arbeiterfeind, von der andren für einen halben Socialdemokraten gehalten. Die Wahrheit liegt hier wohl in der Mitte. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Angesichts des Niedergangs der Industrie sollten die Agrarier es nicht zu einem **Bruch zwischen Industrie und Landwirtschaft** kommen lassen. **Kanalvorlage** und **Getreidezölle** gehören zwar nicht zusammen, aber ich sage, wenn Sie die Kanalvorlage ablehnen, bewillige ich nicht einen Pfennig höhere Getreidepreise. (Stürmische Heiterkeit rechts.)

Abg. Dr. **Pichler** (C.):

Die Landwirtschaft wäre sehr froh, wenn der Grundsatz des Herrn Vorredners „leben und leben lassen" auch ihr gegenüber angewandt würde. (Sehr richtig! im Centrum.) An ein Zugrunderichten der Industrie denkt die Landwirtschaft am allerwenigsten. — Ich habe mich indes zum Worte gemeldet, um zur **Zündholzfrage** zu sprechen. Der Herr Staatssekretär hat darauf hingewiesen, daß in der Schweiz und in Frankreich Versuche gemacht werden, um ein Verfahren zur Herstellung von Zündhölzern zu finden, das nicht so gesundheitsschädlich wäre wie die heute notwendige Verwendung von Phosphor. Der Herr Staatssekretär meinte, sollten diese Versuche von Erfolg begleitet sein, so wäre es leicht, mit gesetzgeberischen Maßnahmen vorzugehen. Es sind aber bereits früher Verordnungen erlassen worden, die, wo sie streng durchgeführt worden sind — zum Teil unter großen pekuniären Opfern der Fabrikanten — sehr segensreich gewirkt und zur Verminderung der Phosphornekrose wesentlich beigetragen haben. In Sachsen-Meiningen aber, wo die Zündholzfabrikation noch größtenteils in der Hausindustrie erfolgt, sind dieser Fabrikation seitens der Landesregierung eine Reihe von Erleichterungen gewährt worden, und daraus ist es zu erklären, daß in Sachsen-Meiningen die Phosphornekrose besonders häufig auftritt. Neue Gesetze sind also gar nicht erforderlich, sondern es ist nur nötig, daß die bestehenden Verordnungen auch in Sachsen-Meiningen durchgeführt werden und die Hausindustrie unterdrückt wird.

Ein Bundesbevollmächtigter für **Sachsen-Meiningen**

bestreitet, daß die gesetzlichen Verordnungen in Sachsen-Meiningen nicht beachtet werden. Sie sind nur besonders schwer durchführbar wegen des Bestehens der Hausindustrie. Die Zündhölzer werden jetzt hinter verschlossenen Thüren und verhängten Fenstern hergestellt. Dadurch werden natürlich die gesundheitschädlichen Folgen der Zündholzfabrikation noch vermehrt. Die sächsisch-meiningische Regierung hält die bestehenden Mißstände für so groß, daß sie entschlossen ist, ein **Verbot der Zündholzfabrikation** zu beantragen.

Abg. **Schwarz**-München (wild-natl.), (auf der Tribüne fast unverständlich):

bestreitet gegenüber dem Abg. Bebel, daß die Gewerbe-Inspektoren sich für die Durchführbarkeit der Bäckereiverordnung ausgesprochen hätten. Redner befürwortet weiter eine Minimal-Ruhezeit statt des Maximalarbeitstages.

Die Verwandlung des Maximalarbeitstages in eine Maximalarbeitswoche würde die Schwierigkeiten der Kontrolle noch bedeutend erhöhen.

Abg. **Peus** (Soc.):

Auf die Frage der Zündholz-Fabrikation will ich nicht eingehen. Dazu wird Gelegenheit sein, bei Beratung unsres Initiativantrages, der Verbot der Zündholz-Fabrikation mit Phosphor verlangt. Herr Hitze stellte es so dar, als verfolgten die socialdemokratischen Gewerkschaften nur parteipolitische Zwecke. Nun, wie ein ultramontaner Abgeordneter sich den idealen Arbeiter denkt, das hat seiner Zeit Herr Szmula im preußischen Abgeordnetenhause gesagt. Er pries die Galizier als Vorbilder besonders in sittlicher Beziehung. „Die Hälfte von ihnen kann kaum lesen und schreiben, am Sonntag beten sie und singen, aber von Politik haben sie gar keine Ahnung." (Zuruf des Abgeordneten Dr. **Hitze**.) Herr Hitze meint, daß sie nicht lesen und schreiben können, sei nicht zu ihrem Lobe gesagt. Jedenfalls wollte doch aber Herr Szmula hervorheben, die Arbeiter seien auch höchst glücklich, wenn sie nicht lesen und schreiben könnten. Freilich, Herr Hitze hat sich etwas anders über die Arbeiter geäußert. Er erkennt an, daß die Arbeiter heutzutage gleiche Berücksichtigung auch für sich verlangen. Damit hat er aber wohl nur dem Zwange nachgegeben, welcher das Centrum gerade infolge unsrer Agitation zwingt, im Westen doch eine etwas andre Auffassung von den Arbeitern zu zeigen als im Osten, in der Gegend des Herrn Szmula. Infolge unsrer Agitation haben die katholischen Arbeiter glücklicherweise den Gegensatz zwischen ihnen und den Unternehmern erkannt. Sie haben erkannt, daß weder **Gewerkschaftsbewegungen** allein, noch **politische** Agitation allein ihnen Rettung bringen kann, sondern daß beide **zusammenwirken müssen.** Deswegen brauchen aber die Gewerkschaften nicht politische Zwecke zu verfolgen. Herr Hitze führte den Maurerverband an; die Summe, welche dieser gegeben hat, sollte aber dazu dienen, den Kampf gegen die Zuchthausvorlage zu führen und das war sicher ein Gewerkschaftszweck, die Arbeiter sind also darauf bedacht, Politik- und Gewerkschaftsbewegung peinlich zu trennen.

Wir halten die Gewerkschaftsbewegung für eine durchaus selbstständige Bewegung. Jeder Arbeiter hat Zutritt zu den Gewerkschaften, welcher politischen Ueberzeugung er auch sei. Das Centrum hat die christlichen Gewerkschaften nicht um ihrer selbst willen gegründet, sondern zur „Bekämpfung des Umsturzes", wie Weihbischof Schmitz in Krefeld sagte, und um den Abmarsch der katholischen Arbeiter ins socialdemokratische Lager zu verhindern. Sobald die christlichen Gewerkschaften Ernst mit der Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen machen, zieht ein Geist in sie ein, der sie unbedingt zur Socialdemokratie führt. Darum wurde der bekannte Hirtenbrief erlassen und wieder eingeschränkt, als man sah, daß Brust und seine Freunde den geistlichen Führern nicht mehr gehorchen wollten. — Herr Hitze pries den **Centralverband** (Widerspruch des Abg. Hitze) wegen seiner Neutralität. Ja, die Herren Unternehmer sind darüber längst hinaus, sie machen keinen Unterschied mehr zwischen Freimaurern und Gläubigen, sie sind einig als Ausbeuter. Den Ausgebeuteten aber wollen Sie diesen Zusammenschluß verbieten. Die Herren vom Centrum treiben aber ein Doppelspiel. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Wie die Regierung zu den Arbeiterorganisationen steht, davon hat uns der **gestern veröffentliche neue Bueck-Brief** genügend unterrichtet. Alles was unsre Redner in diesen Tagen gesagt haben, wird durch diesen Brief auf's neue bestätigt. Herr von Berlepsch, der sich in seinen Bestrebungen an die Februarerlasse anschloß, zog sich dadurch den Haß des Centralverbands zu. Bueck freut sich nun cynisch darüber, daß der Centralverband Herrn v. Berlepsch klein bekommen und einen Herrn an seine Stelle gebracht habe, der persönlich in angenehmster Freundschaft mit Herrn Bueck lebt. Auf Kegel- und Billardspiel wird sich diese Freundschaft wohl nicht gegründet haben, sondern auf bestimmte politische Ziele. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr Brefeld hat nun zu Herrn Bueck gesagt, die Lage der Arbeiterklasse habe sich außerordentlich gebessert, sie sei vollkommen befriedigend, eine Aeußerung, von der ich annehme, daß ihr auch nicht ein Mitglied unsres Hauses zustimmen wird, denn auf der Ueberzeugung, daß die Lage der Arbeiter nicht befriedigend sei, beruht die Fortführung der Socialreform, die angeblich von allen Parteien für dringend notwendig gehalten wird. (Sehr richtig bei den Socialdemokraten.) Herr Brefeld hat dann weiter gemeint, die von gewissen Seiten ausgehenden Klagen über die Lage des Arbeiterstands seien ein Unfug. Diese Aeußerung setzt doch allem die Krone auf. Wer die Lage der Arbeiter so gut kennt wie wir Socialdemokraten, die wir mitten unter ihnen stehen, wird sich einen gröberen Unfug gar nicht denken können als eine solche Behauptung! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Diese Aeußerung wollen wir annageln für alle Zukunft. Aus ihr werden die Arbeiter sehen, daß sie sich nur auf sich und ihre Vertretung im Reichstag verlassen können. Während Graf Posadowsky behauptet hat, der Widerstand, den er als Socialpolitiker finde, zeige sich im Bundesrat, geht aus dem Bueck-Briefe hervor, daß die Centralmacht, nämlich **der Kaiser, dieselben Ansichten jetzt habe wie Herr Brefeld.** Wir wissen, daß die Anschauungen des Kaisers seit 1890 großen Wandlungen unterworfen gewesen sind. (Sehr richtig! bei den Soc.) Es war ja nicht die erste Wandlung in den Anschauungen, die wir beim Kaiser finden! (Sehr richtig! bei den Soc.) **Dem Zickzackkurse gegenüber werden die Arbeiter um so fester an dem sicheren Kurse der Socialdemokratie festhalten!** (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Redner wendet sich nun zu der **Lage der Ziegelei-Arbeiter.** Diese Arbeiter sind größtenteils auf dem Lande thätig und sind stark mit Ausländern durchsetzt. Daher ist ihnen die Organisation besonders schwierig gemacht. Die wenigen Schutzmaßregeln, die für sie erlassen sind, werden daher einfach nicht beachtet. Das bestätigen die Gewerbe-Inspektoren selbst. Die einzelnen Betriebe sind auch so zerstreut, daß nur ein geringer Bruchteil jährlich inspiciert werden kann. Besonders finden sich Verstöße gegen das Verbot der Beschäftigung jugendlicher Personen in den Ziegeleien. Woher kommt nun dieser ungesetzliche Sinn der Herren Ziegeleibesitzer? Es sind doch allesamt gute Konservative. Belehren vielleicht die Konservativen ihre Wähler nicht über die gesetzlichen Vorschriften? Wenn sie uns nicht die Säle abtreiben würden, würden wir ihnen die Arbeit gerne abnehmen. — Der Hauptgrund für die vielen Uebertretungen liegt aber doch wo anders. Den Ziegeleibesitzern fehlt eben die strenge Erziehung durch die Justiz, die sich nur der Arbeiter annimmt. Den Arbeiter treffen bei der kleinsten Gesetzesübertretung die schwersten Strafen, die Unternehmer werden bei Uebertretung der Verordnung, wenn es sehr hoch kommt, mit 20, 50 M. bestraft. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Besonders traurig liegen die Wohnungsverhältnisse in den Ziegeleien. Vielfach bestehen noch nicht einmal genügend getrennte Schlafstellen für männliche und weibliche Arbeiter. Es ist wieder bezeichnend, daß gerade die Herren Konservativen, die angeblich so viel Religion und Sittlichkeit im Leibe haben, solch unsittliche Zustände dulden. Ich bin der Meinung, daß die weiblichen Arbeiter überhaupt nicht in die Ziegeleien gehören, ebensowenig wie die Kinder. Nach dieser Richtung hin müßte die bestehende Verordnung ausgebaut werden. Weiter muß auch die Arbeitszeit der erwachsenen Arbeiter eingeschränkt werden und dafür gesorgt werden, daß die Verhältnisse der deutschen Arbeiter nicht durch die Konkurrenz der ausländischen verschlechtert werden. Gegen die Verwendung ausländischer Arbeiter haben wir grundsätzlich natürlich nichts einzuwenden, nur muß verhindert werden, daß diese Ausländer als Lohndrücker benutzt werden. Die Arbeiter selbst können ihre Lage durch Organisation wahren. Aber ihre Organisationen werden verfolgt und chikaniert. Gerade jetzt wird in meiner Heimat in Anhalt von den centralorganisierten Verbänden verlangt, daß sie ihre Mitgliedschaft in jedem einzelnen Orte, wo eine kleine Organisation besteht, mitteilen. Natürlich soll auf diese Weise die Polizei die Namen der Verbandsangehörigen erfahren. Mit so kleinlichen Mitteln geht man gegen die Organe der Arbeiter vor. Unter solchen Umständen kann freilich alle Socialpolitik keinen Erfolg haben. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. **Fischbeck** (frs. Vp.):

Die Rede des Herrn v. Kardorff war sehr bezeichnend für den socialpolitischen Standpunkt seiner Partei. Nicht minder merkwürdig war die wirtschaftspolitische Auffassung, die er vertrat. Er berief sich zum Schluß auf das Wort des Herrn v. Klinkowström, kein Mensch in Deutschland könne den Anspruch erheben, Brot billiger zu haben, als es in Deutschland selbst hergestellt werden kann. Mit demselben Recht könnte man sagen, kein Mensch kann eine andre wirtschaftlich politische Kenntnis auspacken, als er selbst produzieren kann. (Sehr gut! links.) Zweifellos ist doch, daß Deutschland nicht in der Lage ist, das Quantum Getreide zu produzieren, was notwendig ist, um die Bevölkerung zu ernähren. (Widerspruch rechts.) Man sagt, die Produktionskosten der Landwirtschaft sollen bei uns besonders groß sein. Die Löhne sind aber nicht höher als anderswo. (Widerspruch rechts.) Wenn die russischen Arbeiter wirklich weniger Lohn bekommen, dann arbeiten sie auch weniger intensiv. (Widerspruch rechts.) Die Hauptsache ist, der Kapitalzins ist bei uns nicht höher als anderswo, im Gegenteil. Was also die Produktionskosten in die Höhe schraubt, ist höchstens der Wert des Grund und Bodens, und dieser wird durch die höheren Getreidezölle noch gesteigert werden. Den Berufsgenossenschaften sollte der Staat im Erlaß von Unfallverhütungs-Vorschriften zu Hilfe kommen. Der preußische Handelsminister aber hat sich über die reichsgesetzlichen Bestimmungen hinweggesetzt und Vorschriften erlassen, ohne sie vorher den Berufsgenossenschaften vorzulegen. Die Prüfung solcher Unfallverhütungs-Vorschriften hat durch die Berufsgenossenschaft das Gute, daß die Berufsgenossenschaften auch Arbeiter zu ihren Beratungen hinzuziehen. Trotzdem im vorigen Jahre das eigenmächtige Vorgehen des preußischen Handelsministers getadelt worden ist, sind jetzt wieder ohne weiteres Vorschriften über die Bedienung von Fahrstühlen erlassen worden. Das Reich sollte hier auf Preußen einwirken, daß dieser Staat die reichsgesetzlichen Bestimmungen besser beachtet. — Das Uebel, das in ärztlichen Gutachten über den Unfall auch gleich der Prozentsatz der Rente vorgeschlagen wird, ist, obwohl der Herr Staatssekretär Abhilfe versprochen hat, noch immer nicht beseitigt. Dieser Prozentsatz wird unbesehen in die Rentenentscheidungen hineingeschrieben. Dadurch wird die Gewissenhaftigkeit der Aerzte nicht erhöht. Die Beweiserhebungen der Schiedsgerichte müßten sorgfältiger geführt werden. Vielleicht spricht der Herr Staatssekretär hierüber ein entschiedenes Wort. (Beifall links.)

Abg. **Sachse** (Soc.)

nimmt die sächsischen Konsumvereine gegen die Angriffe des Abg. Dr. Oertel in Schutz und beweist aus der Gehaltsstatistik die anständige Bezahlung der Lagerhalter. Ich möchte die Herren von der Rechten fragen, ob sie ihre Arbeiter so bezahlen. Wenn kleine Konsumvereine im Erzgebirge ihre Angestellten schlechter bezahlen, so müssen diese Einkommen mit den elenden Löhnen der dortigen Arbeiter verglichen werden. Die tägliche Arbeitszeit in den Konsumvereinen kann jeder Kritik Stand halten. — Das Reichsamt des Innern hat eine Umfrage über die Frauenarbeit bei den Gewerbe-Inspektoren veranstaltet. Der Gewerbe-Inspektor von Breslau spricht sich dabei sehr einseitig gegen eine Einschränkung der industriellen Frauenarbeit aus. Im Bergbau hat die Frauenarbeit zugenommen. Leider hat man den Eindruck, daß der Breslauer Fabrikinspektor, ähnlich wie der Waldenburger, sich nur deshalb gegen die Einschränkung der Frauenarbeit erklärt haben, weil die Unternehmer nicht auf sie verzichten wollen. In allen Bergwerkbezirken hat nach den Berichten der Fabrikinspektoren die Zahl der verfahrenen Ueberschichten zugenommen. Besonders in den sächsischen Betrieben ist die Sonntagsarbeit gang und gäbe. — Wie gesundheitsschädlich die Ueberarbeit wirkt, beweist die Statistik der Knappschafts-Krankenkassen. Was die Inspektion der Aufsichtsbeamten anlangt, so liegt das mangelnde Vertrauen, das diese Beamten bei den Arbeitern genießen, nur an dem Vorgehen der Inspektoren. Es kommt vielfach vor, daß Arbeiter, die sich an die Aufsichtsbeamten wenden, denunziert werden, häufig halten es auch die Beamten für ihre Aufgabe, die Arbeiter zu recht angestrengter Thätigkeit anzuhalten, anstatt die Unternehmer an die Innehaltung der Vorschriften zu mahnen. Die Zahl der Unfälle ist daher auch in diesem Jahre wieder gestiegen. Dabei sind die Strafen, welche die Unternehmer wegen Außerachtlassung der Vorschriften treffen, lächerlich gering. Zum Schluß möchte ich noch ein Wort zu der **12 000 Mark-Affaire** sagen. Herr von Kardorff meinte, unsre Resolution gebe seinen Freunden erwünschten Anlaß, dem Grafen Posadowsky durch Ablehnen derselben ein glänzendes Vertrauensvotum auszustellen. Ich meine, **wenn unsre Resolution abgelehnt** wird, so **kann dadurch im Lande nur der Verdacht verstärkt werden,** daß außer **der 12 000 Mark-Affaire noch andre Dinge sich abgespielt haben, deren Aufdeckung man fürchtet.** Um diesem Verdacht entgegen zu treten, bitte ich Sie dringend, die Resolution anzunehmen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. **Bassermann** (natl.):

Von Herrn Franken ist die Kanalvorlage in die Debatte gezogen worden. Ich benutze nur die Gelegenheit, um darauf hinzuweisen, daß meine Freunde die **Verquickung der Kanalvorlage mit der Frage eines erhöhten Zollschutzes für Getreide ablehnen.** Weiter habe ich im Namen meiner Freunde folgendes zu erklären: Der Vorstand der nationalliberalen Partei hat am 10. Juni v. J. eine Resolution gefaßt, worin er aussprach, daß ein **höherer Schutz der Landwirtschaft notwendig** sei. Ich zweifle nicht, daß meine Fraktion auch heute noch auf demselben Standpunkt steht.

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr, (Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des **Reichsamts des Innern.**

Schluß 5¾ Uhr.

Konferenz der Konsumvereins-Lagerhalter der Provinz Brandenburg.

Die Konferenz tagte am Sonntag unter dem Vorsitz von Voigt-Berlin im Gewerkschaftshause. Anwesend waren 41 Lagerhalter aus Berlin und der Provinz. Aus Leipzig-Plagwitz waren zwei Vertreter des Verbandsvorstands erschienen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Die Lage der in Konsumvereinen beschäftigten Lagerhalter und Lagerhalterinnen der Provinz Brandenburg referierte Tost-Berlin: Es sei leider Thatsache, daß, wenn Arbeiter als Arbeitgeber auftreten, sie die von ihnen Beschäftigten oft ebenso rücksichtslos, ja noch rücksichtsloser behandeln, wie es die Privatunternehmer thun. In den von Arbeitern gegründeten und geleiteten Konsumvereinen hätten sich mit der Zeit Mißstände herausgebildet, die unsren Gegnern aus bürgerlichen Kreisen Gelegenheit zu Angriffen gaben, und die dringend der Besserung bedürfen. Nachdem sich die Lagerhalter der sächsischen Konsumvereine zur Aufbesserung ihrer Lage zusammengethan haben, sei jetzt eine gleichartige Bewegung von Berlin aus für die Provinz Brandenburg eingeleitet worden. Man habe Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse veranstaltet und dabei gefunden, daß die Verhältnisse in der Provinz Brandenburg nicht besser seien wie in Sachsen. Die Erhebungen in der Provinz, ausschließlich Berlin, haben folgendes ergeben: Die Arbeitszeit der Lagerhalter beträgt 70—92, durchschnittlich 81 Stunden pro Woche, also 18½ Stunden täglich. Wenn man die gezahlten Gehälter auf die Stunde berechnet, so ergeben sich Stundenlöhne von 18—23 Pf. Wenn ein Privatunternehmer seine Angestellten so niedrig bezahlt, dann würde sich ein Sturm der Entrüstung in der gesamten Arbeiterschaft erheben. Es sei schon bedauerlich, daß sich die Konsumvereine erst durch das Gesetz zwingen ließen, um 9 Uhr zu schließen, noch mehr aber müsse man es verurteilen, daß es jetzt — auch in Berlin — noch Vereine gebe, wo die Lagerhalter nach 9 Uhr abends beschäftigt sind. Auch die Sonntagsruhe sei nicht überall durchgeführt. Es gebe noch Vereine, die am Sonntag die Verkaufsstellen 2—5 Stunden offen halten. Ein Teil der Konsumvereine (15 Proz.) hat bereits den Achtuhrschluß durchgeführt. Während nach einer von der Organisation der Lagerhalter gefaßten Resolution auf 2500 M. monatlichen Umsatz eine Arbeitskraft kommen soll, ist das in der Provinz Brandenburg bei durchschnittlich 3130 M. der Fall. Das Gehalt der Lagerhalter beträgt im Minimum 90, im Maximum 200 M. monatlich. Die meisten Vereine zahlen kein festes Gehalt, sondern Tantieme und Prozente. 70 Proz. der Vereine halten es für notwendig, auch die Frauen der Lagerhalter zu beschäftigen und zwar bis zu 200 Stunden wöchentlich, und nicht alle diese Vereine bezahlen die Frauenarbeit besonders. Sogar die Kinder der Lagerhalter müssen in 15 Prozent der Vereine mitarbeiten. Sommerurlaub, der bei so angestrengter Arbeit durchaus notwendig sei, werde nur von 15 Proz. der Vereine gewährt.

In Berlin bestehen 9 Konsumvereine mit 24 Lagerhaltern. Die Erhebungen haben ergeben: eine durchschnittliche Arbeitszeit von 72½ Stunden pro Woche einschließlich der Sonntagsarbeit, die bei 4 Vereinen geleistet wird, während bei 5 Vereinen die Sonntagsruhe durchgeführt ist. Der Umsatz pro Person deckt sich im allgemeinen mit den Forderungen des Verbandes. Die Gehälter betragen 100—200 M. pro Monat. Nur 5 Vereine bezahlen festes Gehalt. Redner schließt mit dem Wunsche, die Konsumvereine sollten nicht so sehr auf die Heranswirtschaftung möglichst hoher Dividenden sehen, sondern ihren Angestellten günstige Arbeitsbedingungen gewähren. Die Lagerhalter betrachten sich als eine Gewerkschaft wie jede andre und werden ihre Forderungen den Verwaltungen gegenüber vertreten.

Hierauf hielt Kratsch-Brandenburg ein Referat über die Mankoberechnung, was nur für die unmittelbar Beteiligten Interesse bietet.

Die Diskussion drehte sich vorwiegend um den Inhalt des ersten Referats, besonders um das Verhältnis der Lagerhalter zu den Verwaltungen der Konsumvereine. Zunächst vertrat ein Delegierter aus einer benachbarten Industriestadt, deren Konsumverein als ein ungewöhnlich niedrige Gehälter zahlender bezeichnet worden war, die Ansicht, die Löhne der Lagerhalter sowohl in dieser wie in andren Industriestädten hielten sich auf der Höhe der von den dortigen Fabrikarbeitern verdienten Löhne und sie könnten den Verhältnissen nach nicht besser sein, übrigens wären die betreffenden Lagerhalter nicht unzufrieden. — Friedrichs-Leipzig-Plagwitz erwiderte darauf, man müsse doch erwarten, daß die Konsumvereine ihre Lagerhalter besser stellen als die schlechtest bezahlten Industriearbeiter, denn die Lagerhalter hätten doch eine weit größere Arbeitslast und Verantwortung wie die Industriearbeiter. Wenn die in der Verwaltung sitzenden Arbeiter nicht dieser Ansicht sind, so sei das nicht böser Wille, sondern erkläre sich aus mangelnder Kenntnis der Verhältnisse. Wenn die Lagerhalter zusammenhalten, würden sie ihre Forderungen erreichen. Friedländer-Berlin trat für die Interessen der in Konsumvereinen angestellten Verkäuferinnen ein und führte einige Beispiele aus Berlin an, wo seiner Angabe nach — die später von andrer Seite bestritten wurde — die Verkäuferinnen sehr schlecht gestellt seien. Wenn die Konsumvereine nur dadurch bestehen können, daß sie miserable Löhne zahlen, dann mögen sie zum Teufel gehen. Die Lagerhalter sollten die Bewegung der Handlungsgehilfen, die sich mit der ihren deckt, unterstützen. — An der Debatte beteiligten sich auch einige Vorstandsmitglieder von Konsumvereinen. Sie meinten, der Referent Tost habe die Verhältnisse zu schwarz gemalt. Ganz so schlimm sei es nicht. Die Vorstände würden gewiß bemüht sein, den Forderungen der Angestellten so weit wie möglich entgegenzukommen, jedoch ließen sich die Verhältnisse nicht nach gutem Willen regeln, deshalb bedürfe es der Organisation der Angestellten. Diese sollten sich aber nicht nur als Angestellte, sondern auch als Genossenschafter fühlen.

Die Konferenz endete mit der Annahme einer Resolution, die sich die Forderungen des Verbands zu eigen macht. Die hauptsächlichsten derselben sind: Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses. Geschäftsschluß an Sonn- und Feiertagen. Wöchentliche Geschäftszeit höchstens 78 Stunden. Zweistündige Mittagspause. Monatlich zwei halbe oder einen ganzen freien Tag, oder jährlich eine Woche Urlaub. Die Höhe des Umsatzes darf 2500 M. monatlich per Arbeitskraft nicht überschreiten. Zahlung eines festen Gehalts, welches in Klasse I 130, in Klasse II 110, in Klasse III 90 M. monatlich beträgt und nach zehnjähriger Dienstzeit die Höhe von 2000, 1800, 1500 M. jährlich erreicht.

Sociales.

In den Betriebs-Krankenkassen der preußischen Staatsbahnverwaltung waren im Jahre 1899 im ganzen 232 367 Personen versichert, unter ihnen 5512 weibliche. In recht auffälliger Weise vermehren sich bei den Kassen die Erkrankungen. So kamen im Jahre 1889 auf 100 Mitglieder nur 28,37 Erkrankungsfälle; zwar mit Schwankungen, aber doch mit unverkennbarer Steigerungstendenz ging die Zahl auf 35,76 im Jahre 1899 hinauf. Sie war in den 11 Jahren noch nie so hoch wie 1899, während 1889 die niedrigste Zahl aufweist. Noch viel stärker ist die Steigerung derjenigen Erkrankungsfälle, die durch Unfälle veranlaßt wurden. Ihre Zahl stieg von 5403 = 3,05 auf 100 Mitglieder im Jahre 1889 in unheimlicher Gleichmäßigkeit auf 14 279 = 6,15 auf 100 Mitglieder im Jahre 1899.

Im Verhältnisse zu den Mitgliedern also noch mehr als Verdoppelung. Ganz besonders macht sich die Steigerung nach 1896 bemerkbar. Während in diesem Jahre die Zahl der Erkrankungen durch Unfall sich noch auf 7792 = 3,96 Proz. hielt, schnellte sie 1897 empor auf 11 661 = 5,39 Proz., betrug 1898: 12 789 = 5,47 Proz. und erreichte dann mit einem abermaligen starken Sprunge 1899 die schon genannte erschreckende Zahl. Auch die Schwere der Erkrankungen zeigt eine gewisse steigende Tendenz. Im Jahre 1889 kamen auf einen Erkrankungsfall 18,38 Krankheitstage; die Zahl bewegte sich steigend bis zu 25,61 Tagen im Jahre 1896 und betrug dann 1897: 24,87, 1898: 25,26 und 1899: 24,10 Tage. Eine solche durch 11 Jahre konstatierte gleichmäßig zunehmende Verschlechterung des Gesundheitszustands einer zahlreichen Arbeiterkategorie kann keine zufälligen Ursachen haben; hier muß vielmehr eine innere allgemeine Ursache wirksam sein. Man wird kaum fehlgehen in der Annahme, daß zunehmende Anspannung der Kräfte des Personals eine der hauptsächlichsten Ursachen dieser Erscheinung ist.

Die Leistungen der Kassen, verglichen mit den Beiträgen, sind höher wie die Durchschnittsleistungen sämtlicher deutschen Betriebskassen, denn während diese in den letzten Jahren (bis 1898) von jeder Mark Einnahme aus Beiträgen und Eintrittsgeldern nur 96—97 Pf. für Krankheitskosten aufwendeten, überstiegen diese Leistungen bei den Bahnkassen die Einnahmen aus Beiträgen und Eintrittsgeldern. Der Vermögensstand der Kassen ist gut zu nennen. Er überstieg am 1. Januar 1900 die letzte Jahresausgabe um fast eine Million Mark.

Hauterkrankungen bei Chlorfabrikation. In den elektrolytischen Abteilungen der chemischen Fabrik Griesheim bei Frankfurt a. M. und der konsolidierten Alkaliwerke zu Westeregeln im Kreise Wanzleben wird Chlor durch Zersetzung von Chloralkalien hergestellt. Die hierbei beschäftigten Arbeiter, die entweder beim Reinigen und Putzen der Apparate oder bei der Reparatur der elektrolytischen Bäder mit denselben in Berührung kommen, werden in beiden Fabriken von Hauterkrankungen betroffen, die, wie die Fabrikärzte versichern, sehr hartnäckig sind und noch lange Zeit fortbestehen, nachdem die Betreffenden den Ursachen entzogen und aus dem Betriebe entfernt worden sind. Die Krankheit besteht in einem intensiven Ausschlag, dessen Knötchen die Größe von Erbsen und Bohnen haben, zuweilen aber auch umfangreichere Bildungen zeigen. Die unbekleideten Hautstellen, Arme, Hände und Füße, werden von denselben am meisten befallen. Durch schnelle Zugänglichmachung und häufige Benutzung von Wascheinrichtungen und Bändern, durch Vermeiden trockener Staubbeseitigung, durch möglichste Verrichtung der gefährlichsten Arbeiten an freier Luft, durch Lieferung besonderer Arbeiteranzüge und häufigen Arbeiterwechsel sucht man diese Erkrankung möglichst zu vermeiden, doch ist es noch nicht gelungen, ihr Auftreten ganz zu verhüten.

Arbeitslosenstatistik. Gleich den Steinarbeitern Dresdens veranstalteten auch die dortigen Stuccateure eine Zählung ihrer Arbeitslosen. Das Ergebnis war, daß am 17. d. M. von 152 in Dresden anwesenden Stuccateuren 115 arbeitslos waren, darunter befanden sich 78 Verheiratete.

Humane Geschäftsführung. Die Genossenschaftsbäckerei in Kopenhagen hatte mit Eintritt des Winters und der größeren Arbeitslosigkeit den Preis für das acht Pfund schwere Roggenbrot auf 50 Oere (56 Pf.) herabgesetzt. Nach 14 Tagen folgten die übrigen Brotfabriken diesem Beispiel. Dadurch ist der Brotpreis für die ganze Bevölkerung Kopenhagens um fünf Oere herabgesetzt worden. Die zunehmende Kälte und Arbeitslosigkeit haben die Geschäftsleitung der Genossenschaftsbäckerei nun zu einer nochmaligen Herabsetzung des Brotpreises veranlaßt. Das achtpfündige Roggenbrot wird vom 15. Januar ab für 47 Oere verkauft. Man weiß noch nicht, ob die übrigen Bäckereien auch jetzt das gleiche thun werden. Aber die Leitung der Genossenschaftsbäckerei hat versichert, daß sie im stande sei, solche Massenproduktion zu entfalten, daß jeder Käufer befriedigt werden kann.

Versammlungen.

Eine Versammlung der Invaliden und Kriegsteilnehmer aus den Jahren 1864, 1866, 1870/71 tagte am Sonntag bei Keller, Köpnickerstraße. Mehrere Reichstags-Abgeordnete der bürgerlichen Parteien, unter andren Werner, Böckel, Stöcker, Liebermann und Eugen Richter waren eingeladen, aber keiner war gekommen. Teils hatten sie keine Zeit, teils waren sie verreist. So wurde denn zunächst die folgende Resolution verlesen:

„Die heute, am 20. Januar, tagende Versammlung der Kriegsteilnehmer aus den Jahren 1864, 1866, 1870/71 erlaubt sich ganz gehorsamst folgende Resolution dem hohen Bundesrat, der Reichsregierung und den gesetzgebenden Körperschaften zu hochgeneigter Erhörung zu unterbreiten. Bereits Jahrzehnte hoffen die Invaliden und Veteranen, sowie Witwen und Waisen der gefallenen Krieger aus den vorerwähnten Feldzügen:

1. auf bessere Pensionen und Verstümmelungs-Zulagen nach Lage der heutigen teuren Lebensverhältnisse und Wohnungsmieten;
2. auf Entschädigung für Nichtgebrauch des Civilversorgungsscheins, falls Invaliden oder Anwärter keinen Gebrauch davon machen oder machen wollen, resp. können, sollen sie gleichermaßen 12 M. pro Monat dafür erhalten;
3. auf bessere Versorgung der Witwen und Waisen der Krieger, unabhängig davon, ob der Mann im Kriege gefallen ist, — oder — ohne Rücksicht auf die Zeit — an einem von der Teilnahme am Kriege herrührenden Leiden gestorben ist, sowie Versorgung der Witwen und Waisen derjenigen Friedensinvaliden, deren Tod nachweislich durch ein Leiden herbeigeführt ist, auf Grund dessen sie als Invaliden anerkannt worden sind.
4. auf Belassung und Wiedergewährung der Invalidenpensionen an sämtliche im Reichs- oder Staatsdienst Beschäftigten, sowie auch an diejenigen Invaliden, welche infolge Versetzung in den Ruhestand inzwischen ausgeschieden sind;
5. auf Gewährung der Veteranenbeihilfe von pro Monat 10 M. an alle Kriegsteilnehmer, welche ein Drittel ihrer Erwerbsfähigkeit eingebüßt haben, ob solche bereits anerkannte Invaliden sind oder nicht und ohne Rücksicht auf Bedürftigkeit und Würdigkeit;
6. auf Belassung der Militärpension unerachtet der Civilpensionen."

Diesen Forderungen ist eine längere Begründung angefügt, die in schwungvoller Weise die Verdienste der Krieger hervorhebt. Darauf wird noch eine Reichstagsdebatte, die sich mit der Sache beschäftigt, vorgelesen, wobei die darin vorkommenden Aeußerungen Vollmars lebhaften Beifall hervorrufen. Dann folgt eine recht rege Diskussion, in der mehrere der Anwesenden erzählen, wie sie sich vergebens um die geringe Pension bemüht haben; einer wurde mit der Motivierung abgewiesen: „Es ist kein Geld da. Sie müssen warten, bis wieder einer stirbt." Dem Vorsitzenden des deutschen Kriegerbunds, Generalleutenant v. Spitz, wird vorgeworfen, daß er absolut nichts für die Invaliden und Veteranen thue. Weiter wird ausgeführt: In den Kriegervereinen herrsche das Strebertum. Die leitenden Personen trachteten nur nach Orden. Der wirkliche Kriegsteilnehmer werde beiseite gedrückt. Ein Redner, ein Oberstlieutenant a. D., nennt das Verhalten der Regierung gegenüber den Beschlüssen des Reichstags geradezu einen politischen Fehler. Andre Redner führen aus, daß es die Invaliden und Veteranen gewesen seien, die die fünf Milliarden aus Frankreich geholt hätten. Sie verlangen die Zinsen davon. „Es nützt nichts, daß wir bitten. Wir müssen fordern, Kameraden, wir müssen 'rangehen! Kriegen wir das Wenige nicht, dann werden manche von den lieben blauen Jungen eine ganz andre Farbe annehmen!" Alle Redner sprechen sich für die Resolution aus und von mehreren Seiten wird zum Zusammenschluß in eine große Organisation aufgefordert. Am Schluß der Versammlung macht der Vorsitzende auf eine Tellersammlung aufmerksam, deren Erträgnis nach Abzug der Versammlungsunkosten einem sehr bedürftigen Invaliden zukommen soll, der trotz völliger Arbeitsunfähigkeit nur eine Pension von 9 Mark pro Monat erhält.

Die arbeitslosen Metallarbeiter hielten am Montagvormittag eine vom Deutschen Metallarbeiter-Verband einberufene Versammlung im Gewerkschaftshause ab, in der Metallarbeiter Schlegel über die Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie, ihre Ursachen und Wirkungen referierte. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde festgestellt, daß die Versammlung, die von ca. 900 Personen besucht war, mit Ausnahme von wenigen Personen, welche andren Berufen angehörten, sich aus arbeitslosen Metallarbeitern rekrutierte. Die Zahl der Arbeitslosen ist natürlich ganz bedeutend höher, als die der Versammlungsteilnehmer. So sind bisher in diesem Jahre im Arbeitsnachweis des Deutschen Metallarbeiter-Verbands allein über 500 Arbeitslose neu eingeschrieben worden. Hinzu kommt die große Zahl derjenigen, die vom vorigen Jahre übernommen und schon seit Weihnachten und länger arbeitslos sind. Dabei handelt es sich durchaus nicht etwa um sogenannte Saisonarbeiter, sondern auch um solche, die mit dem Wechsel der Konjunktur wenig oder gar nicht zu rechnen haben. An eine Abnahme der Arbeitslosigkeit ist bis auf weiteres gar nicht zu denken, im Gegenteil, sie nimmt beständig erheblich zu und allen Anschein nach wird diese Krise von längerer Dauer sein. Am meisten und sehr schwer zu leiden haben unter diesen Verhältnissen die Arbeiter. So weit sie nicht überhaupt arbeitslos sind, werden ihnen die Lohn- und Arbeitsbedingungen fortgesetzt verschlechtert; die Unternehmer wollen auch in der schlechten Konjunktur von dem Profit nichts einbüßen und sie sind bestrebt, die Löhne immer mehr zu reduzieren, die Ausbeutung der Arbeitskräfte noch intensiver zu betreiben, was infolge der traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse auch vielfach gelingt.

In der sachlichen Diskussion, die dem beifällig aufgenommenen Vortrag folgte, wurde ebenfalls auf die Schäden der langen Arbeitszeit, der Ueberstunden- und Accordarbeit hingewiesen und die schlechten Zustände in den verschiedenen Betrieben kritisiert. Es wurde angeführt, daß trotz der schlechten Konjunktur bedeutende Firmen große Posten Arbeiten in den Gefängnissen anfertigen lassen und den Gefängnisinsassen es an Arbeit nicht mangelt. Im weiteren wurde darauf verwiesen, daß es doch zweckmäßiger gewesen, die ungeheuren Aufwendungen bei der verflossenen Krönungsfeier, wenigstens teilweise für die vielen tausende Arbeitslosen und deren hungernden Familien zu machen. Von allen Rednern, die auch ausführten, daß die Arbeiterschaft von der herrschenden Klasse, von der mit dem Großunternehmertum intim verbundenen Regierung nichts Gutes zu erwarten hat, wurde die privatkapitalistische Produktionsweise einer herben Kritik unterzogen und für den festen Zusammenschluß in der Organisation plädiert, um mit Hilfe derselben bessere Existenzbedingungen zu schaffen. Schließlich wurden diese Gedanken in einer einstimmig angenommenen Resolution niedergelegt. — Mit einem kräftigen Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband erlangte die sehr gut verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Die Wohnungsnot und die Arbeiter in den Staatsbetrieben zu Spandau. Eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der staatlichen Arbeiter fand am Dienstag im Conradschen Saale zu Spandau statt. Die Versammlung war von Mitgliedern der Arbeiterausschüsse in den einzelnen Instituten einberufen worden, um zu der Frage der Erbauung von Arbeiter-Wohnhäusern durch den Militärfiskus Stellung zu nehmen. Scharf führte die jetzt herrschende Wohnungsnot auf den unverschämten Grundstücksschacher zurück; viele Wirte wollen überhaupt keine Mieter, die Kinder haben, aufnehmen; die staatlichen Arbeiter dürften aber in dieser Frage nicht besonders vorgehen, sondern mit den übrigen Arbeitern vereint gegen das Wohnungselend ankämpfen. Schlosser Giese schilderte in beredter Weise das unleugbar in Spandau bestehende fürchterliche Wohnungselend. Ställe, Scheunen, ja selbst Aborte seien zu Wohnungen umgewandelt worden. Wie er gehört habe, hat der Abg. **Pauli-Potsdam** (welcher in der Versammlung anwesend ist. D. R.) kürzlich einer Versammlung des Grundbesitzer-Vereins beigewohnt, in welcher eine Petition gegen die Erbauung von Arbeiter-Wohnhäusern durch den Militärfiskus beraten worden sei. (Zurufe: Er hat die Petition sogar befürwortet. — Pfui!) Herr Pauli würde sich aber wohl von der heutigen Versammlung eines Besseren belehren lassen. Die Steigerung der Mieten sei eine kolossale, in einzelnen Fällen bis zu **50 Proz.** innerhalb 10 Jahren. Die private Bauthätigkeit sei bei weitem nicht ausreichend; deshalb müsse der Staat eingreifen. Mit alten Eisenbahnwagen sei aber nichts gebessert, wenngleich diese auch gesünder sind als heute manche Wohnungen. Nunmehr erhielt der Vertreter dieses Wahlkreises im Reichstage, Tischlermeister Pauli, das Wort zu seinem Referat. Herr **Pauli** bestritt zunächst, daß er in der Grundbesitzer-Versammlung überhaupt eine bestimmte Stellung eingenommen habe, er habe sich nur informieren wollen. Die sehr ansehnliche Versammlung belehre ihn, „daß die Wohnungsfrage „„doch wohl"" ein hohes Interesse in Spandau haben müsse. Redner führte dann aus, daß die Verhältnisse Spandaus ganz abnorm seien, besonders die Entfestigungsfrage sei eine brennende. Herr Pauli glaubte nun das Vorgehen der Hausbesitzer im allgemeinen leise entschuldigen zu müssen. Der Zinsfuß ihrer Hypotheken sei enorm gestiegen, oder es gebe überhaupt kein Geld mehr, dann aber seien ganz besonders die Rohmaterialien und die Arbeiterlöhne gestiegen und geben mit eine Ursache für die sinkende Baulust und die Steigerung der Mieten ab! (Stürmische Unterbrechungen.) Herr Pauli stellte es als einen Akt „ausgleichender Gerechtigkeit" hin, wenn die Hauswirte jetzt die Mieten steigerten. Redner empfiehlt schließlich den staatlichen Arbeitern, um die Erbauung von Arbeiterwohnhäusern zu petitionieren; er wolle diese Sache nach besten Kräften unterstützen, vielleicht sei es möglich, daß unter Umständen schon zum Juli oder Oktober eine Anzahl Wohnhäuser fertiggestellt werden könnten. (Na, na!) In der Diskussion führte noch Schlosser Giese aus: Die Mietssteigerung gehe soweit, daß man sagen könne, es wird mit dem Notstand der Arbeiter **Wucher** getrieben. (Stürmische Bravorufe.) Redner habe Wohnungen gefunden, die wirklich nicht menschenwürdig genannt werden könnten. Rieger stellte das auch von Herrn Pauli kolportierte Märchen von den „gestiegenen Arbeiterlöhnen" unter lautem Beifall in das rechte Licht und führte der Versammlung die wahren Ursachen, welche in dem maßlosesten Grundstückswucher bestehen, vor Augen. Der Staat sehe dem ruhig zu; er allein könne und müsse Abhilfe schaffen, und zwar nicht nur durch die Erbauung von Wohnhäusern für die staatlichen Arbeiter, sondern von Wohnhäusern für kleine Mieter überhaupt. An der Hand einer „Hausordnung für die Arbeiterkolonien" warnte Redner vor Bestrebungen, welche auf die Erbauung von Arbeiter-Wohnhäusern durch den Militärfiskus gerichtet sind. Die Hausordnung, welche überdies auch **Strafen** von 50 Pf. bis **10 M.** für Uebertretungen vorsieht, habe sehr viel Aehnlichkeit mit der in solchen Häusern, deren Fenster vergittert seien. Schließlich wird eine von Herrn Lehrer Köhler vorgeschlagene Resolution angenommen, welche von der Regierung die Erhöhung der Fonds für die Erbauung von Arbeiter-Wohnhäusern und den Bau der letzteren innerhalb des Weichbilds der Stadt Spandau fordert, damit dieser die Steuerkraft der Arbeiter erhalten bleiben könnte.

Ueber die moderne Arbeiterbewegung in England wird am Mittwoch, den 23. Januar, abends 8½ Uhr, im Bürgersaale des städtischen Rathauses der englische Arbeiterführer Mr. William Sanders sprechen. Herr Sanders hält den Vortrag in deutscher Sprache; Diskussion ist zugelassen.

Marktpreise von Berlin am 19. Januar 1901

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Weizen, gut	D.-Ctr.	—,—	—,—	Kartoffeln, neue, D.-Ctr.		6,—	5,—
„ mittel	„	—,—	—,—	Rindfleisch, Keule 1 kg		1,60	1,20
„ gering	„	—,—	—,—	do. Bauch	„	1,30	1,—
*) Roggen, gut	„	14,20	—,—	Schweinefleisch	„	1,60	1,10
„ mittel	„	—,—	—,—	Kalbfleisch	„	1,80	1,—
„ gering	„	—,—	—,—	Hammelfleisch	„	1,60	0,90
**) Gerste, gut	„	15,40	14,70	Butter	„	2,60	2,—
„ mittel	„	14,60	13,90	Eier	60 Stück	5,50	3,20
„ gering	„	13,80	13,10	Karpfen	1 kg	2,20	1,20
**) Hafer, gut	„	15,90	15,20	Aale	„	2,80	1,40
„ mittel	„	15,10	14,50	Zander	„	2,50	1,20
„ gering	„	14,40	13,80	Hechte	„	2,—	1,—
Richtstroh	„	7,16	6,50	Barsche	„	1,80	0,80
Heu	„	5,—	5,20	Schleie	„	3,—	1,20
Erbsen	„	40,—	25,—	Plötze	„	1,40	0,70
Speisebohnen	„	45,—	25,—	Krebse	per Schock	12,—	3,—
Linsen	„	70,—	30,—				

*) ab Bahn. **) frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 21. Januar. Der Getreidemarkt war heute nahezu geschäftslos. Die Lieferungspreise für Weizen und Roggen waren nominell unverändert. Der Witterungsumschlag sowie die matteren ausländischen Notierungen blieben ohne Einfluß. Im späteren Verlaufe schwächte sich Weizen um 0,25 M. ab. Hafer blieb behauptet. Rüböl zog auf Deckungen 0,20—0,30 M. an.

70er Locospiritus gab infolge stärkeren Angebots um 20 Pf. auf 44,50 M. nach.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 22. Januar 1901.

Zunächst kühler, vielfach heiter bei frischen westlichen Winden; später neue Erwärmung, Trübung und etwas Regen.

Berliner Wetterbureau.

Witterungsübersicht vom 21. Januar 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	748	WNW	7	Regen	4	Haparanda	747	Still	—	bedeckt	—3
Hamburg	746	NW	5	bedeckt	4	Petersburg	745	SO	2	Schnee	—4
Berlin	754	W	5	bedeckt	5	Cork	768	W	4	wolkig	10
Frankf./M.	765	SW	4	bedeckt	7	Aberdeen	760	SSW	1	wolkig	4
München	767	W	7	bedeckt	4	Paris	772	SSW	2	Regen	6
Wien	761	W	5	bedeckt	6						

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 16. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Tanz auf der mittleren Linie. — Geist in der Kunst. Von Joachim Moll. 2. Die bürgerliche Kunst. — Die socialistische Krise in Frankreich. Von Rosa Luxemburg. — Das Kommunalprogramm für Schleswig-Holstein, Lübeck und Lauenburg. Von Fanny Imle. — Die deutschen Herbergen zur Heimat. Von Hans Ostwald. — Litterarische Rundschau: Richard Whiteing, Nr. 5 John Street. Max Messer, Der Traum vom Weibe. Dr. Jul. Reichenberg, Bern, Die socialen Aufgaben und Leistungen der Gemeinden.

Reichsrechtliche Verjährungstafel. Bearbeitet von W. Coermann, Amtsrichter in Mülhausen i. E. Hannover, Helwingsche Verlagsbuchhandlung. Preis 50 Pf.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Südost).

Versammlung

Dienstag, den 22. Januar, abends 8 Uhr, im Saal des Herrn Brüder, Waldemarstraße Nr. 75.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über „Die Moral der herrschenden Gesellschaft in der Politik und die Folgen derselben." Referent: Reichstags-Abgeordneter **H. Sachse.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Gäste haben Zutritt. Zahlreiches Erscheinen erwartet

243/2 **Der Vorstand.**

V. Wahlkreis.

Freitag, den 25. Januar 1901, abends 8½ Uhr, **im „Schweizer Garten" am Königsthor:**

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Dr. Leo Arons** über „Unsre Ziele und unsre Wege" (II. Teil). 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch bittet [217/1

Der Vertrauensmann.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Dienstag, den 22. Januar, abends 8½ Uhr, bei Herrn Gebauer, Tieckstr. 24:

Versammlung

des

Socialdemokratischen Wahlvereins für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten **Dr. Curt Freudenberg:** Aus dem Roten Hause. 2. Diskussion. 246/3

Gäste willkommen.

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Achtung! Achtung!

6. Kreis. (Moabit.)

Mittwoch, 23. Januar, ab. 8 Uhr, in Peters Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80—81:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Fritz Zubeil:** Aus dem Reiche des Herrn Minister Thielen, oder: Kann das Centrum tolerant sein? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

219/3 **Der Einberufer.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung! Parkettbodenleger!

Dienstag, den 22. Januar 1901, abends 8 Uhr, **im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal V.**

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Fendel.** Das Thema wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Branchen-Angelegenheit. 3. Verschiedenes.

Da sehr wichtige Angelegenheiten vorliegen, so müssen sämtliche Kollegen pünktlich erscheinen. 76/20 **Die Kommission.**

Mittwoch, den 23. Januar 1901, abends 8½ Uhr, im Lokale **„Weddingpark"**, Müllerstr. 178:

Branchen-Versammlung der Modell- u. Fabriktischler sowie Modelldrechsler.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn **Dr. Rudolf Steiner:** „Der Ursprung des Menschen". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Zahlreichem und pünktlichem Erscheinen sieht entgegen

Der Obmann.

Mittwoch, den 23. Januar 1901, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Mann, Strausbergerstr. 3:

Branchen-Versammlung aller in der Laden- und Comptoireinrichtungs-Branche beschäftigten Kollegen.

Tages-Ordnung: 1. Die gegenwärtige Lage in unsrer Branche. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

77/1 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Rabitzputzer. Achtung!

Dienstag, den 22. Januar, abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:

Außerord. Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle Berlin III des Centralverbands der Maurer Deutschlands.

Tages-Ordnung:

Wie stellen wir uns zu dem Lohnabzug bei der Firma Boswau u. Knauer. — Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.

252/2 **Die Ortsverwaltung.**

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Mittwoch, den 23. Januar, abends 8½ Uhr, **im Lokale des Herrn Graumann, Naunynstraße 27:**

Delegierten-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Was geht vor in unsrem Berufe? 2. Diskussion. 3. Werkstatt-Angelegenheiten.

Die Kollegen werden ersucht, aus jeder Werkstelle einen Delegierten zu beauftragen, dort zu erscheinen.

Schnegelsbergs Festsäle (Inhaber Schindler), Hasenheide 21

Grosser Wiener Maskenball am Sonnabend, den 9. Februar,

(nicht am 16. Februar, wie irrtümlich bekannt gegeben wurde).

Billets sind zu haben in der Delegierten-Versammlung, im Arbeitsnachweis, Naunynstr. 78 bei Grundmann, beim Kollegen Setzgas, Dresdenerstr. 12 und bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern.

141/2 **Der Vorstand.**

Achtung! Achtung!

Dienstag, den 22. Januar 1901, abends 8 Uhr:

Volksversammlung

im großen Saale des Herrn **Keller,** Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Genossin **Klara Zetkin-Stuttgart** über: **„Was fordern die Mütter und Frauen von der Gemeinde?"**
2. Diskussion.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht 1/1 **Die Vertrauensperson.**

Rabatt-Sparverein „Süd-Ost".

Kottbuser Ufer 44a.

Mittwoch, 23. Januar, abends 8 Uhr, im Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstr. 4a:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Rechenschaftsbericht des Vorstands. 2. Rechnungslegung. 3. Bericht der Revisoren. 4. Decharge. 5. Ergänzungswahl des Vorstands und der Revisoren. 6. Statuten-Aenderung. 7. Verschiedenes.

94/4

Mitgliedsbuch legitimiert. **Der Vorstand.**

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Mittwoch, den 23. Januar 1901, abends 8½ Uhr:

Versammlung für Moabit

in den Arminius-Hallen, Bremerstr. 72/73.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Wiesenthal:** Die Naturwissenschaften und die Bibel. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Zu dieser Versammlung sind auch die Frauen eingeladen.

110/19] **Die Ortsverwaltung.**

Präger und Prägerinnen!

Mittwoch, den 23. Januar, abends 8½ Uhr, **im Englischen Garten, Alexanderstrasse 27c:**

Gr. öffentliche Versammlung aller Präger u. Prägerinnen der Luxuspapier-Fabriken.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn **Th. Völcker** über: „Wie schützen die Präger und Prägerinnen ihre Interessen am besten?" 2. Diskussion. 3. Werkstuben-Angelegenheiten und Verschiedenes.

23/5 **Der Einberufer.**

Centralverein der Bildhauer Deutschlands.

Dienstag, den 22. Januar, abends präcise 8 Uhr:

General-Versammlung

im gr. Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches. 2. Rechenschaftsberichte. 3. Bericht des Vorstands und der Kommissionen. 4. Neuwahl des Vorstands und der Kommissionen. 5. Verschiedenes. Das Erscheinen der Kollegen aller Branchen ist notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert. 20/3

NB. **Freitag, den 25. Januar,** findet eine **außerordentliche General-Versammlung** statt (siehe Inserat am Mittwoch). **Der Vorstand.**

Achtung! Maler! Achtung!

Donnerstag, den 24. Januar, abends 8½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus", Engel-Ufer Nr. 15:

Versammlung.

Neuwahl für die ausscheidenden Mitglieder des Gehilfen-Ausschusses gemäß § 41 des Innungsstatuts.

Um 9 Uhr: Wahl der Gehilfenbeisitzer zum Innungs-Schiedsgericht auf Grund des § 4 Abs. 2 des Nebenstatuts des Innungs-Ausschusses.

126/1] **M. Märtens,** Altgehilfe, Stephanstr. 50.

Konsum-Verein Berlin-Rixdorf.

Dienstag, den 29. Januar, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

im Lokale Sanssouci, Kottbuserstr. 4a.

Fortsetzung der General-Versammlung vom 14. Dezember 1900.

Tages-Ordnung:

1. Ergänzungswahl des Vorstands und Aufsichtsrats. Zu wählen sind zwei Vorstands-, drei Aufsichtsratsmitglieder und zwei Ersatzpersonen der letzteren. 2. Anträge: 1. Antrag des Vorstands und Aufsichtsrats „Gründung eines Dispositionsfonds"; 2. Antrag Müller nach § 40 Absatz 10 des Statuts; 3. Antrag John „den Geschäftsanteil von 10 zu 10 Mark zu verzinsen"; 4. Zusatzantrag Tost u. Gen. nach § 45 des Statuts Einsätzung eines § 45a.

98/5*] **Der Vorstand.**

Achtung! Achtung!

Brauerei-Arbeiter!

Der seiner Zeit mit den ringfreien Brauereien vereinbarte Arbeitsnachweis, Blumenstr. 38, wird von der Direktion des Münchener Brauhaus Akt.-Ges., Johannisstr. 18/19, nicht anerkannt. 41/4

Agitations-Kommission der Brauerei-Arbeiter Berlins und Umgegend. J. A.: **Richard Schüler.**

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie.

Teilzahlung wöchentlich 7 Mark. 183/9*

Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M.

Reparaturen sofort. Umarbeitung schlecht sitzender Gebisse.

Zahnarzt Wolf, Leipziger Strasse 130, (Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7.

Typographia.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Beerdigung unsres am Sonnabend seinen Leiden erlegenen Sangesbruders, Kollegen

Otto Block

am **Mittwoch, 23. Januar,** nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des **Heiligkreuz-Kirchhofs,** (Mariendorf, Feldstraße) aus stattfindet.

Die Sänger werden ersucht, möglichst zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

In dieser Woche findet die **Uebungsstunde** am Freitag statt. **D. V.**

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schuhmacher

Ferdinand Will

am 17. d. M. verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

246/4] **Der Vorstand.**

Freunden und Bekannten zur Mitteilung, daß unser Sohn

Paul

im Alter von 7½ Jahren nach langen, schweren Leiden durch den Tod erlöst ist. [6829

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, von unsrer Wohnung statt.

A. Täterow, Charlotte Täterow.

Orts-Krankenkasse d. Sattler Berlin.

Sonntag, den 20. Januar 1901, verstarb das Mitglied

Gustav Karge

(Werkstelle A. Loh Söhne). Die Beerdigung findet Mittwoch, den 23. 1. 01 vom Trauerhause Swinemünderstr. 99 nachmittags 2½ Uhr nach dem Friedens-Kirchhof in Nieder-Schönhausen statt.

270/10] G. Ahmann, Rendant.

Danksagung.

Allen Verwandten, Genossen, Freunden u. Bekannten, insbesondere den Gesangvereinen „Sänger-Vereinigung" und „Melodia" für den schönen Gesang, dem Socialdemokrat. Wahlverein zu Rixdorf, den Mitarbeitern der Firma Julius Pintsch und dem Metallarbeiter-Verband (Zahlstelle Berlin) für die rege Beteiligung und die reichen Kranzspenden unsern herzlichen Dank. [2190b

Ww. Paschke nebst Kindern.

Mecklenburg. Schwarz- u. Brandenburg. Landbrote

empf. **Brotfabrik Wittler, Müllerstr. 34.** Niederlag. d. Plakate erkenntlich

Charlottenburg!

Uhrmacher Kunstmann, Wallstrasse 1.

Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. [483L*

Zähne 2 M., 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzl. Zahnziehen **1 M.** Plomben 1,50 M. **Teilzahl. wöchentlich 1 M. Alfred Apenburg,** Invalidenstrasse 33, Nähe Stettiner Bahnh. Spr. 9—7. Reparat. sofort. [*

Dienstag, den 22. d. M., abends 9 Uhr, Brauerei Königstadt, am Schönhauser Thor: **Oeffentlicher Herren-Vortrag** bei freiem Entree. **Thema:** Medizinische Irrtümer bei sogen. geheimen Leiden. Diskussion. Aufklärende Broschüre gratis. Kurbad Magazinstr. 17. [2201b

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Vereins-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Wer wagt, gewinnt!

Ziehung 1. Februar.

Jährlich 12 Gewinn-Ziehungen mit abwechs. **Hauptteffern** in Mk. **300000, 178500, 135000, 120000, 90000, 45000** etc.

„Jedes Los ein Treffer"

biet. die aus hundert Mitgl. best. Serienlos-Gesellsch.

Monatl. Beitrag M. 5,50

Halbe Beteiligung M. 3,—.

L. Lübbers, Lübeck 13.

In ganz Deutschl. gesetzl. erlaubt — Gewinnliste nach jeder Ziehung.

Masken-Garderobe. Größte Auswahl. Billigste Preise. [* Vereine Preisermäßigung.

Fr. Panknin, Oranienstraße Nr. 178 II. Adalbertstraße 91. Ecke Oranienstraße.

Masken-Garderobe von 5642* **Carl Ernst,** Köpnickerstr. 126 I. Größte Auswahl! Billigste Preise! Vorzeiger dieser Annonce erh. 10 Proz. Preisermäßig.

Gänsefedern 60 Pf.

pr. Pfd. (gröbere zum Reinen). **Schlachtfedern,** wie sie v. d. Gans fallen, mit **allen Daunen M. 1.50,** fäustfertiger Gänsepapf M. 2.00, besser dauner Waare M. 2.50, 3.00, beste schneeweiße M. 3.50, russische Daunen M. 3.50, weiße böhm. Daunen M. 5.00, gerissene Federn M. 1.50, 2.00, 3.50, Prima gerissene M. 3.00, 2.50. Versand gegen Nachnahme. **Gustav Lustig,** Berlin E., Prinzenstraße 46a. Erste Bettfedernfabrik m. electr. Betriebe. Viele Anerkennungsschreib.

Kohlen billiger!

Briketts in vorzüglicher Qualität. [4172

100 Stück 6 Zoll lang . **75 Pf.**
100 „ 7 „ „ . **90 „**
1 Ctr. von beiden Sorten **1 M.**

Oberschlesische Steinkohlen.

1 Scheffel Nuß II . . . **1.20 M.**
1 Centner Nuß II . . . **1.45 „**

verkauft ab Platz Kohlengroßhdlg. Mitte **J. Fischer,** Brombergerstr. 14.

Das [5660*

Riesen-Stofflager Krausenstr. 14 I. Etage,

fertigt nach Maß unter garantiertem Sitz:

Hochelegante Winterpaletots für 36 M.
Hochelegante Anzüge für 30 M.
Hochfeine Beinkleider für 10—12 M.

Deutsche Kaffee-Mischung

einzig in seiner Art.

à Pfd. 40 Pf.

Diese seit Jahren so beliebte Mischung giebt von 1 Lth. 2 Ltr. vorzügliches Kaffeegetränk

Deutsche Kaffee-Rösterei A. Pennitz,

Berlin C., Rosenthalerstr. 59 und mit Placat versehenen Handlungen.

Maskengarderobe von Adolf Runge,

Gr. Frankfurterstr. 75, Amt VII, 4075, empfiehlt den Vereinen seine große Auswahl in Kostümen in jed. Preislage. Großes Lager von Karneval-Aufzügen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 22. Januar.

Opernhaus. Die Stumme von Portici. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Minna von Barnhelm. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Deutsches. Der Tag. Anf. 7½ Uhr.
Lessing. Flachsmann als Erzieher. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kraft. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Frauen von heute. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Liebesprobe. Hierauf: Die Hand. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Alessandro Strodella. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Schöne von New-York. Anfang 7½ Uhr.
Secessionsbühne. Buntes Theater: Ueberbrettl. Anf. 7½ Uhr.
Schiller. Der Maschinenbauer. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Amor von heute. Anfang 7½ Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Obersteiger. Anfang 7½ Uhr.
Carl Weiss. Der Brandstifter. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Kyritz-Pyritz. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Die kölnische Heimat. Vorher: Glückliche Flitterwochen. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7½ Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Des Löwen Erwachen. Anfang 8 Uhr.
Palast. Specialitäten-Vorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-D-Vorstellung. Anfang mittags 12 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal) Abends 8 Uhr: „Aus dem Tagebuch der Erde". Im Hörsaal: „Vulkanismus der Erde". Von Dr. Schwahn.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).

Dienstagabend 8 Uhr: **Die Maschinenbauer.** Posse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern von A. Weirauch. Musik von A. Lang.
Mittwochabend 8 Uhr: **Der Raub der Sabinerinnen.**
Donnerstagabend 8 Uhr: **Die Tochter des Herrn Fabricius.**
Freitagabend 8 Uhr: **Freiwild.**

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.

Hotel Klingebusch. Original-Volksstück mit Gesang in drei Akten von R. Kneisel und Jacobson.
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**
Mittwoch: **Die Grille.**

URANIA
Taubenstr. 48/49.
Im Theater Dienstagabend 8 Uhr:
Aus dem Tagebuch der Erde.
Im Hörsaal:
Dr. Schwahn: „Vulkanismus der Erde."

Invalidenstr. 57/62.
Tägl. **Sternwarte.**
Nachmittags 5—10 Uhr.

Passage-Theater
Unter den Linden 22.
D-Vorstellung
Anfang: Sonntags 12 Uhr. Wochentags 3 Uhr. Ende 11 Uhr.
Neu! **Familie** Neu!
Tscherpanoff.
Russische Sänger- u. Tänzer-Gesellschaft.
Cirnocs. — Ravizetta d'Aragon und **17 erstklassige Specialitäten 17**
Eintritt einschliesslich Panopticum **50 Pf.**

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Nur noch kurze Zeit:
Die wilden Weiber aus Dahomey.

Der sensationelle „Germanen-Saal" mit plastisch. Gruppen urgermanischer und altdeutscher Trinker.

Zur Zweihundertjahr-Feier: Die preussischen Könige im Fürstensaal. Die Herrscher Europas, Generäle, Minister etc. etc.

Central-Theater.
Abends 7½ Uhr:
Die Schöne von New York.
(The belle of New York.)
Burleske-Operette in 3 Akten von Benno Jacobson. Musik von Gustav Kecker.
Morgen und folgende Tage: **Die Schöne von New York.**

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Das durchweg neue und phänomenale **Januar-Programm!**
9 Uhr: Neu! 9 Uhr:
Eine tolle Nacht!
Posse mit Gesang in 2 Akten von Anno. Blech, Posaunist: Dir. Rich. Winkler. **Cécil St. Germain und Mlle. Therese.** Neu! Im Reich der Illusion! Neu! **The 3 Hanlons,** staunenerregende Kraft-Produktionen.
Dazu 12 Schau-Nummern I. Rangs.
Anfang: Sonntags 7 Uhr. Wochentags 7½ Uhr.
Entree 50 Pf.

Passage-Panopticum
und Theater.
Neu! Die Neu!
12 unverbrennbaren Fakire
Die Sensation der Pariser Welt-Ausstellung.
Eintritt einschließl. Theater 50 Pf.

Thalia-Theater
Dresdenerstr. 72.
Heute und folgende Tage:
Amor von Heute.
Gr. Ausstattungsposse m. Ges. u. Tanz.
Anfang 7½ Uhr.
Sonnabend, 26. Januar: Benefiz für Emil Thomas. **Amor von Heute.**

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Der Brandstifter.
Abends 8 Uhr:
Mittwoch: **Die Anne-Lise.**
Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Kinder-Vorstellung, kleine Preise: **Tausend und eine Nacht.**
Sonnabendabend zum erstenmal: **Die beiden Waisen.**

Apollo-Theater.
Phänomenaler Erfolg:
Valentine Petit
Miss Zelia • Salambos
Les Minstrels parisiens
Helene Gérard • Quartett Légay
Robert Steidl.
Um 8½ Uhr:
Des Löwen Erwachen.
Kassenöffn. 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57.
Täglich ½9 Uhr:
Eine tolle Nacht.
Berliner Ausstattungsposse.
Das sensation. Debüt der
American Zouaven
und das vollständig neue **Januar-Specialitäten-Programm.**
Anfang ½8 Uhr, der „Tollen Nacht" ½9 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke.
Täglich
4 ausländische Kapellen 4
Gr. Theater-Vorstellung.

Cirkus Busch
Dienstag, den 22. Januar, abends 7½ Uhr:
Sports-Abend.
Zum **55.** Male:
Die eiserne Maske.
Gr. historisches Manege-Schaustück in 4 Akten und 3 Hauptbildern.
Original-Pantomime des Cirkus Busch. — Besonders hervorzuheben: **Eine veritable Falkenjagd** und **Der scherzhafte Goldakt** mit der **Wunderfontaine.**
Außerdem: Großes amerikanisches Konkurrenzspringen zwischen den besten Springern ꝛc. Vorzügl. Programm.
Sonntag, 27. Januar, nachmittags 4 Uhr: **„Berliner Landpartien",** wozu jeder Erwachsene auf allen Sitzplätzen 1 Kind frei hat; weitere Kinder die Hälfte. — Abends 7½ Uhr: **Die eiserne Maske.**

Masken
Kostüme-Verleihbazar
größte Auswahl, billigste Preise
Fr. C. Frommholz
Elsasserstr. 78, Ecke Ackerstr.

Reichshallen
Stettiner Sänger.
Zum Schluß: Zum **vorletzten** Male:
Weihnachten in China.
Anfang 8 Uhr.

Das **Riesen-Stofflager** von **A. Priester,** Gr. Frankfurter Strasse 40, fertigt nach Maß unter **garantiertem Sitz**
hocheleg. **Paletot** für M. **25**
hocheleg. **Anzug** für M. **30**
hochfeine **Beinkleider** M. **6-12**
Unerreichte Leistungsfähigkeit.

Cirkus Schumann.
Heute Dienstag, den 22. Januar 1901, abends präcise 7½ Uhr:
Viertes großes internationales Rennen
der berühmtesten Berufsfahrer Europas auf dem extra im Cirkus neu erbauten **Winter-Velodrom.** U. a.: **Thadi Robl,** München. **Willy Arend,** Hannover. **Paul Mündner,** Berlin. **L. Boquillon,** Paris. **Anton Huber,** München.
I. Preis: 1500 Mark. II. Preis: 1000 Mark. III. Preis: 500 Mark.
Heute starten: 1. Hinz gegen Wolf. 2. Arend gegen Peter. 3. Robl gegen Heinp. Schiedrichter: Chef-Redacteur Manning. Starter: Curt Selke, Rad-Rennbahn Friedenau. Zeitmesser: Chef-Redacteur E. Schultze. — Vorher ganz exquisites Programm und die neuesten Original-Dressuren des Dir. Alb. Schumann. Zum Schluß zum 122. Male: Der Schlager der Saison **China,** größtes Wasserschaustück. Sämtl. Einlagen, 600 Mitwirkende. Morgen Revanche-Rennen.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr. Nur erstklassige **Specialitäten.** Direktion: **J. M. Hütt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Arbeit
der neue Roman von
Emile Zola
erscheint in **„Aus fremden Zungen" 1901.**
Halbmonatsschrift für die moderne Roman- und Novellenliteratur des Auslands.
Monatlich erscheinen 2 Hefte à 50 Pfennig.
Probehefte mit dem Anfang des Zolaschen Romans überall **gratis.**
Abonnements in allen Buchhandlungen und Postanstalten; ebenso direkt bei der **Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart.**

Im Namen des Königs! In der Privatklagesache des Gastwirts Gustav Lindenhayn zu Grünau i. d. Mark, Friedrichstraße 2 wohnhaft, vertreten durch den Rechtsanwalt Dr. Schulze zu Köpenick, Privatklägers, gegen 1. den Cigarrenarbeiter B. Gundel zu Adlershof, Bismarckstr. 94 I wohnhaft, geb. am 4. November 1871 zu Königsberg i. Pr., Dissident; 2. den Maler Ernst Kemlein zu Adlershof, Bismarckstr. 5 II wohnhaft, geb. am 28. Dezbr. 1873 zu Berlin, evangelisch, Angeklagte, wegen öffentlicher Beleidigung hat das königliche Schöffengericht in Köpenick in der Sitzung vom 17. Dezember 1900, an welcher teilgenommen haben: 1. Amtsrichter Matz, als Vorsitzender, 2. Gasinspektor Müller, 3. Ingenieur Schulz, als Schöffen, Aktuar Jenrich, als Gerichtsschreiber, für Recht erkannt: Die beiden Angeklagten sind der öffentlichen Beleidigung schuldig und werden deshalb mit einer Geldstrafe von je 30 — dreißig — Mark, im Nichtbeitreibungsfalle mit je 6 — sechs — Tagen — Gefängnis kostenpflichtig bestraft. Dem Beleidigten, Schankwirt Lindenhayn, wird die Befugnis zugesprochen, die Urteilsformel binnen vier Wochen nach Mitteilung von der Rechtskraft des Urteils durch je einmalige Einrückung im „Teltower Kreisblatt" und im „Vorwärts" auf Kosten der beiden Angeklagten öffentlich bekannt zu machen. gez. Matz. Ausgefertigt Köpenick, den 18. Januar 1901. Der Gerichtsschreiber des königl. Amtsgerichts, Abt. II.

Sanssouci
Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
Nach jeder Soiree:
Tanzkränzchen.
Lustige Vagabunden.

Wedding-Park
Müller-Strasse 178.

Original **Norddeutsche Sänger.**
Biegler, Wolff, Hohenberg etc. [*
Nachher: **Tanz. W. Trapp.**

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensors, sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
Lieferant [523W* für Orts- und Hilfs-Krankenkassen.
Berlin C.,
30. Linien-Straße 30.

Stempel-Fabrik von [4829* **Robert Hecht,** **Berlin S.,** **Cranienstr. 142,** liefert schnell und billig alle Arten **Stempel** in bester Ausführung.
Kautschuk-Typen „Perfekt" zum Zusammensetzen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von **1.50 M.** an

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: **5** Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 2 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Milchgeschäft Umstände halber für Inventurpreis zu verkaufen Zionskirchstraße 15. 2125b

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 39*

Elegante vorjährige Herrenhosen, feinste Stoffe 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Betten, Steppdecken, Gardinen spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6.

Teppiche, Remontoiruhren, Regulateure, spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. 49/13

Ringschiff, Bobbin, Adler, Schnellnäher, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, fünfjährige Garantie, Lieferung sofort, Postkarte. Ellermann, Wiesenstraße 29. Lindner, Bernauerstraße 75. Modrow, Krautstraße 36. †64*

Nähmaschinen, Singer, Adler, Bobbin, Ringschiffchen, die berühmten Dürkopp, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Diele's Nähmaschinengeschäft, Brunnenstraße 119. 455U*

Nähmaschinen: Adler, Afrana, Ringschiff, Bobbin, Wasch- und Wringmaschinen auf Teilzahlung, Koischwitz Wrangelstraße 118. 465R*

Nähmaschinen aller Systeme verkauft Gustav Schmidt, Alexandrinenstraße 7, Hof 2 Treppen. 1438*

Gasheizöfen! Sparsysteme! 7,00 10,00. Reflektor 14,00! Gaskocher, zweiloch, 6,00! Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. [1918b

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, ½ Tonne 3,50 exclusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porterkellerei Ringler Bernauerstraße 119. 88/3*

Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung sofort, Postkarte. Louis Landsberger, Landsbergerstraße 35, kein Laden. [†139*

Wirtschaft, Nußbaum, spottbillig, auch einzeln Gartenstraße 148, I. links.

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 39*

Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre.

Restauration, gutes Geschäft, wegen Krankheit meiner Frau sofort zu verkaufen. Lier, Alte Jakobstraße 119. [468R*

Reinetten-Tafeläpfel, hochfein, Viertelcentner frei Wohnung 3 Mark. August Heine, Halberstadt. [469R*

Nähmaschinen, am besten direkt im Geschäft. Sämtliche Ringschiff, Bobbin, Adler, Schnellnäher, auch rückwärtsnähend, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,—, fünfjährige Garantie. Schnellste Lieferung, auch durch Postkarte. Fritze, Turmstraße 39; II. Geschäft Bernauerstr. 49. [147/2*

Vermischte Anzeigen.

Français Leçons 0,75. Professeur Parisien Pommeret, Breitestr. 19.

Elektrotechnik. Abendkurse, monatlich 6 Mark. Jackson, Alte Jakobstraße 24. 2127b

Vivisektion! Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbunds gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierschutzverein Berlin, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. Arbeitervereine, welche in ihren Versammlungen Vorträge wünschen über Vivisektion, wollen sich um Referenten an dieselbe Adresse wenden. [925b

Patentanwalt Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Erfindern kostenfreier Rat abends bis neun.

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Putzger, Stegliterstraße 65. 2203b

Rechtsbureau Rechtshilfe, Eingabengesuche, Raterteilung, Andreasstraße 63. [2194b*

Meyerlexikons, Brockhaus, Brehm, Geschichtswerke und alle andren Bücher beleiht und kauft Antiquariat Kochstraße 56, Amt 4a 6944. 457R*

Maskenverleih-Institut von Ferdinand Henke, Dennewitzstr. 1. [*

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futterstoffen 15. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstr. 59, III. Namen beachten! [*

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof parterre. 2387b

Platin, Gold, Silber, Tressen, Lehrgold kauft zu höchsten Preisen Goldschmelze, Zimmerstraße 32. [*

Platina, altes Gold, Bruchgold, Silber, alte Uhren, Gebisse, Kupfer, Messing, sämtliche Metalle, kauft, Blumenstraße 67, parterre. 467R*

Mittagstisch, Hausmannskost, mit Bier 50 Pfennige Annenstraße 16 (Lokalliste). 458R*

Lokal, auch zum Arbeitsnachweis, Telephon, Saal, Vereinszimmer, Kegelbahn empfiehlt Pinzer, Schützenstraße 18. 2128b

Vereins-Saal, 80 Personen, Schoeffer, Grannstraße 16. †92*

Saal und Vereinzimmer empfiehlt Jannaschk, Inselstraße 10. [206R*

Vereinszimmer, großes, Reichenbergerstraße 24. 1878b

Vereinszimmer zu vergeben, 50—100 Personen, bei Jankowski, Markusstraße 18. †30*

Vereinszimmer frei. Ladewig, Kommandantenstraße 65. 283R*

Vereinszimmer. Vollmer, Mantenfelstraße 25. 1940b

Vereinszimmer, dreifenstrig, zu vergeben. Georg Schulze, Gerichtstraße 80. [†64*

Vereinszimmer mit Pianino empfiehlt Blumenstraße 35a. [2161b*

Vereinszimmer Simeonstraße 23 Flick. 444K*

Sangesbrüder, welche einem Gesangverein beitreten wollen, können sich melden Donnerstags abends 9 Uhr in der Uebungsstunde bei Pietsch, Lübbenerstraße 1. [2193b

Vermietungen.

Zimmer.

Freundlich möbliertes Zimmer für zwei Herren sofort zu vermieten Forsterstraße 54, Quergebäude III, bei Witwe Rosenthal.

Teilnehmer möblierten Zimmer wird gesucht. Stallschreiberstraße 40, vorn II, Böhm. [2191b

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für einen Herrn zum Mitbenutzen zu vermieten bei Witwe Jacobey, Kolbergerstraße 26, vorn III. *

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurückgeliefert. Gläser, Mulackstraße 27.

Suche Waschstelle. Friedrichsgracht 16, Frau Wölke. 570b

Stellenangebote.

Ein — zwei Malerlehrlinge finden in einer kleinen Stadt in der Lausitz bei freier Beköstigung und Kleidung, 3½ Jahre Lehrzeit, sofort oder zu Ostern Aufnahme. Vorläufige Anfragen bei Bisier u. Schmidt, Königsgraben 18. [19965*

Für die Kistenfabrikation tüchtiger Fachmann unter günstigen Bedingungen sofort gesucht. Schriftliche Offerten an Warchlwker, Schöneberg, Bahnstraße 44, I. [21925

Farbenmacher verlangt Woff, Dieffenbachstraße 33. 2196b

Polierarbeiter verlangt Raschig, Wrangelstraße 4. 470R

Korbmacher-Gehilfen auf Rohrmöbel verlangt F. Franke, Blücherstraße 12. 2200b

Kreisrospler verlangt W. Remmert u. Co., Prinzenstraße 56. [2197b

Stockzieher, welcher schon in einer Schirmstockfabrik gearbeitet hat, verlangt W. Remmert u. Co., Prinzenstraße 36.

Mamsells zum Nähen verlangt Bernauerstraße 96, III. [2202b

Mamsells auf Jacken (2—3 Mark) verlangt Krüger, Forsterstraße 18.

Arbeiterinnen auf Röcke und Capes, Tafel, Schönleinstraße 7, II, Parkseite. 2199b

Mamsells auf Jacketts, Kostüme, verlangt Rauchstädt, Blumenstraße 32, 1. Aufgang II. 2195b

Mamsells auf Sacks im Hause verlangt Schulze, Cuvrystraße 23, I.

Hunderte von Herrschaften suchen für gleich und später Dienstmädchen jeder Art nachmittags um 4 Uhr im Vermietungs-Comptoir Mauerstr. 93.

Relief-Prägerinnen, geübte, verlangt Heymann & Schmidt, Schönhauser Allee 164. [†56*

Mamsells auf Stepp-Jacketts, 2 bis 4,50, nur im Hause, dauernde Beschäftigung (Knopfloch-Maschine), jeden Sonnabend Geld, verlangt Lau, Weidenweg 29, III. 19875*

Mamsells auf Jacketts außer dem Hause, Preis 1,90 bis 2,40, verlangt Lobstein, Hussitenstraße 31. 2116b

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Achtung Theaterarbeiter!
Der Streik im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater besteht weiter. Dasselbe ist somit noch wie vor gesperrt bis auf weiteres. 287/10*
Der Vorstand des Verbands des technischen Bühnenpersonals.

Achtung! Achtung!
Stuccateure!
Bei der Firma **Jäckel** haben sämtliche Kollegen auf Grund des Angebots, Accord zu arbeiten, die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist streng fern zu halten. Die Bauten der Firma sind:
Luxemburgerstraße, Ecke Meineckestraße: Bau Goldmann.
Meineckestr. 11: Bau Goldmann.
Meineckestraße Ecke Kurfürsten-Damm: Bau Albrecht.
Kurfürsten-Damm 200: Bau Krengel.
Kurfürsten-Damm Ecke Schlüterstraße: Bau Munk.
Mathäikirchstr. 31: Bau Kaiser u. v. Grostheim.
Eisenbahnstraße: Bau Gerbe.
179/17*) **Die Lohnkommission.**

Verantwortlicher Redacteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Ein Liebknecht-Denkmal

beabsichtigen die Berliner Parteigenossen, vielfachen Anregungen folgend, auf der Grabstätte des unvergeßlichen Toten in Friedrichsfelde zu errichten. Gewiß hat unser Alter sich durch sein Wirken ein Denkmal dauernder als Erz im Herzen des Volks geschaffen und sein Name wird daher in der Geschichte des proletarischen Befreiungskampfs unvergessen bleiben. Bedarf Liebknechts Andenken daher keiner Verewigung in Stein, so ist doch ein Zeichen der Liebe und Verehrung derer am Platze, die an seinen Lippen gehangen, sich an seinem Wirken aufgerichtet und gestählt haben. Ein selbstverständlich von Künstlerhand ausgeführtes Monument soll Kind und Kindeskindern Zeugnis geben davon, daß in allen Ländern, wo Proletarierherzen schlagen, der Name Liebknecht in hohen Ehren steht, daß das Andenken des einzigen Manns auch übers Grab hinaus die Gefühle der Dankbarkeit und Verehrung zu wecken weiß. Wir sind überzeugt, daß diese unsre Aufforderung zum Spenden von Beiträgen für das Denkmal aller Orten erfolgreichen Wiederhall findet.

Jeder der unterzeichneten Vertrauensleute der Berliner Socialdemokratie, welche sich als Komitee konstituiert haben, nimmt Beiträge für den Denkmalsfonds entgegen. entgegen. Christ. Bohn, Kanonierstraße 35, vorn III. bei Hahn. Gustav Seiler, Manteuffelstraße 8, III. Paul Scholz, Fidicinstraße 35, IV. Gustav Schmidt, Alexandrinenstraße 7, Hof II. Franz Hoch, Admiralstraße 7, vorn IV. Robert Wengels, Große Frankfurterstraße 133, Hof part. Otto Franke, Pallisadenstraße 9, H. part. Emil Voigt, Pückler-str. 38, part. Paul Böhm, Oppelnerstr. 14, vorn IV. Jacob Neul, Barnimstr. 42. Wilhelm Schrolle, Landwehrstr. 8. August Hinze, Paukstraße 13. Johann Pfarr, Putlitzstr. 10, vorn parterre. Herm. Raschke, Hochstr. 32b, vorn parterre. R. Wünsch, Schliemannstraße 45. August Schnelle, Charlottenburg, Bismarckstr. 84. August Gartz, Weißensee, Lehderstr. 5.

Die Gründungsgeschichte der „Helios"-Aktiengesellschaft

beschäftigt seit gestern die erste Strafkammer des Landgerichts I. Auf der Anklagebank sitzen: 1. Kaufmann Julius Heinicke, 2. Ingenieur Hermann Rieß, 3. Chemiker Alfred Gareis, 4. Rentier August Richter, 5. Rechtsanwalt Dr. Magnus Haase, 6. Fabrikant Johann Lehmann, 7. Kaufmann Siegmund Mehlich. Sie werden angeklagt, in den Jahren 1895 und 1896: I. Sämtliche Angeklagte als Vorstand, Gründer bezw. Mitglieder des Aufsichtsrats der Aktiengesellschaft „Helios" behufs Eintragung des Gesellschaftsvertrags in das Handelsregister rücksichtlich der Einzahlung des Grundkapitals der Gesellschaft wissentlich falsche Angaben gemacht zu haben; II. Sämtliche Angeklagte mit Ausnahme des Gareis als Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats in dem für die Aktionäre bestimmten „Statut" und im Prüfungsbericht den Stand der Verhältnisse der Gesellschaft unwahr dargestellt und verschleiert zu haben; III. Heinicke und Lehmann gemeinschaftlich als Mitglieder des Aufsichtsrats absichtlich zum Nachteil der Gesellschaft gehandelt zu haben, indem Lehmann im Einverständnis mit Heinicke ein Depot von 20 000 M. erhob, obwohl die Hälfte hiervon auf Grund eines Cessionsgeschäfts der Gesellschaft als Gegenwert für Aktien gebührte; IV. Heinicke allein ferner in einem Falle absichtlich zum Nachteile der Gesellschaft gehandelt zu haben; V. Heinicke und Rieß als Mitglieder des Vorstandes, nachdem Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft eingetreten war, es unterlassen zu haben, die Eröffnung des Konkurses zu beantragen; VI. Heinicke und Rieß in einem weiteren Falle absichtlich zum Nachteile der Gesellschaft gehandelt zu haben; VII. Gareis den Angekl. Heinicke und Rieß in einem Fall wissentlich Hilfe geleistet zu haben; VIII. Heinicke in zwei Fällen einen Betrug versucht zu haben.

Den Vorsitz im Gerichtshof führt Landgerichtsdirektor Tackmann, die Anklage vertritt Staatsanwalt Beyer, die Verteidigung führen die Justizräte Dr. Staub und Kleinholz, sowie die Rechtsanwalte Höfinghaus, Leonh. Friedmann und Wreschner I.

Als Sachverständige sind anwesend: Civilingenieur Felix Brock, die Bücherrevisoren L. Kruse und Reuter, Oberingenieur Gerdes, Handelsrichter Sulzer, Konkursverwalter Conradi und Dr. Georg Döllner.

Bei der Strafsache handelt es sich um

folgende Vorgänge:

Angeklagter Gareis hatte sich seit mehreren Jahren mit dem Plane beschäftigt, ein dem Auerschen Gasglühlicht ähnliches Licht zu erfinden und im Herbst 1894 glaubte er, daß es ihm gelungen sei, den richtigen Imprägnierungsstoff für die Glühlicht-Strümpfe zu gewinnen. Er hatte bei seinen Versuchen den Angeklagten Rieß kennen gelernt, der bei der Firma Pintsch in der Brennerfabrikation thätig war. Heinicke, der von den Versuchen Kenntnis erhalten hatte, trat mit den beiden zur weiteren Verwertung der chemischen Versuche in Verbindung und es kam am 5. Januar 1895 ein Vertrag zu stande, Inhalts dessen die drei Kontrahenten sich zur Anfertigung und zum Vertriebe von Gasglühlicht-Apparaten, Brennern 2c. verbanden, hierfür eine offene Handelsgesellschaft bildeten und eigne Geschäftsräume hatten. Rechtsanwalt Haase hörte von der neuen Erfindung, glaubte, daß sie gut sei und betrieb nun zusammen mit dem Angeklagten Heinicke und dem Angeklagten Richter die Begründung einer Aktiengesellschaft, die am 8. März 1895 unter dem Namen „Helios" ins Leben trat. An diesem Tage wurde vor dem Notar Justizrat Kleinholz ein Vertrag geschlossen, wonach die Angeklagten Gareis, Rieß, dann der Apotheker Philipp Rötz, Kaufmann Salli Neumann und Kaufmann Maurer als „Gründer" die Errichtung der Gasglühlicht-Aktiengesellschaft „Helios" bekundeten. Wie die Anklage behauptet, waren die drei letztgenannten bloße Strohmänner, die keine baren Mittel besaßen. Nach dem „Statut" sind Gegenstand des Unternehmens: 1. Anfertigung, Erwerb und Veräußerung von Gegenständen des Beleuchtungswesens, insbesondere von Glühlichtkörpern, Lampen und Brennern, sowie 2. die Beteiligung an Unternehmungen ähnlicher Art und die Errichtung von Zweigniederlassungen. Das Grundkapital der Gesellschaft war auf 1 Million Mark, eingeteilt in 1000 Aktien und zwar 500 Aktien Litt. A und 500 Aktien Litt. B, auf den Inhaber lautend, eingeteilt. Nach den zum Vertrag gehörigen transitorischen Bestimmungen wurde das Grundkapital in folgenden Summen zum Nominalbetrag gezeichnet: 1. von Gareis und Rieß 500 Aktien Lit. A über je 1000 M., 500 Lit. B über je 1000 M., 100 Lit. B über je 1000 M.; 2. von Rieß 20 Aktien Lit. B über 1000 M.; 3. von Roetz 10 Aktien Lit. B über 1000 M.; 4. von Neumann 10 Aktien Lit. B über 1000 M. Nach diesen transitorischen Bestimmungen inferierten Gareis u. Rieß als eine auf das Grundkapital einzurechnende Einlage: das denselben gehörige Verfahren, betr. Neuerungen in der Herstellung von Glühlichtkörpern 2c. ferner ihre sämtlichen Rechte aus einem mit dem Apotheker Lehmann in Berlin geschlossenen Vertrage. Der Wert und Preis dieser Einlage wurde auf 900 000 M. festgesetzt, zu deren Abgeltung die beiden Inferenten die oben bezeichneten Aktien in gleichem Werte erhielten. Weiter verpflichteten sich Gareis und Rieß, 500 000 M. Aktien Lit. A und 60 vollgezahlte Aktien Lit. B zur Sicherheit für die der Gesellschaft gegenüber übernommene bezw. noch zu übernehmende Verpflichtung zur Wahrung der Fabrikationsgeheimnisse bei der Gesellschaft niederzulegen. Durch Vertrag vom 6. April 1895 übernahm die Firma Friedrich Siemens u. Co. von den von Gareis u. Rieß gezeichneten Aktien in Höhe von 100 000 M. die Hälfte. Die Anklagebehörde hatte ursprünglich den Verdacht, daß die Gründer und die Mitglieder des Vorstands und Aufsichtsrats von Anfang an von der Wertlosigkeit der Gareisschen Erfindungen überzeugt gewesen seien, dieser Verdacht hat sich aber nicht aufrecht erhalten lassen. — In der am Tage der Gründung stattgehabten Generalversammlung wurden die Angeklagten Mehlich, Dr. Haase, Lehmann, Richter und der Civilingenieur Gätz zu Mitgliedern des Aufsichtsrats, Dr. Haase zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Richter zu dessen Stellvertreter und Heinicke zum alleinigen Vorstand der Gesellschaft gewählt, später wurde noch der Angekl. Rieß als Mitglied des Vorstands hinzugewählt und Gareis und Rieß als technische Direktoren bestellt. — Um die geschäftlichen Dispositionen und Transaktionen der Angeklagten bei der Gründung und der Thätigkeit der Aktiengesellschaft, die durch die Verhandlung festgestellt werden soll, handelt es sich bei der Anklage. Es sind 35 Zeugen geladen, von denen mehrere bis zum Sonnabend bezw. Dienstag beurlaubt werden. An Stelle des erkrankten Bücherrevisors Bierstedt wird der Bücherrevisor Simon geladen. — Sämtliche Angeklagte bestreiten ihre Schuld.

Der Angeklagte Gareis

bekundet, daß er Werkführer in einer Strumpfwirkerei war, eine kleine Erbschaft gemacht und seiner verstorbenen Frau eine Kohlenhandlung gekauft habe, die er später wieder verkaufte. Er habe sich damit beschäftigt, die rohen Strümpfe für die Gasglühlicht-Beleuchtung zu fabricieren und habe dann lange und viel experimentiert, um einen Imprägnierungsstoff zu finden, der die Auer-Beleuchtung übertreffen könnte. Er sei schließlich darauf gekommen, eine bestimmte Mischung von Cer und Thor zu verwenden. Er bestreitet, daß ihm jemand dabei geholfen; er habe nicht erfahren gehabt, daß das Auersche Gemisch sehr ähnlich war oder daß in England ein Patent veröffentlicht war über die Herstellung von Glühkörpern mit derselben Mischung. Er bestreitet auf Befragen des Vorsitzenden ferner, mit dem Privatdocent Dr. Arons*) bekannt gewesen zu sein. Er sei dann mit Rieß bekannt geworden, der sich mit der Konstruktion eines eigenartigen Brenners beschäftigt habe, schließlich habe sich noch Heinicke hinzugesellt und alle drei seien der Ueberzeugung gewesen, daß mit seiner Erfindung kolossale Geschäfte zu machen sein würden. Nachdem mehrere Proben im Kleinen gemacht worden, kam am 5. Januar 1895 zwischen ihnen ein Vertrag zu stande und später sei Heinicke mit dem Gedanken der Begründung einer Aktiengesellschaft hervorgetreten. Rieß und er seien damit einverstanden gewesen, da ihnen gesagt wurde, daß sie 900 000 M. erhalten sollten. Er habe diesen Preis nicht für zu hoch gehalten, denn seine Erfindung sei nach seiner Ansicht äußerst wertvoll gewesen. Sein Glühkörper strahlte im Gegensatz zu dem Auerschen ein gelbliches Licht aus, seine Glühstrümpfe hatten eine größere Haltbarkeit. Für die Gründung der Aktiengesellschaft zur Verwertung der Glühkörper habe sich dann auch Dr. Haase interessiert, der sich die Imprägnierung habe vormachen lassen und den Glühkörper in seiner eigenen Wohnung ausprobiert hatte. Er bedauere, daß er sich auf die Gründung der Gesellschaft eingelassen und nicht für sich, sondern die Aktionäre gearbeitet habe. Hätte er für sich gearbeitet, dann würde er gewiß schon Millionär sein, jetzt habe er nichts. Die Gründung sei dann perfekt geworden; außer ihm und dem Rieß, die sie beide kein Geld hatten, seien noch 3 ihm bis dahin unbekannte Herren als Gründer aufgetreten, die auch nichts besaßen. Auf Befragen des Vorsitzenden bekundet der Angeklagte, daß sie (er, Rieß und Heinicke) bei der Gründung 120 Aktien erhalten hätten, daß 500 Aktien deponiert wurden und daß er nicht wisse, wo der Rest von 320 Aktien geblieben sei, oder ob Haase u. Richter sehr hohe Beträge davon erhalten haben. Er bestreitet, daß den beiden letztgenannten von vornherein solche hohe Beträge versprochen worden seien. Die eigentlichen Gründer seien Heinicke, Haase u. Richter gewesen, über die Einzelheiten der Gründung könne er näheres nicht sagen, er weiß jedoch, daß vor dem Notar Dr. Kleinholz der Angeklagte Dr. Haase ein Bündel Tausendmarkscheine herausgeholt habe, sie dem Notar als Grundeinzahlung vorweisen wollte und das Paket alsdann dem Heinicke zugeschoben habe.

Der Angeklagte Rieß

schließt sich den Ausführungen des Angeklagten Gareis im allgemeinen an. Er ist Maschinenbauer, längere Zeit bei Pintsch thätig gewesen, welcher die Brenner für die Auer-Gesellschaft fabrizierte, und hat dann nach seiner Angabe selbst einen Brenner fabriziert, der nach seiner Behauptung sehr wertvoll und praktisch sei. Er habe sich mit Gareis zusammen gethan, weil er durchaus davon überzeugt gewesen, daß sie sehr viel Geld verdienen würden.

Der Angeklagte Heinicke giebt auf Befragen an, daß er früher eine Bronzewaren-Fabrik besessen habe und Agent gewesen sei. Im Jahre 1891 sei er in Konkurs geraten, der Konkurs habe vier Jahre gedauert. Als er mit Gareis und Rieß den Vertrag geschlossen, habe er 3000 M. zu seiner Verfügung gehabt und diese in das Geschäft gesteckt. Er giebt zu, daß Gareis und Rieß auch die Rechte aus einem von ihm mit dem Apotheker Lehmann geschlossenen Vertrage als eine auf das Grundkapital einzurechnende Einlage inferiert habe.

Auf Befragen des Vorsitzenden erklären Gareis und Rieß, daß sie ihre Aktien billig verkauft haben. So hat Rieß 6 Stück Aktien zu 25 Proz. an Heinicke, 20 Stück zu 40 Proz. an Dr. Haase verkauft 2c. 2c. Rieß hat für seine 40 Aktien 16 000 M., Gareis ebensoviel, Heinicke 20 000 M. erzielt.

Der Angekl. Richter bestreitet, daß im Gründerbericht und dem Prüfungsbericht irgend etwas Unwahres enthalten sei.

Angeklagter Dr. Haase

bestreitet gleichfalls, daß bei der Gründung etwas Falsches und Unwahres den Aktionären vorgespiegelt worden sei. Er erklärt die Behauptung für unwahr, daß er in ähnlicher Weise wie hier viele andre Gesellschaften gegründet habe. Er habe sich bei einzelnen Unternehmungen mit Kapital beteiligt und sein Geld dabei verloren. Auf Vorhalt des Vorsitzenden giebt er zu, sich mit Kapital bei der Minerva-Hufbeschlag-Gesellschaft, bei einer Stehbierhallen-Gesellschaft und bei einem Gummischuhlappen-Unternehmen und neuerdings an einer Barmer Baugesellschaft beteiligt zu haben. Er besitze Privatvermögen und sehe keinen Grund, weshalb er es nicht gewinnbringend anlegen solle. Alle Vorwürfe, die die Anklage gegen ihn erhebe, seien durchaus grundlos. Er behauptet speciell, daß er bei dem notariellen Akt die 25 000 Mark nicht bloß zum Schein, sondern thatsächlich zum Vorweise und zur Erfüllung einer Formalität mitgenommen habe. Da Justizrat Dr. Kleinholz die Vorzählung nicht für erforderlich erklärte, habe er die 25 000 M. zunächst dem Vorstande Herrn Heinicke übergeben. Da dieser keinen Geldschrank hatte, habe er auf einen formellen Beschluß des Aufsichtsrats das Geld dem Heinicke wieder abgefordert und auf sein eignes Separatconto bei der Deutschen Bank eingezahlt. Er hätte sich eventuell sogar für berechtigt gehalten, das Geld in seinen eignen Geldschrank zu legen.

Der Vorsitzende bricht hier die Verhandlung ab und vertagt die Fortsetzung auf Dienstag.

---

*) Aus dem Gerichtsberichte geht nicht hervor, welchen Anlaß der Gerichtspräsident zu haben glaubte, diese Frage an den Angeklagten zu richten. Unser Parteigenosse Dr. Arons erklärt uns, daß er keine Ahnung davon habe, wie der Präsident dazu komme, ihn mit Gareis in Zusammenhang zu bringen; von der Gründung einer Helios-Glühlichtgesellschaft sei ihm bis heute überhaupt nichts bekannt gewesen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Berliner Reichstags-Wahlkreis. Sonntag, den 27. Januar, abends 6 Uhr, findet in Cohns großem Saal eine Versammlung statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Max Schippel über „Die Wandlungen der deutschen Handelspolitik im 19. Jahrhundert" sprechen wird. Nachdem gemütliches Beisammensein mit Tanz. Zahlreichen Besuch erwarten Die Vertrauenspersonen.

3. Wahlkreis. Am Donnerstagabend 8 Uhr findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15, eine Volksversammlung statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Genosse Molkenbuhr einen Vortrag über: „Beiträge zur Geschichte des preußischen Proletariats in den letzten zwei Jahrhunderten" halten wird. Außerdem Diskussion.

Achtung, vierter Wahlkreis! Dienstag, abends 8 Uhr, findet bei Keller, Koppenstraße 29, eine Volksversammlung statt, in welcher Genossin Klara Zetkin einen Vortrag hält. Näheres siehe Annonce heute, Dienstag.

Fünfter Wahlkreis. Freitag, den 25. Januar, abends 8½ Uhr, öffentliche Versammlung im Schweizergarten am Königsthor. 1. Vortrag des Genossen Dr. Leo Arons über „Unsre Ziele und unsre Wege". 2. Teil. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes Um zahlreichen Besuch bittet Der Vertrauensmann.

Sechster Wahlkreis. In der heutigen Versammlung des Wahlvereins bei Gebauer, Tieckstr. 24, hält Dr. Curt Freudenberg einen Vortrag: Aus dem Roten Hause.

Der Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis veranstaltet für seine Mitglieder zwei Urania-Vorstellungen und zwar für die Schönhauser, Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen am Sonntag, den 17. Februar, mittags 1 Uhr und für den Wedding, Oranienburger Vorstadt und Moabit am 24. Februar, mittags 1 Uhr. Zur Aufführung gelangt: „Aus dem Tagebuch der Erde". Billets sind bei den Bezirksführern zu haben.

Friedrichsfelde. Den Mitgliedern des Socialdemokratischen Wahlvereins zur Kenntnis, daß an Stelle der Versammlung am 15. d. M. eine solche am heutigen Dienstagabend 8½ Uhr, bei Huberland, stattfindet.

Schmargendorf. Dienstagabend findet eine Generalversammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins im Lokal von Baier statt. Abrechnung und Vorstandswahlen.

Köpenick. Den Mitgliedern des Socialdemokratischen Wahlvereins zur Nachricht, daß die nächste Versammlung des Vereins am Mittwochabend 8 Uhr im kleinen Saale des Hotels Kaiserhof stattfindet. Wahl einer Zeitungskommission und einer Lokalkommission.

Weißensee. Dienstag findet im Senkbeilschen Lokal, Königs-Chaussee 49, die Generalversammlung des Socialdemokratischen Arbeitervereins statt. Stellungnahme zur diesjährigen Maifeier und Kassenbericht stehen auf der Tagesordnung.

Adlershof. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß die Gemeindewähler-Liste bis zum 30. Januar zur Einsichtnahme im Gemeindebureau täglich von 9—3 Uhr ausliegt; es ist notwendig, daß sich jeder Wähler von seiner Aufnahme in die Liste überführt. Das Einsehen kann auch von den mit der Steuerkarte versehenen Familienangehörigen erledigt werden.

Lokales.

Die städtischen Heimstätten

haben im Jahre 1899/1900 weniger Frauen, aber mehr Männer als im Vorjahre aufzunehmen gehabt. 1899/1900 (bezw. 1898/99) wurden aufgenommen von der Heimstätte für genesende Frauen in Blankenburg 594 (634) Personen, von der Heimstätte für genesende Männer in Heinersdorf 581 (589), von der Heimstätte für tuberkulöse Frauen in Blankenfelde 401 (414), von der Heimstätte für tuberkulöse Männer in Malchow 710 (689), zusammen 2286 (2276) Personen. Die Aufnahme erfolgte bei 33 (25) Personen auf eigne oder der Angehörigen Kosten, bei 1730 (1698) auf Kosten von Krankenkassen, bei 35 (37) auf Kosten von Unfall-Berufsgenossenschaften oder Landes-Versicherungsanstalten, bei 345 (394) auf Kosten der hiesigen oder der auswärtigen Armenpflege, bei 45 (44) auf Kosten von Stiftungen oder Wohlthätigkeitsvereinen, bei 98 (78) auf Kosten des städtischen Freistellenfonds. Die Frequenz war im täglichen Durchschnitt in Blankenburg 43 (47), in Heinersdorf 37 (36), in Blankenfelde 57 (56), in Malchow 84 (85). In den Sommermonaten waren die Anstalten meist voll besetzt. Blankenburg hat 70 Betten und war im August selbst im Durchschnitt schon mit 68 Personen besetzt. Heinersdorf hat 60 Betten und hatte im Juni eine durchschnittliche Besetzung von 60, so daß den ganzen Monat hindurch kein einziges Bett frei war. Blankenfelde hatte bei 64 Betten vom Mai bis Juli einen Durchschnitt von 63 Personen. Das 64. Bett wird hier für Notfälle bereit gehalten und darf bestimmungsgemäß nicht regelmäßig mitbelegt werden. Demnach war eigentlich auch diese Anstalt drei Monate hindurch vollbesetzt. Malchow hatte bei 88 Betten, von denen 1 als Notbett frei gehalten werden muß, den ganzen Juni einen Durchschnitt von 87 und fast das ganze Jahr hindurch eine nahezu ebenso starke Besetzung. Unter solchen Umständen begreift man die lange Wartezeit, die den Aufnahmesuchenden zugemutet wird. Die längste Wartezeit betrug in den Fällen, wo nur Platzmangel vorlag, in Blankenburg 30 Tage, in Heinersdorf 14 Tage, in Blankenfelde 91 Tage, in Malchow 85 Tage. In andren Fällen, wo die Kostenfrage vorher erledigt werden mußte oder um Aufschub gebeten worden war, war das Maximum der Wartezeit noch viel höher, in einem Fall sogar 126 Tage. Die Zahl der Wartenden erreichte Anfang Juli ihr Maximum mit 395 Personen für alle vier Anstalten zusammen, während im Vorjahr das Maximum 297 betragen hatte. In Malchow allein wurde Ende Juli die Höchstzahl 200 erreicht (im Vorjahr 149). Der Notstand, zu dem der Mangel an Heimstätten schließlich geführt hat, ist, wie man sieht, im letzten Jahre noch größer geworden. Abhilfe ist erst von der Fertigstellung der neuen Heimstätte in Buch zu erwarten, aber bis dahin kann noch manche Zeit vergehen. Unsre Genossen in der Stadtverordneten-Versammlung haben bekanntlich schon vor mehreren Jahren eine Vermehrung der Heimstätten gefordert.

Wo bleiben die Arbeiter? Offiziös wird gemeldet: Dem Vernehmen nach sind die zur Beaufsichtigung des hiesigen elektrischen Straßenbahnbetriebs berufenen Behörden, der hiesige Polizeipräsident und die Eisenbahndirektion Berlin, vor geraumer Zeit beauftragt worden, die Ursachen der im hiesigen Straßenbahnbetriebe vorkommenden Unfälle eingehend zu prüfen und auf Maßnahmen Bedacht zu nehmen, die geeignet erscheinen, die Zahl und die Folgen dieser Unfälle wesentlich zu vermindern. Es wird beabsichtigt, das Ergebnis dieser Ermittlungen, deren Abschluß in nächster Zeit zu erwarten ist, dann unter Beteiligung der Minister der öffentlichen Arbeitern und des Innern einer Beratung zu unterziehen, in der nicht nur die oben genannten Aufsichtsbehörden, sondern auch

die Direktionen der „Großen Berliner Straßenbahn" und der „Berliner elektrischen Straßenbahnen (Siemens u. Halske)" vertreten sein werden.

Die Direktionen werden natürlich jegliche Schuld von sich schieben, und wir sehen die „Große" schon, wie sie nicht die Mordwagen und andre Zeugen ihres in unsrem Blatte aufgedeckten Frevels, sondern die Angestellten für alles verantwortlich macht. Will die Behörde daher wirklich sich informieren, so hat sie zu der Beratung die in Betracht kommende Arbeiterorganisation, den Verband der Handels- und Transportarbeiter heranzuziehen. Im andern Fall wird das Resultat der Beratungen gleich Null sein.

Das Arbeiterpersonal der städtischen Straßenreinigung bestand im Jahre 1899/1900 aus 100 Vorarbeitern, 378 Arbeitern erster Lohnklasse, 378 Arbeitern zweiter Lohnklasse, 70 Arbeitern dritter Lohnklasse, 200 Arbeitsburschen, zusammen 1126 Personen. Für Löhne waren im Etat 1 260 798 M. ausgeworfen, es wurden aber nur 1 207 625 M. verbraucht, so daß 53 173 M. erübrigt wurden. Die Lohnersparnisse, die bei der städtischen Straßenreinigung gemacht werden, erklären sich, wie in den Verwaltungsberichten zugegeben wird, aus dem Umstand, daß die Direktion für erkrankte Arbeiter nicht sofort Ersatz einstellt, sondern die Arbeit zunächst den andren Arbeitern mitaufpackt. Eine besondere Entschädigung für die Mehrarbeit giebt es nicht. Die Summe von 53 173 M. stellt also den Wert der von den Straßenreinigungs-Arbeitern im letzten Jahre geleisteten Mehrarbeit dar. Sie ist diesmal besonders groß, anscheinend deshalb, weil nicht nur die Zahl der Erkrankungen größer als sonst war, sondern auch die Direktion noch langsamer als sonst an die Einstellung von Ersatzleuten herangegangen ist.

In der Prozeßsache der Stadtgemeinde Berlin wider die St. Philippus-Apostel-Kirchengemeinde über die Baukosten für Kirche und Pfarrhaus nach der Konsistorial-Ordnung von 1573 hat das Landgericht I jetzt beschlossen, über die von der Stadtgemeinde behauptete Lokalobservanz Beweis zu erheben, und zwar sollen die vom Magistrat bezeichneten Urkunden dem Gericht vorgelegt werden. Bekanntlich hat auch das Kammergericht in Sachen wider die St. Marcus- und St. Simeon-Kirchengemeinden dieselbe Beweisaufnahme über die Lokalobservanz beschlossen, nachdem in erster Instanz das Landgericht zu Gunsten der Stadt entschieden hatte. Bei diesen Prozessen, die von großer principieller Bedeutung sind, handelt es sich um Objekte von mehreren Hunderttausend Mark.

Das am Sonntagmorgen beim Witterungswechsel eingetretene Glatteis hat mehrere Unfälle sowie arge Verkehrskalamitäten im Straßenbahnbetriebe zur Folge gehabt. Der um 7 Uhr früh herniedersprühende Regen verwandelte sich auf dem kalten Erdboden alsbald zu einer festen Eiskruste, auf der Menschen und Tiere nur schwer vorwärts kommen konnten. Unfallstationen und Rettungswachen hatten mehrere Verunglückte zu verbinden.

Ein Haftentlassungsgesuch für den Kommerzienrat Sanden ist mit Rücksicht auf dessen Gesundheitszustand gestellt worden. Das Gesuch wurde abgelehnt.

Ueber den Brand im alten pathologischen Institut machte Geheimrat Virchow am Sonnabendabend in der Anthropologischen Gesellschaft folgende Mitteilungen: Das Feuer entstand in einem abgeschlossenen Bodenraum, in dem sich die Leitung der Warmwasserheizung befindet, zu dem aber auch nur der Heizer den Schlüssel hatte. Durch die Decke brannte hier ein Loch, und glühende Teile der Decke fielen auf den Arbeitstisch in dem unter dem Bodenraum befindlichen Saal des pathologischen Instituts. Dieser altertümliche Tisch, an dem ganze Generationen von Sekretären und Bibliothekaren des Instituts gearbeitet haben, ist mit allen seinen Namen und sonstigen Erwerbungen ein Raub der Flammen geworden, mit ihm sind aber auch viele Präparate, Schädel 2c. zerstört, ebenso viele sonstige wertvolle Stücke aus der Privatsammlung Virchows wie aus dem Eigentum der Anthropologischen Gesellschaft. Die Größe des Verlustes läßt sich noch nicht vollkommen übersehen, da beim Löschen viel Wasser den Raum überschwemmt hat, und alles ein Schutthaufen geworden ist. An Geheimrat Virchow kommen täglich Briefe an, die der Hoffnung Ausdruck geben, daß der Schaden sich als gering herausstellen möge. Er selbst aber hat in dieser Hinsicht wenig Hoffnung: hier und da werde vielleicht das eine oder das andre der vielfach zerstreuten Stücke der Sammlung noch erhalten sein, das meiste sei aber unrettbar verloren, und auch die Anthropologische Gesellschaft müsse sich auf das traurige Ereignis schwerer Verluste gefaßt machen. Ueber den Schaden im einzelnen wird Geheimrat Virchow nach genauerer Feststellung in einer der kommenden Sitzungen der Gesellschaft ausführlicher berichten.

Die Jubiläums-Medaillen. Im preußischen Abgeordnetenhause wurde am Montag bewegliche Klage geführt über die schlechte Prägung der zum 18. Januar ausgegebenen Jubiläumsmünzen, Zwei- und Fünfmarkstücke. In der That hält man im Publikum allgemein das Doppelbild für die Darstellung des kaiserlichen Ehepaars. Das ist aber ein Irrtum. Das anscheinende Frauenbild ist nämlich das Porträt Friedrichs I. Die patriotische Medaillenkunst steht in der That auf der Höhe der Festzeit.

In der Stadtverordneten-Ersatzwahl in der I. Abteilung des 16. Stadtbezirks wurde an Stelle des verstorbenen Direktors der Charitee, Geh. Rat Spinola, der Fabrikant und Ingenieur Karl Flohr, Chausseestraße, gewählt.

Durch einen Sturz aus dem Fenster ist Sonntagmorgen die 61 Jahre alte verwitwete Freifrau von Wegern geborene Freiin von der Goltz aus der Kaiser Friedrichstraße zu Charlottenburg ums Leben gekommen. Die Dame wohnte bei ihrem Schwiegersohne, hatte aber ihr eigenes Dienstmädchen. Diesem erlaubte sie am Sonnabendabend einen Ball zu besuchen, so daß sie allein in ihren Räumen war. Am Sonntagmorgen um 6 Uhr wurden die Hausgenossen durch das Geräusch eines dumpfen Falls auf dem Hofe aus dem Schlafe geweckt. Als man nachsah, fand man Freifrau von Wegern mit zerschmettertem Kopfe tot auf dem Hofe liegen.

Durch einen Wasserrohrbruch in der Garnisonkirche in der Neuen Friedrichstraße ist Sonntagnachmittag die innere Einrichtung des erst vor vier Wochen neu geweihten Gebäudes erheblich beschädigt worden. Infolge des eingetretenen Witterungswechsels war eines der zum Feuerschutze im Kirchenraum hochgezogenen Wasserrohre im Dachraum des Gebäudes geplatzt und hatte einen halben Meter langen Riß erlitten, woraus bedeutende Wassermassen hervorströmten. Die Feuerwehr beugte weiterem Schaden vor.

Vor den Augen ihres fünfjährigen Töchterchens stürzte sich am Sonntagnachmittag die 39 Jahre alte Frau Minna des Eisenbahnbeamten Vier aus der Marienstraße Nr. 27 aus dem Fenster hinaus. Seit 16 Jahren verheiratet, lebte die Frau mit ihrem 42 Jahre alten Manne bis vor kurzer Zeit in glücklichster Ehe, aus der ein Sohn und eine Tochter hervorgingen. Vor vier Jahren mußte sie sich einer Operation unterziehen und diese vor dreiviertel Jahren wiederholen lassen. Seitdem zeigte sie eine krankhafte Unverträglichkeit. Die Selbstmörderin war sofort tot.

Am Rande des Grabes hat der 78 Jahre alte, seit 8 Jahren an Atemnot leidende Schneidermeister K. Bethke aus der Straßburgstraße 33 seinem Leben ein Ende gemacht. Nachdem er sich am Sonntagnachmittag noch mit seinen Angehörigen unterhalten hatte, erhängte er sich in seiner Stube am Bettpfosten.

Einen Bubenstreich haben Einbrecher verübt, die in der Nacht zum Sonntag dem Handschuh- und Schirmgeschäft von Gebrüder Becker, Brunnenstraße 162, das sich gegenüber der 46. Polizeiwache befindet, einen Besuch abgestattet haben. Eine Schutzmannspatrouille bemerkte gegen 4 Uhr früh, daß die Rolljalousie zum Eingang des Beckerschen Geschäfts hochgehoben worden, indem eine Eisenstange in die Seitenfuge geklemmt war. Sofort wurde der Geschäftsinhaber Herr Francke, der im Nebenhause wohnt, geweckt. Beim Betreten des Geschäftslokals machte sich ein intensiver Gasgeruch wahrnehmbar. Zum Glück war kein Licht in den Laden gebracht worden. Herr F. tastete sich nach dem Kronleuchter und fand, daß die Hähne sämtlicher Gasflammen offen standen. Nach Beseitigung der Explosionsgefahr wurde festgestellt, daß die Diebe eine ansehnliche Beute gemacht haben. Sie hatten sich große Posten wertvoller Hüte, Schirme, Stöcke und Pelzsachen im Gesamtwerte von 1000 M. angeeignet. Aus den Schaufenstern waren die wertvolleren Gegenstände herausgeholt, überhaupt mit gründlicher Warenkenntnis geplündert worden. Beim Verlassen des Ladens haben sie dann noch die Gashähne geöffnet, wahrscheinlich, um zur Verwischung ihrer Spuren eine Explosion herbeizuführen. Im Laden wurde ein alter Hut gefunden und von der Kriminalpolizei beschlagnahmt. Es sind wahrscheinlich zwei Einbrecher gewesen, denn im Laden wurden zwei Cigarrenstummel gefunden.

Durch Oeffnen der Pulsadern und Erhängen hat der Kaufmann Adolf Baer aus der Ritterstraße, ein Mann in den fünfziger Jahren, seinem Leben ein Ende gemacht. Der hochgradig nervöse Mann wurde seit Donnerstagvormittag vermißt. Am Sonnabend fand ihn ein Parkwächter im Friedrichshain als Leiche an einem Baume hängen. Baer hatte zunächst versucht, sich die Pulsadern an den Händen durchzuschneiden, aber nicht sehr tief eingeschnitten, und sich dann erhängt.

Feuerbericht. Montagabend 6 Uhr entstand Friedrichstr. 216 durch Umfallen einer Petroleumlampe ein Zimmerbrand, der zwar von der Feuerwehr in kurzer Zeit mit einem Rohre abgelöscht wurde, aber doch der nicht versicherten Wohnungsinhaberin empfindlichen Schaden zufügte. Vorher brannten Schulzendorferstr. 18a Fußboden und Balkenlage, ebenso Kurfürstenstr. 139 und Wrangelstr. 72. Liebigstr. 32 mußte ein Ladenbrand und Lausitzerstr. 40 ein Kellerbrand abgelöscht werden. In der Leipzigerstr. 101 hatten Stoffe im Schaufenster Feuer gefangen, während Mauerstr. 63 in einer Druckerei ein Schadenfeuer abzulöschen war. Wegen Wasserrohrbrüchen wurde die Wehr nach Sickingenstr. 8, Kommandantenstr. 57 und Friedrichstraße 61 gerufen.

Die Arbeiterbildungsschule beging am Sonnabend im Böhmischen Brauhause die zehnte Wiederkehr ihres Gründungstags durch ein würdiges, schönes Fest. Die Veranstaltungen, welche die Leitung den überaus zahlreich erschienenen Mitgliedern und Gästen bot, entsprachen vollauf dem Wesen dieses die höchsten Ziele der Bildung erstrebenden Instituts. Nachdem ein Prolog von Stahl den Festabend stimmungsvoll eingeleitet, gaben ihm edle Kunstdarbietungen der Musik und der Litteratur die Weihe. Werke von Beethoven und Mendelsohn und andren wurden in tüchtiger Ausführung einem andachtsvollen, kunstverlangenden Publikum vorgeführt; moderne Dichtung, Natur- und sociale Lyrik wurde durch Herrn Fr. Moest trefflich vorgetragen. Im Mittelpunkt des Abends stand der Festvortrag Karl Liebknechts, der im Rückblick und Zukunftsausblick die Bildungsaufgaben der Arbeiterklasse feierte und der Arbeiterbildungsschule für das nun anhebende neue Jahrzehnt ihres Wirkens weiteres glückvolles Gedeihen wünschte. Tanz und frohe Geselligkeit hielten die männlichen und weiblichen Freunde der Bildungsschule zahlreich bis in die Morgenstunde zusammen.

Im wissenschaftlichen Theater der „Urania" (Taubenstraße) wird morgen, Dienstag, ein dekorativ ausgestatteter Vortrag „Aus dem Tagebuch der Erde" von Dr. P. Schwahn zum erstenmal gehalten werden.

Aus den Nachbarorten.

Die erste städtische Volksbibliothek in Schöneberg, verbunden mit einer öffentlichen Lesehalle, ist heute eröffnet worden. Die Bibliothek, die sich im Erdgeschoß des Hauses Eisenacherstr. 48 befindet, enthält 8000 Bände. An den Bibliotheksraum schließt sich die Leschalle, wo dreißig Personen Platz haben. Die Bibliothek, die unter der Aufsicht des Gymnasial-Oberlehrers a. D. und stellvertretenden Stadtverordneten-Vorstehers Dr. Richter steht, ist an den Wochentagen von 7—9 Uhr abends und Sonntags von 11½ bis 1 Uhr frei geöffnet.

Eine heftige Gasexplosion erfolgte Sonntagabend in Spandau in dem Laden des Kaufmanns Weishaupt, Breitestraße. Beim Anzünden der Flammen entzündete sich ausgeströmtes Gas unter weithin hörbarem Knall; beide große Spiegelscheiben des Schaufensters wurden in Tausenden von Stücken auf die Straße geschleudert, und auch sonst sind im Laden arge Verwüstungen angerichtet worden. Mehrere im Geschäft befindliche Personen wurden zu Boden geworfen, ein Kommis erlitt Brandwunden an den Händen; durch Glassplitter, von denen einige 20 Meter weit flogen, wurde ein Passant im Gesicht verletzt.

Neu-Weißensee. Von unsren in der Gemeindevertretung sitzenden Genossen ist der Antrag an den Gemeindevorstand gerichtet worden, baldigst eine Sitzung der Vertretung einzuberufen, um über die Schritte zu beraten, welche die Gemeinde zur Steuerung der in verstärktem Maße hervortretenden Wohnungskalamität unternehmen will.

Die Grund- und Hausbesitzer nutzen die Vorrechte, die ihnen durch eine reaktionäre Gesetzgebung gesichert wurden, auf das äußerste aus. Sehr empfindlich sind diese Herren, wenn es gilt, etwas Steuern mehr zahlen zu müssen. Namentlich jetzt, wo durch die Mietssteigerungen eine Erhöhung der Mietserträge und damit zugleich eine Steigerung der zu leistenden Grundwertsteuer eingetreten ist, möchten sie um keinen Preis der Allgemeinheit einen winzigen Teil ihres „sauer erworbenen Verdienstes" in Form erhöhter Steuerleistung zukommen lassen. Da nun hier wie auch anderswo die Grundbesitzer die Gemeindevertretung durch die Wucht ihrer Zahl, wenn auch nicht in andrer Beziehung, vollständig beherrschen, so werden in fast allen Fällen die Wünsche dieser Herren auch Gesetz. Die hiesigen Grundbesitzer wollen eine Ermäßigung der Kanalisations- und Wasserabgaben herbeiführen; dies kann natürlich nur auf Beschluß der Gemeindevertretung erfolgen. Wer aber etwa glaubt, daß diese Forderung der Grundbesitzer aus eigennützigen Motiven hervorgegangen sei, ist sehr auf dem Holzwege; nein, ein Pfiffikus hat uns den wahren Grund für das Vorgehen jener Herren verraten: „Der aufgestellte Etat der Gemeinde soll nicht aus dem Gleichgewicht gebracht werden!" Naiv!

Gerichts-Zeitung.

Die Polizeimacht des Amtsvorstehers v. Oppen gegen die Anarchisten. Am Montag fand eine umfangreiche Verhandlung, die volle sechs Stunden währte, vor der vierten Strafkammer am Landgericht II statt. In der Beweisaufnahme, zu der 24 Zeugen herangezogen waren, ergab sich folgender Thatbestand: Im vorigen Jahre, kurz nach dem Attentat auf den König von Italien, war in Adlershof von anarchistischer Seite eine Volksversammlung einberufen worden mit dem Thema: Attentate und Anarchismus. Herr v. Oppen hatte die Abhaltung dieser Versammlung verboten, später aber auf eine Beschwerde des Einberufers geantwortet: Er habe keine Bedenken mehr gegen die Besprechung des genannten Themas, da aber zu demselben Tage, an dem die verbotene Versammlung stattfinden sollte, bereits eine gewerkschaftliche Versammlung im gleichen Lokal angemeldet sei, so würde er keine Einwendungen machen, wenn das obige Thema in einer später einzuberufenden Versammlung erörtert werde. Die gewerkschaftliche, ebenfalls von anarchistischer Seite einberufene Versammlung fand denn auch statt, aber sie kam nicht über den Anfang hinaus.

Der bekannte Anarchist Dempwolf nahm das Wort und sagte dem Sinne nach: Sie kennen mich ja und wissen, daß ich jede Gewalt verurteile und daß ich deshalb auch das Attentat auf den König von Italien mißbillige. Bei diesen Worten rief der überwachende Gendarm dem Vorsitzenden der Versammlung zu: Dies Thema ist polizeilich verboten, entziehen Sie dem Redner das Wort. Der Vorsitzende folgte dieser durch keine gesetzliche Bestimmung zu begründenden Aufforderung des Beamten natürlich nicht, und der Gendarm Donath löste nunmehr die Versammlung auf. Ein außerhalb des Versammlungslokals postierter Amtsdiener hörte, daß Donath die Auflösung aussprach und holte sogleich drei Gendarmen und einen zweiten Amtsdiener, die in einem nahe gelegenen Lokal in Bereitschaft standen, herbei. Diese fünf Beamten stürzten nun, wie einige Zeugen sagten, in den Saal, um den beiden überwachenden Gendarmen bei der Räumung behilflich zu sein. Die Versammlungsbesucher — etwa 80—100 an der Zahl — entfernten sich, ohne daß jemand auch nur Miene gemacht hätte, dem Auflösungsgebot zuwider zu handeln. Die Leerung des Saales vollzog sich in der den Umständen nach kurzen Zeit von etwa 15 Minuten. Einige der Anwesenden, die nach Angabe der Beamten gezögert haben, wurden zur Anzeige gebracht und vom Schöffengericht zu Köpenick zu folgenden Strafen verurteilt: Buchbinder Dempwolf 4 Wochen Gefängnis, Buchbinder Hornickel 100 M., Tischler Albrecht 50 M., Tischler Meier 50 M., Tischler Franz, Frau Franz und Arbeiter Hetzger je 15 M. Sämtliche Angeklagte haben Berufung eingelegt und deshalb kam die Sache vor die Strafkammer. Die Erörterung der Frage, ob die Auflösung der Versammlung überhaupt berechtigt war, ließ der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dietz nicht zu, denn, so sagte er, selbst wenn die Auflösung unbegründet war, hätten sich die Teilnehmer sofort entfernen müssen. Die Berufung Dempwolfs wurde schon bei Beginn der Verhandlung verworfen, weil er nicht rechtzeitig erschienen war. Bezüglich der übrigen Angeklagten bestätigte das Gericht das Urteil erster Instanz.

Ein umfangreicher Prozeß wegen Untreue und Unterschlagung begann am Sonnabend vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I gegen die beiden Direktoren Paul Cornelius und Paul Kluge von einer Aktiengesellschaft zur Verwertung einer von Cornelius erfundenen neuen Feuerungsanlage. Cornelius ist eine in der Berliner Geschäftswelt bekannte Persönlichkeit. Wie er angab, ist er früher Landwirt gewesen und war dann zehn Jahre hindurch Inhaber verschiedener Berliner Restaurants. Darauf wurde er Vertreter einer auswärtigen „Kohlenstaubheizungs-Aktien-Gesellschaft. Er versuchte sich dann selbst auf dem Gebiete neuer Feuerungsanlagen, verlor aber dabei das ganze nicht unbeträchtliche Vermögen seiner Ehefrau. Nun versuchte er eine Aktiengesellschaft zur Verwertung eines von ihm erworbenen Patents, betreffend einen neuen Feuerungsrost zu gründen und am 18. Februar 1899 kam auch die Gründung zu stande. Das Aktienkapital betrug 1 900 000 M., wovon 100 000 M. bar eingezahlt wurden. Der Aufsichtsrat bestand aus dem Staatsanwalt a. D. Schön, dem Gerichtsvollzieher a. D. von Kleinsorge und dem früheren Studenten Jenny. Cornelius und Kluge wurden mit den Direktorenposten betraut. Am 21. Juni 1899 wurde eine plötzliche Kassenrevision vorgenommen und hierbei wurde ein Fehlbetrag von 26—27 000 M. festgestellt, der auf Veruntreuungen seitens der beiden Angeklagten zurückgeführt wurde. Vor der Polizei und dem Untersuchungsrichter legten sie auch ein teilweises Geständnis ab, sie wiederriefen es aber in der Hauptverhandlung und wurde nun eine außerordentlich weitgehende Beweisaufnahme nötig, um Klarheit in die höchst verwickelten Geschäftsverhältnisse der Aktiengesellschaft zu schaffen. Von den drei Verteidigern, Rechtsanwalten Holländer, Dr. Schwindt und Höniger schied der letztere im Laufe der Verhandlung aus, weil er Syndikus der Gesellschaft gewesen war und wiederholt auf sein Zeugnis Bezug genommen werden müßte. Am Sonnabend fiel die Verhandlung für den Angeklagten C. so ungünstig aus, daß der Gerichtshof beschloß, ihn in Haft zu nehmen. Gestern wurde die Zeugenvernehmung noch fortgesetzt.

Der große Falschmünzerprozeß, der vier Tage hindurch das Schwurgericht des Landgerichts I beschäftigt hat, gelangte in der Nacht zum Sonntag erst nach Mitternacht zum Abschluß. Von den neunzehn Angeklagten wurden acht freigesprochen, elf verurteilt. Zu den Freigesprochenen gehörte auch der Arbeiter Neumann, der sich im nächsten Monat zu verantworten haben wird, weil er beschuldigt ist des Raubmords gegen die betagte Lehrerin Medenwaldt. Es wurden folgende Strafen erkannt: Ignaz Woiciechowski 6 Jahre Zuchthaus, Ernst Kricke sechs Jahre Gefängnis, Max Kricke drei Jahre drei Monate Gefängnis, Janas drei Jahre Gefängnis, Anton Monieta zwei Jahre Gefängnis, Emil Bober zwei Jahre Gefängnis, Albert Bober drei Monate Gefängnis zusätzlich, Reinhold Schulze zwei Jahre Gefängnis, Otto Schulze zwei Jahre Gefängnis, Hirsch zwei Jahre Gefängnis und Dudi fünf Monate Gefängnis.

Vermischtes.

In der Konitzer Affaire liegen neue Thatsachen nicht vor. Nach einer der „Voss. Ztg." zugehenden Meldung, die zu kontrollieren der Kürze der Zeit wegen und infolge der Unterbrechung des Telephonverkehrs mit Konitz nicht möglich war, ist in Konitz der Gemeindeschullehrer W. unter dem Verdacht der Ermordung Ernst Winters am Sonnabendabend von dem Kriminalkommissar v. Krocht verhaftet worden.

Eine Bestätigung der Nachricht liegt nicht vor; andre Nachrichten besagen vielmehr im Gegenteil, daß eine Verhaftung gestern nicht erfolgt sei.

Die „Staatsbürger Zeitung" fährt fort, den Rassenhaß zu schüren. Die Mörder des Gymnasiasten Ernst Winter sind unter den Juden zu suchen. So lange die Behörde noch zögert, aus dem vorliegenden Belastungsmaterial die nötigen Konsequenzen zu ziehen: Verhaftung und Anklage gegen Juden, die sich selbst als Mithäter oder Mitwisser verdächtigt oder im Zusammenhang mit der Untersuchung in der Mordangelegenheit Meineide geleistet haben, so lange werden die Mörder freilich nicht ermittelt werden.

Nach Auffassung der „Staatsbürger-Zeitung" muß die Auffindung des Mörders so leicht sein, daß es unverantwortlich ist, wenn sie sich nicht selber endlich die 20 000 M. Belohnung zu verdienen suchte.

Ueber eine „Sternberg-Affaire" wird aus Köln berichtet: Die Kriminalpolizei verhaftete einen hiesigen reichen Kaufmann, der gerade von einer Reise zurückgekehrt war, am Bahnhofe, als er sich nach Hause begeben wollte. Bereits 14 schulpflichtige Kinder sind in dieser Sache vernommen worden. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Ein schwerer Raubanfall wurde in Leipzig auf eine achtzehnjährige Verkäuferin, welche im Hauptpostgebäude für ihren Chef Postanweisungen einkassiert hatte, in dem Hause Brühl 59 verübt. Der Räuber überfiel das junge Mädchen auf der Treppe hinterrücks und entriß ihr den Geldbeutel mit 466 M., worauf er die Flucht ergriff und entkam.

Aus Rudolstadt wird gemeldet: Die große weitbekannte Photenhauersche Möbelfabrik ist gestern durch Großfeuer eingeäschert worden. Der Schaden wird auf 200 000 M. geschätzt.

Schiffsunfälle. Der Wörmanndampfer „Gretchen Bohlen" ist Sonntag auf der Elbe vom Dampfer „Suevia" in den Grund gebohrt worden. „Gretchen Bohlen" hatte vormittags den Hamburger Hafen verlassen, um nach Westafrika zu gehen. Obwohl die Schiffe wegen herrschenden Nebels nur langsam dampften, war der Zusammenstoß doch so heftig, daß „Gretchen Bohlen" an Backbord vorn bis tief unterhalb der Wasserlinie aufgeschnitten wurde, und infolge dessen das Vorderschiff schnell sank. Das Schiff wurde bei der Oste, außerhalb des Fahrtwassers auf Grund gesetzt. Das Vorderschiff liegt unter Wasser. Die „Suevia" ist ohne Beschädigung im Hamburger Hafen eingetroffen. — Aus Cherbourg wird telegraphiert, daß die britische Bark „Moel Tryvan", die von Antwerpen nach Cardiff bestimmt war, 25 Meilen von den Caskets entfernt kenterte. Sieben Mann von der Mannschaft wurden gerettet. Der Kapitän und zehn Mann werden vermißt.

Briefkasten der Redaktion.

Nr. 25. M. B. Unsres Wissens nicht.

Drei Wettende. Ende Dezember 1895.

Zwei Streitende. Der ältere Krupp hieß **Alfred**, der jetzige Besitzer der Kruppschen Werke heißt **Friedrich Alfred.**

Streitende. Hammerstein hat seine Strafe voll verbüßt.

St. Georgen 403. Wir sind nicht in der Lage, den Artikel auf seine Richtigkeit zu prüfen.

Verantwortlicher Redacteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.